



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht November 2015



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

30. Oktober 2015

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), mopsgrafik – Fotolia (S. 5), sturti – iStock (S. 6),
BMWi (Eriksson) (S. 14), BMWi (Eriksson) (S. 17),
Daniel Ingold – Corbis (S. 19), Noppasinw – Fotolia (S. 20),
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (S. 21),
eyetronic – Fotolia (S. 25), dasglasauge – Fotolia (S. 26),
vege – fotolia (S. 29), Wavebreakmedia – iStock (S. 31),
Mittelstand-Digital/WIK (S. 32), Mittelstand-Digital/WIK (S. 33),
Robert Kneschke – Fotolia (S. 34), fuzzi-bones – Fotolia (S. 35),
Robert Kneschke – Fotolia (S. 39)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015.....	10
Gemeinsam die Industrie stärken.....	14
Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit.....	20
Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen.....	25
Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen.....	29
Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!.....	34
II. Wirtschaftliche Lage.....	41
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	42
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	44
III. Übersichten und Grafiken.....	55
1. Gesamtwirtschaft.....	56
2. Produzierendes Gewerbe.....	64
3. Privater Konsum.....	72
4. Außenwirtschaft.....	74
5. Arbeitsmarkt.....	76
6. Preise.....	78
7. Monetäre Entwicklung.....	82
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	84
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	86

Editorial



Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Am 14. Oktober habe ich die Herbstprojektion der Bundesregierung vorgestellt. Die zentrale Botschaft lautet: Die deutsche Wirtschaft ist weiterhin in einer guten Verfassung. Sie wird dieses und auch nächstes Jahr mit soliden Raten von 1,7 bzw. 1,8 Prozent wachsen. Im europäischen Vergleich ist das nach wie vor überdurchschnittlich. Unsere Einschätzung stimmt im Wesentlichen mit der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute überein.

Besonders erfreulich ist, dass das Wachstum auf einer breiten Basis steht. Das Rückgrat der Konjunktur bleibt der Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung wird mit einem Plus von zusammen 550.000 Personen in diesem und im nächsten Jahr weiter kräftig zunehmen. Negative Auswirkungen des Mindestlohns, wie sie von manchen prophezeit wurden, sind nach wie vor nicht feststellbar. Vielmehr stützt er die sehr günstige Einkommensentwicklung und die hohe Konsumnachfrage. Da auch die öffentlichen und privaten Investitionen zunehmen, ist unsere Binnenwirtschaft die wesentliche Stütze der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Aber auch die deutsche Exportwirtschaft behauptet sich in schwierigem weltwirtschaftlichen Fahrwasser. Die Unsicherheit der globalen Wirtschaft, besonders die Situation in China, wo die Zeiten zweistelliger Wachstumsraten vorerst vorbei sind, hat die deutsche Exportwirtschaft bisher bemerkenswert gut weggesteckt.

Den Kern der deutschen Exportstärke bildet unsere wettbewerbsfähige Industrie mit qualitativ hochwertigen und innovativen Erzeugnissen. Die Industrie bildet in Deutschland mehr noch als in anderen entwickelten Volkswirtschaften die Basis für Wohlstand und Beschäftigung. Damit sie der starke Kern der deutschen Wirtschaft bleiben kann, muss unsere Industriepolitik angesichts langfristiger Wandlungsprozesse, wie der demografischen Entwicklung oder der Digitalisierung, neu ausgerichtet werden.

Mit dem Bündnis „Zukunft der Industrie“ haben wir eine gemeinsame Plattform geschaffen, um den Industriestandort Deutschland im Dialog mit allen relevanten Akteuren zu modernisieren. Die Belange von Beschäftigten und Unternehmen stehen dabei im Mittelpunkt. Das Bündnis hat sich im März 2015 konstituiert und besteht aus 15 Partnern aus Politik, Industrieverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern. Im Rahmen eines Treffens mit den Spitzen des Bündnisses am 13. Oktober haben wir eine Gemeinsame Erklärung und ein Arbeitsprogramm verabschiedet. Aus dieser Gemeinsamen Erklärung will ich drei Themen hervorheben:

- ▶ Die Stärkung der Akzeptanz der Industrie, einschließlich des klaren Bekenntnisses zu guter Unternehmensführung,
- ▶ die langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch verbesserte Finanzierungsbedingungen für Investitionen
- ▶ und eine bessere Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Beschäftigung.

Für das Frühjahr 2016 planen wir eine Industriekonferenz, die den Startpunkt einer ganzen Reihe weiterer nationaler und internationaler Aktivitäten im Jahr 2016 bildet. So ist im Arbeitsprogramm die Durchführung einer deutschlandweiten Aktionswoche, einer Tagung auf europäischer Ebene sowie eines internationalen Industrie-Symposiums geplant. Mit insgesamt über 100 Veranstaltungen wird das Bündnis „Zukunft der Industrie“ im nächsten Jahr zusammen mit Industrieverbänden, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Unternehmen und Betriebsräten den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern führen.

Der Inhalt der Gemeinsamen Erklärung sowie des Arbeitsprogramms sind in dieser Ausgabe in einem Artikel zum Bündnis „Zukunft der Industrie“ detailliert beschrieben. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die deutsche Industrie auch in Zukunft global erfolgreich sein kann.

Die aktuelle Ausgabe deckt darüber hinaus ein sehr weites Spektrum wichtiger wirtschaftspolitischer Themen ab. Ich wünsche Ihnen wie immer viel Freude bei der Lektüre!

Ihr



Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Erneuerbare Wärme- und Kältetechnologien: Weltweite Exportchancen wecken einen „schlafenden Riesen“



In Deutschland vielfach als „schlafender Riese“ der Energiewende bezeichnet, spielt der Einsatz erneuerbarer Energien für Wärme und Kühlung zunehmend auch in Exportmärkten eine entscheidende Rolle für eine klimafreundliche Entwicklung. Weltweit findet ein Umdenken hin zu klimafreundlichen Anwendungen für Endverbraucher statt. Um Treibhausgasemissionen zu reduzieren und gleichzeitig den Energiesektor zu diversifizieren sowie unabhängiger von Importen fossiler Energieträger zu machen, sind neben dem Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor und Energieeffizienzmaßnahmen auch ein Ausbau von Wärme- und Kältenetzen sowie die Anwendung von Solarthermie, Geothermie und Bioenergie (Biogas und feste Biomasse) im Wärme- und Kältesektor notwendig.

Exportchancen für deutsche Unternehmen

Wenn zukünftig europaweit verstärkt erneuerbare Energien für Wärme und Kühlung genutzt werden, so bietet dies deutschen Firmen in dem Marktsegment sehr gute Möglichkeiten für das Exportgeschäft. Entscheidend ist, dass

Exportmärkte über die notwendigen natürlichen Ressourcen und möglichst auch über entsprechende Förderbedingungen verfügen. Gerade Kommunen sind als Kunden für deutsche Unternehmen interessant, um z. B. öffentliche Liegenschaften mit erneuerbarer Wärme und regenerativer Kühlung zu versorgen. Internationale Geschäftsmöglichkeiten beschränken sich jedoch nicht nur auf Europa. Interessante Märkte entwickeln sich weltweit, von Asien bis Nordamerika.

Fachveranstaltung bietet Analysen und Einblicke

Am 10. Dezember 2015 laden die Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu einer Fachveranstaltung „Exportchancen für erneuerbare Wärme- und Kältetechnologien“ in das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein. Die Fachveranstaltung bietet den Teilnehmern eine Analyse der aktuell spannendsten Märkte entlang der Segmente Nahwärme- und Kältenetze und erneuerbare Kälte- und Wärmetechnologien und verschafft einen

Einblick in internationale Strategien und Förderinstrumente. Neben Fachvorträgen umfasst das Programm Erfahrungsberichte von Unternehmensvertretern, die bereits erfolgreich Projekte im Bereich erneuerbarer Wärme und Kälte im Ausland umsetzen konnten. Die Teilnehmer haben während der Veranstaltung ausreichend Möglichkeit, Rückfragen an die Experten zu stellen und sich untereinander zu vernetzen.

Die Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Die Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz unterstützen deutsche Firmen – vor allem kleine und mittlere Unternehmen – bei der Erschließung neuer Auslandsmärkte. Die Angebote decken dabei alle Exportphasen ab: Sie umfassen Informationen und Beratung zu

Auslandsmärkten sowie die Unterstützung bei der Geschäfts- und Kontaktabnahnung und beim Auslandsmarketing. Parallel dazu adressieren die Initiativen im Ausland Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, um das Marktpotenzial für deutsche Technologien zu erhöhen und einen Know-how-Transfer zu ermöglichen. Weitere Informationen stehen auf der Website der Veranstaltung zur Verfügung:



http://bit.ly/BMWi_Veranstaltung_Export_Wärme-Kälte-Tech

Kontakt: Kerstin Maaß
Exportinitiative Erneuerbare Energien

Von der ersten Idee bis zum eigenen Unternehmen: Gründerwoche Deutschland für Gründungsinteressierte



Die Gründerwoche Deutschland wird vom 16. bis 22. November zum sechsten Mal unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ausgerichtet.

Bundesweite Multiplikatoren der Gründerszene und Förderer von Unternehmergeist wie Kammern, Institutionen der Wirtschaftsförderung, Hochschulen und weitere Bildungseinrichtungen, Gründungsinitiativen und Netzwerke engagieren sich als Partner der Gründerwoche mit dem Ziel, die Gründungskultur und das Gründungsklima in Deutschland zu stärken.

In der Aktionswoche präsentieren die Partner deutschlandweit das umfassende Spektrum der Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Gründerinnen und Gründer und werben für die unternehmerische Selbständigkeit. Gründerinnen, Gründer und vor allem auch diejenigen, die mit dem Gedanken spielen, sich beruflich selbständig zu machen, werden umfassend informiert und beraten. Dabei stehen die verschiedenen Stationen einer Gründung – von der Geschäftsidee bis hin zu Themen wie Finanzierung, Formalitäten, Steuern und Versicherungen – im Vordergrund.

Alle Veranstaltungen der Partner sowie eine Übersicht über weitere bundesweite Aktionen zur Gründerwoche stehen online zur Verfügung: www.gruenderwoche.de/veranstaltungen.

Die Gründerwoche Deutschland ist Teil der Global Entrepreneurship Week (GEW), die weltweit in über 150 Ländern zeitgleich Veranstaltungen zur Förderung von Gründergeist, Innovation und Unternehmertum organisiert. Mit der weltweiten Aktion GEW:Women stehen auch in diesem Jahr erneut Gründerinnen und Unternehmerinnen im Fokus. In Deutschland findet am 17. November 2015 in Zusammenarbeit mit der bundesweiten gründerinnen-

agentur (bga) und den Vorbild-Unternehmerinnen der BMWi-Initiative „FRAUEN unternehmen“ der Aktionstag „FRAUEN unternehmen heute!“ statt. Ziel ist es, weibliches Unternehmertum sichtbarer zu machen und Frauen zur unternehmerischen Selbständigkeit zu ermutigen.

Weitere Informationen über die Gründerwoche bietet die Website www.gruenderwoche.de.

Kontakt: Holger Maus
Referat: Unternehmensgründung

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

November 2015	
05.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
06.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
09./10.11.	Eurogruppe und ECOFIN
11.11.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13.11.	ECOFIN (Haushalt)
18.11.	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion) in Luxemburg
26.11.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)
27.11.	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Handel)
30.11.	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie)
Ende November	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Dezember 2015	
04.12.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
07./08.12.	Eurogruppe und ECOFIN
10.12.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.12.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Telekommunikation)
15.12.	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
17./18.12.	Tagung Europäischer Rat
Ende Dezember	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Januar 2016	
07.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
08.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
13.01.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
14./15.01.	Eurogruppe und ECOFIN
28./29.01.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat in Amsterdam
Ende Januar 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

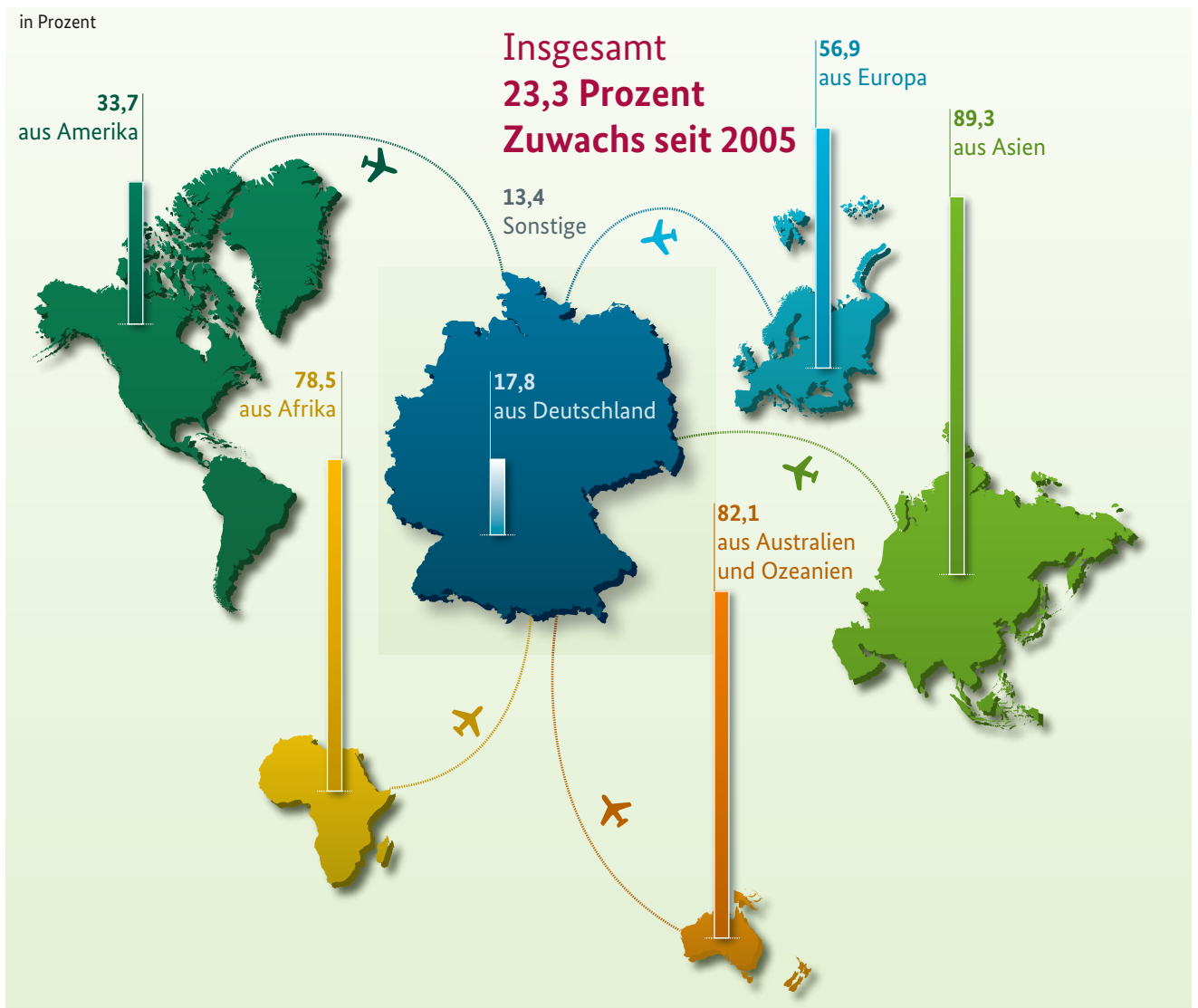


Grafik des Monats

Der Tourismus ...

... entwickelt sich in Deutschland sehr erfolgreich. Im Jahr 2014 waren hierzulande mehr als 424 Millionen Übernachtungen deutscher und ausländischer Gäste in Beherbergungseinrichtungen und auf Campingplätzen zu verzeichnen. Deutsche Touristen hatten daran einen Anteil von mehr als 82 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen ist seit dem Jahr 2005 insgesamt um etwa 23 Prozent gestiegen. Die höchsten Zuwachsraten waren bei Gästen aus Asien, Australien/Ozeanien und Afrika zu beobachten.

Zuwachsraten der Übernachtungen in Deutschland von 2005 bis 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt

Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015

Das Wichtigste in Kürze

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich stabil aufwärts. Trotz der gedämpften weltwirtschaftlichen Perspektive mit einem schwächeren Wachstum in China und in rohstoffexportierenden Schwellenländern befindet sich Deutschland wirtschaftlich auf einem guten Weg. Für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird für das laufende Jahr eine Zunahme von real 1,7 Prozent und für das kommende Jahr von 1,8 Prozent erwartet. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrer Gemeinschaftsdiagnose am 8. Oktober 2015 eine ähnliche Prognose vorgelegt. Die Projektion der Bundesregierung ist vorsichtig-realistisch. Sie liegt für beide Jahre eher am unteren Rand des Prognosespektrums.

Die wesentlichen rechnerischen Nachfrageimpulse kommen aus dem Inland. Kurzfristig stimuliert die hohe Flüchtlingsmigration die privaten und staatlichen Konsumausgaben. Die zentrale Auftriebskraft für die binnenwirtschaftliche Dynamik bleibt die gute Verfassung des Arbeitsmarkts. Die Beschäftigung steuert auf einen weiteren neuen Rekordwert zu. Zusätzlicher Schub kommt vom niedrigeren Ölpreis. Er erhöht die Kaufkraft der privaten Haushalte und die Unternehmensgewinne. Die Weltwirtschaft kommt indes nur langsam in Schwung. Dadurch verbessern sich die Aussichten für Exporte und Investitionen der Unternehmen zögerlich. Die Abwertung des Euro führt kurzfristig zu positiven Impulsen bei den Exporten.

Aktuelle Entwicklungen seit der Frühjahrsprojektion

Die Weltwirtschaft expandierte dieses Jahr langsamer als im Frühjahr erwartet. Seit der Frühjahrsprojektion im April wurden für China und für rohstoffreiche Schwellenländer die Wachstumserwartungen merklich nach unten korrigiert. Auch der Welthandel hat sich deutlich zurückhalten entwickelt als seinerzeit angenommen. Der Internationale Währungsfonds hat die Wachstumsaussichten im Vergleich zum Frühjahr für einige Länder deutlich nach unten korrigiert. Demgegenüber ergeben sich aus dem aktuell niedrigeren Ölpreis, dem Wechselkurs des Euro und den günstigen monetären Rahmenbedingungen positive Impulse. Darüber hinaus stimulieren die zusätzlichen Ausgaben des Staates im Zuge der hohen Zuwanderung die Konjunktur in Deutschland.

Eingetrübte Perspektiven für die Weltwirtschaft

In Anlehnung an die Prognosen internationaler Organisationen wird für den Projektionszeitraum eine langsame Verbesserung der Weltwirtschaft und des Welthandels unterstellt. Dabei werden die globalen Wachstumsperspektiven heterogen bleiben. Positiver Impulsgeber bleiben die Vereinigten Staaten. Das Eurogebiet befindet sich auf einem Erholungskurs, wenngleich die Wachstumsraten des BIP mit 1,4 Prozent für dieses und 1,7 Prozent für das kommende Jahr noch etwas niedriger ausfallen als hierzulande. Der niedrige Wechselkurs hat zuletzt die Exporte gestützt. Davon hat Deutschland indirekt profitiert. Die Entwicklungs- und Schwellenländer dürften sich weiterhin gebremst entwickeln.

Trotz des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds sind die Exporte im ersten Halbjahr 2015, unterstützt durch die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Abwertung des Euro, recht kräftig expandiert. Im Gesamtjahr 2015 werden sie daher trotz einer voraussichtlich ruhigeren Entwicklung im zweiten Halbjahr deutlich um 5,4 Prozent ansteigen. Die schwachen Ausfuhren im August können als Warnsignal für die Zukunft angesehen werden. Für das kommende Jahr 2016 wird eine Zunahme von 4,2 Prozent erwartet. Das Wachstum der Exporte ist stärker als das der deutschen Absatzmärkte und somit mit Marktanteilsgeinnen verbunden. Die Importe nehmen aufgrund der hohen Binnennachfrage und aufgrund des hohen Importgehalts der Ausfuhren mit +5,9 Prozent im Jahr 2015 und +5,3 Prozent im Jahr 2016 etwas dynamischer zu als die Ausfuhren.

Wegen des starken Rückgangs der Rohölnotierungen werden die Importpreise dieses Jahr das dritte Jahr in Folge sinken, wobei die Abwertung des Euro den Importpreiserückgang etwas abschwächt. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird sich im Jahr 2015 vorwiegend aufgrund des rückläufigen Importwertes für Rohöl um 0,8 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent in Relation zum nominalen BIP merklich erhöhen und im Jahr 2016 bei angenommenen stabilen Rohölpreisen auf 7,9 Prozent zurückgehen. Der rechnerische Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird dieses Jahr leicht positiv (+0,2 Prozentpunkte) und im kommenden Jahr geringfügig negativ ausfallen (-0,1 Prozentpunkte). Er trägt damit zum leichten Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses bei.

Gebremste Unternehmensinvestitionen

Unter der Annahme der störungsfreien und moderaten Erholung der Weltwirtschaft werden die Investitionen in Ausrüstungen im Jahr 2015, unterstützt durch die kräftige Ausweitung im Winterhalbjahr 2014/2015, um 4,9 Prozent und im Jahr 2016 in geringerem Umfang um 3,5 Prozent steigen. Insbesondere die privaten Ausrüstungsinvestitionen kommen im Verlauf aber nur langsam in Schwung. Da sich das Niveau der Kapazitätsauslastung in etwa im langfristigen Durchschnitt befindet, werden vordringlich Ersatzinvestitionen vorgenommen.

Die Investitionen in Wohnbauten entwickeln sich im Projektionszeitraum angesichts günstiger Finanzierungsbedingungen, der guten Lage am Arbeitsmarkt und solider Einkommenszuwächse sehr dynamisch. Positive Impulse sind von den öffentlichen Investitionen zum Erhalt und zur Erweiterung der öffentlichen Infrastruktur – nicht zuletzt wegen der zusätzlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration – zu erwarten. Die Bundesregierung hat für Infrastrukturinvestitionen im mittelfristigen Projektionszeitraum zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe beschlossen. Aufgrund zögerlicher Ausrüstungsinvestitionen dürfte der gewerbliche Bau nur zurückhaltend expandieren. Insgesamt kommt es aber zu einer soliden Ausweitung der Bauinvestitionen in Höhe von 1,1 Prozent im Jahr 2015 und 2,9 Prozent im Jahr 2016.

Die Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland werden in diesem Jahr mit real 2,7 Prozent und im kommenden Jahr mit 2,9 Prozent moderat ausgeweitet. Die Investitionsquote – die nominalen Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – bleibt im Jahr 2015 konstant bei 20,1 Prozent und wird im Jahr 2016 auf 20,3 Prozent zunehmen.

Stetiger Beschäftigungsaufbau

Seit dem Jahr 2005 ist die Erwerbstätigkeit stetig aufwärtsgerichtet. Sie wird im Jahresdurchschnitt um 284.000 Personen im Jahr 2015 und um 271.000 Personen im Jahr 2016 deutlich zunehmen. Damit steigt die Erwerbstätigkeit seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2016 um rund zehn Prozent oder knapp vier Millionen Personen auf rund 43,3 Millionen Personen. Der Beschäftigungsaufbau hat sich auch nach der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns fortgesetzt. Um den Jahreswechsel 2014/2015 und im weiteren Verlauf des Jahres wurde zwar die gering-

fügte Beschäftigung abgebaut, aber gleichzeitig kräftig sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut. Die Vermutung liegt nahe, dass geringfügige in sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen umgewandelt wurden.

Der Beschäftigungszuwachs speist sich zu erheblichen Teilen aus der Zuwanderung und der so genannten Stillen Reserve. Dadurch wird der Beschäftigungszuwachs auch in diesem Jahr stärker ausfallen als der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2015 um 98.000 Personen abnehmen. Im kommenden Jahr nimmt die Zahl der Arbeitslosen infolge der außerordentlich hohen Nettozuwanderung um 60.000 Personen zu. Die Arbeitslosenquote wird dadurch von 6,4 Prozent im Jahr 2015 auf 6,5 Prozent im Jahr 2016 steigen.

Stabile Kerninflation

Seit Mitte des vergangenen Jahres haben sich die Preise für Rohöl am Weltmarkt, in US-Dollar notiert, mehr als halbiert. Selbst unter Berücksichtigung der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar ging der Ölpreis um fast 45 Prozent zurück. Die Verbraucherpreise nehmen daher in diesem Jahr nur um 0,3 Prozent und im kommenden Jahr bei annahmegemäß konstanten Ölpreisen um 1,1 Prozent zu. Die den internen Preisdruck besser messende Kerninflationsrate (ohne Energie und Lebensmittel) ist weniger volatil und beträgt in diesem Jahr 1,1 Prozent und im kommenden Jahr 1,3 Prozent.

Solide Einkommenszuwächse

Vor dem Hintergrund des hohen Beschäftigungsstandes werden sich die Tarifvertragsparteien für den Projektionszeitraum auf merkliche Lohnsteigerungen einigen. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer nehmen in diesem Jahr nicht zuletzt aufgrund der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns beschleunigt um 3,0 Prozent und im kommenden Jahr etwas weniger stark um 2,6 Prozent zu. Infolge des progressiven Einkommensteuertarifs steigen die Nettolöhne weniger stark als die Bruttogröße. Allerdings wirken im kommenden Jahr Entlastungen beim steuerlichen Grundfreibetrag und Kinderfreibetrag positiv auf die Nettolöhne, sodass die Zuwachsrate der Nettolöhne nur geringfügig unter derjenigen der Bruttolöhne liegen wird. Je Arbeitnehmer erhöhen sich die Nettolöhne dieses Jahr um 2,7 Prozent und im kommenden

Jahr um 2,4 Prozent. Die monetären Sozialleistungen steigen in beiden Jahren zum einen wegen der deutlichen Rentenanpassungen und zum anderen wegen der hohen Nettozuwanderung kräftig. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte insgesamt nehmen in diesem Jahr um 2,6 Prozent und im kommenden Jahr um 2,8 Prozent zu, nach 2,3 Prozent im Jahr 2014.

Privater Konsum als Wachstumsmotor

Die gute Beschäftigung, die soliden Einkommenszuwächse und die steigende Kaufkraft der Konsumenten aufgrund rückläufiger Rohölpreise bilden die Grundlage für eine stabile Aufwärtsentwicklung der privaten Konsumausgaben. Die Sparquote der privaten Haushalte dürfte im kommenden Jahr geringfügig sinken. Unter Berücksichtigung des moderaten Preisniveaustiegs erhöhen sich die privaten Konsumausgaben im Jahr 2015 um preisbereinigt 1,8 Prozent. Das ist der stärkste Zuwachs seit dem Jahr 2000. Im Jahr 2016 liefert die Zuwanderung einen leicht positiven Impuls für den privaten Konsum, sodass dieser erneut um 1,8 Prozent expandiert.

Deutsche Wirtschaft auch mittelfristig in guter Verfassung

Das Produktionspotenzial wird im Projektionszeitraum (2015 bis 2020) um durchschnittlich 1,6 Prozent pro Jahr wachsen. Gegenüber der Frühjahrsprojektion fällt das Produktionspotenzial aufgrund der außerordentlichen Nettozuwanderung um 0,3 Prozentpunkte höher aus. Die Produktionslücke zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktionspotenzial ist ungefähr geschlossen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Korridor der Normalauslastung.

Chancen auf der binnenwirtschaftlichen Seite

Die dargestellte Basislinie der Herbstprojektion stellt aus heutiger Sicht den wahrscheinlichsten Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland dar. Diese Einschätzung ist naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Dies gilt insbesondere für die Auswirkungen der Flüchtlingsmigration. Chancen für eine günstigere Entwicklung ergeben sich eher auf der binnenwirtschaftlichen Seite. Eine Chance ergibt sich aus den beabsichtigten Maßnahmen zur Stimulierung von Investitionen in Deutschland und in Europa. Darüber hinaus könnten die derzeit expansiven Impulse – nicht zuletzt durch Rohölpreise, Wechselkurs und Wirtschaftspolitik – stärker wirken als angenommen.

Allerdings bleiben die Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld hoch. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte oder eine neue Verunsicherung über die Entwicklung in den Schwellenländern und insbesondere in China zählen zu den Hauptrisikofaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch ein abrupter deutlicher Anstieg des Ölpreises oder des Wechselkurses könnte die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und in Europa stören. Zudem könnte eine Zinswende in den Vereinigten Staaten insbesondere in den – durch Rohstoffpreisrückgang angeschlagenen – Schwellenländern zu Kapitalabflüssen führen und Finanzmarkturbulenzen auslösen.

Tabelle 1: Eckwerte der Herbstprojektion 2015

	2014	Herbstprojektion 2015	Herbstprojektion 2016
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland¹			
Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	1,6	1,7	1,8
Erwerbstätige (im Inland)	0,9	0,7	0,6
BIP je Erwerbstätigen	0,7	1,1	1,1
BIP je Erwerbstätigenstunde	0,4	0,9	1,0
nachrichtlich:			
Erwerbslosenquote in % (ESVG-Konzept) ²	4,7	4,4	4,7
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	6,7	6,4	6,5
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	1,9	2,5	3,0
Staat	4,1	5,4	4,7
Bruttoanlageinvestitionen	5,0	4,1	4,5
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)	-22,0	-34,7	-36,5
Inlandsnachfrage	2,6	3,0	3,7
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	196,4	232,6	232,6
Außenbeitrag (in % des BIP) ⁷	6,7	7,7	7,4
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	3,4	4,0	3,4
Verwendung des BIP preisbereinigt (real)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	0,9	1,8	1,8
Staat	1,7	2,3	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,7	2,9
Ausrüstungen	4,5	4,9	3,5
Bauten	2,9	1,1	2,9
Sonstige Anlagen	3,1	2,9	1,9
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	-0,3	-0,4	0,0
Inlandsnachfrage	1,3	1,7	2,1
Exporte	4,0	5,4	4,2
Importe	3,7	5,9	5,3
Außenbeitrag (Impuls) ³	0,4	0,2	-0,1
Bruttoinlandsprodukt (real)	1,6	1,7	1,8
Preisentwicklung (2010 = 100)			
Konsumausgaben der privaten Haushalte ⁴	1,0	0,6	1,2
Inlandsnachfrage	1,2	1,3	1,6
Bruttoinlandsprodukt ⁵	1,7	2,3	1,6
Verteilung des Bruttonationaleinkommens (BNE)			
(Inländerkonzept)			
Arbeitnehmerentgelte	3,8	3,9	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	5,3	4,5
Volkseinkommen	3,8	4,4	3,7
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,9	3,4
nachrichtlich (Inländerkonzept):			
Arbeitnehmer	1,1	1,0	0,9
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	4,0	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,7	3,0	2,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2,3	2,6	2,8
Sparquote in % ⁶	9,5	9,6	9,4

Die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion bilden die Grundlage für die Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015 in Nürnberg. Als gemeinsamer Orientierungsrahmen dienen sie der Aufstellung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Die Schätzung des Produktionspotenzials und die Mittelfristprojektion liefern die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen für die Berechnung des zulässigen Verschuldungsspielraums gemäß der in der Verfassung verankerten Schuldenregel.

- 1 Bis Q2 2015 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: August 2015
- 2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen
- 3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP)
- 4 Verbraucherpreisindex; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2014: 0,9%; 2015: 0,3%; 2016: 1,1%; 2017: 1,6%
- 5 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2014: 1,9%; 2015: 1,8%; 2016: 1,3%; 2017: 1,7%
- 6 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche
- 7 Saldo der Leistungsbilanz: 2014: +7,4%; 2015: +8,2%; 2016: +7,9%; 2017: +7,5%

Gemeinsam die Industrie stärken

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“: ein neuer Weg in der Industriepolitik

Digitalisierung, Klimawandel, Globalisierung, demografischer Wandel: Was bedeutet das für unsere Industrie? Wie kann sie ihre Stärke in der Zukunft bewahren und ausbauen? Auf diese Fragen wollen wir im Bündnis „Zukunft der Industrie“ gemeinsam mit Industrie- und Arbeitgeberverbänden sowie Gewerkschaften Antworten finden. Ein solcher tripartistischer Zusammenschluss ist neu in der Industriepolitik. Im März nahm das Bündnis seine Arbeit auf. Bereits ein halbes Jahr später, am 13. Oktober 2015, hat das Bündnis erste Ergebnisse vorgestellt.



Deutschlands Stärke ist seine Industrie

Das Bündnis widmet sich mit der Industrie und den industrienahen Dienstleistungen einem zentralen Sektor unserer Volkswirtschaft: Rund acht Millionen Beschäftigte arbeiten in den etwa 100.000 Industriebetrieben in Deutschland. Gemeinsam erwirtschaften sie rund ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung und sind für rund drei Viertel aller Exporte verantwortlich. Die Industrie bringt auch den Löwenanteil der Mittel für Forschung und Entwicklung auf. Sie ist ein wesentlicher Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze. Durch die hohe Produktivität generiert die Industrie Einkommen bei Investoren, Unternehmern und Arbeitskräften, deren Nachfrage nach Investitionsgütern, Konsumgütern und Dienstleistungen wiederum eine wichtige Grundlage für die gesamte Wirtschaftsdynamik ist.

Hinzu kommt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Wertschöpfung außerhalb der Industrie auch direkt von der industriellen Wertschöpfungskette abhängt. Mit ihrer Innovationsfähigkeit leistet die Industrie zudem einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und ist führend in der Ressourceneffizienz.

Um die Jahrtausendwende schrieben Wirtschaftsexperten der Industrie allerdings eine ganz andere Rolle zu. Sie sagten die Ablösung der so genannten „old economy“ durch die „new economy“ der Dienstleistungen voraus. Diese galt als das Pferd, mit dem sich das Rennen im globalen Wettbewerb gewinnen lässt. Länder wie Großbritannien und Frankreich bauten daraufhin verstärkt den Dienstleistungssektor aus. Das Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000 und die Finanzkrise seit 2008 zeigten jedoch die Grenzen einer Wirtschaftspolitik, die zu stark auf eine vermeintliche „new economy“ und Dienstleistungen setzt.

Im Gegensatz zu seinen westeuropäischen Nachbarn hat sich Deutschland für einen anderen Weg entschieden und weiterhin seine industrielle Basis gestützt. Der direkte Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung lag 2014 mit rund 22 Prozent etwa doppelt so hoch wie in Frankreich und Großbritannien. Das Festhalten an der Industrie hat sich ausgezahlt: Zwar brach infolge der Krise 2008 die deutsche Wirtschaftsleistung stark ein, lag aber bereits 2011 wieder auf dem Vorkrisenniveau. Großbritannien erreichte dieses Niveau erst drei Jahre später. Diesen Erfolg verdankt Deutschland nicht zuletzt seiner starken industriellen Basis und einer funktionierenden Sozialpartnerschaft.

Auch wenn der kurzfristige Blick keinen Anlass zur Sorge gibt, so bleiben doch gewaltige Herausforderungen: Das Image der deutschen Industrie als zuverlässiger und sicherer Lieferant mit höchsten Qualitätsansprüchen muss immer wieder neu verteidigt werden. Weitere Herausforderungen wie Fachkräftemangel, ein scharfer internationaler Wettbewerb und technische Umbrüche wie die Digitalisierung kommen hinzu. Damit sich der Industriestandort Deutschland auch in Zukunft behaupten kann, müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden.

Das Bündnis – ein starker Verbund

Gemeinsam mit dem Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzel, und dem Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, hat der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, daher im November 2014 zur Gründung des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ aufgerufen. Am 3. März dieses Jahres hat sich das Bündnis mit 15 Partnern offiziell konstitu-

iert. Ziel dieses Bündnisses ist es, konkrete Verabredungen zu treffen und Maßnahmen zu entwickeln, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu stärken. Ein solches tripartistisches Bündnis zeigt die Stärke der deutschen Sozialpartnerschaft.

Neben den drei Initiatoren BMWi, IG Metall und BDI sind folgende zwölf weitere Bündnispartner dabei: der Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Verband der Automobilindustrie (VDA), der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesarbeitsgeberverband Gesamtmetall, der Bundesarbeitsgeberverband Chemie (BAVC) sowie auf Gewerkschaftsseite der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG).

Abbildung 1: Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Landes

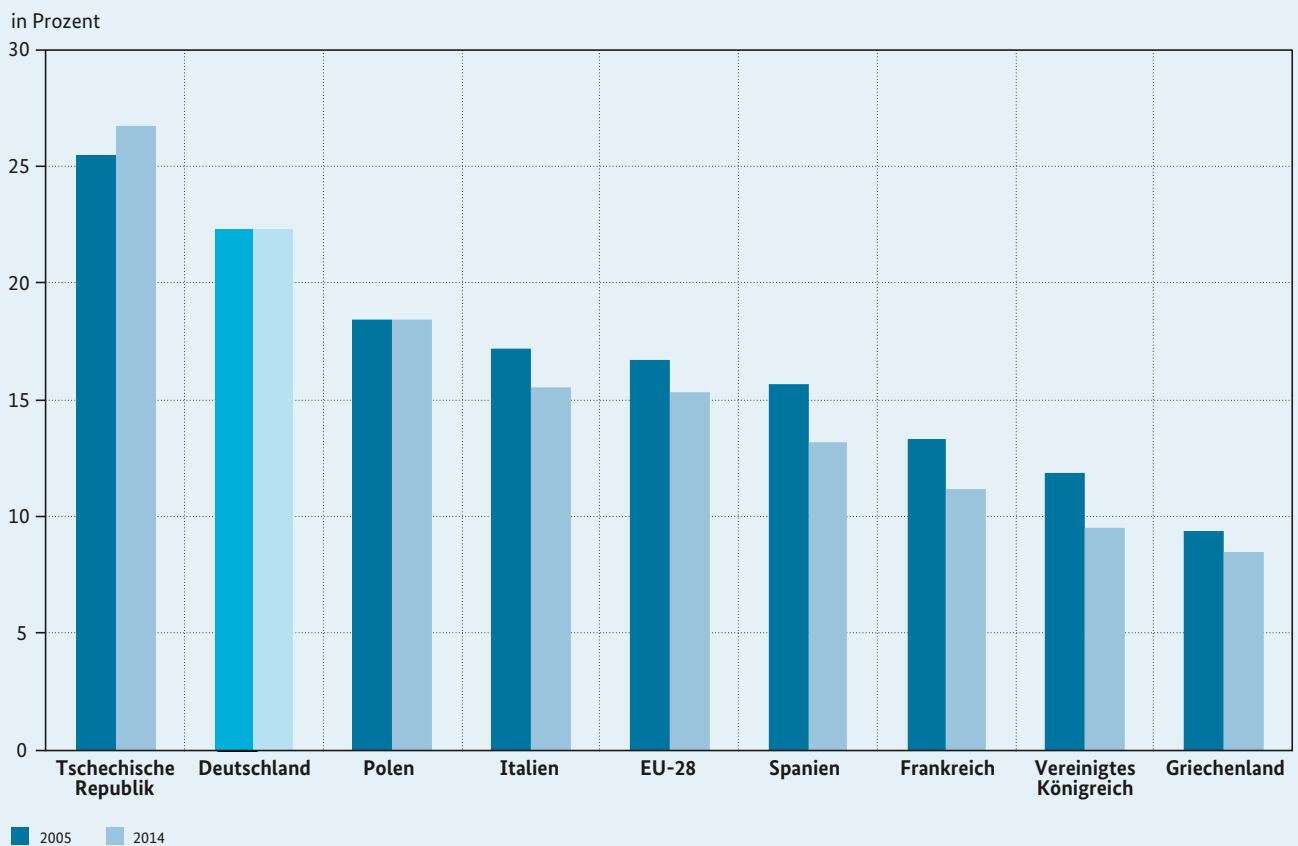


Abbildung 2: Struktur des Bündnisses



Quelle: BMWi

Struktur des Bündnisses

Wie arbeitet das Bündnis? Fünf Arbeitsgruppen entwickeln Vorschläge für Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zu folgenden Themen:

- ▶ „Akzeptanz – Attraktive Industrie“
- ▶ „Investitionsstarke Industrie“
- ▶ „Zukunft der Arbeit in Industrie und industrienahen Dienstleistungen“
- ▶ „Wertschöpfungsstrukturen der Zukunft“
- ▶ „Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie“

Die Arbeitsgruppen haben jeweils zwei Leiter, einen Vertreter der Arbeitgeber- bzw. Industrieverbände und einen der Gewerkschaftsseite. Bei der Arbeit werden die Ergebnisse der Branchendialoge, die bereits im BMWi stattfanden und branchenspezifisch wichtige industriepolitische Themen behandelten, sowie anderer Plattformen berücksichtigt.

Die Empfehlungen der Arbeitsgruppen werden einem übergeordneten Lenkungsgremium vorgelegt, der so genannten „Sherpa-Runde“. Sherpas sind, neben dem Abteilungsleiter für Industriepolitik des BMWi, jeweils eine von den Bündnispartnern benannte Person mit Leitungsfunktion. Diese Runde leitet Staatssekretär Matthias Machnig.

Die Sherpa-Runde bereitet ihrerseits die Treffen der High-Level Group (HLG) vor, die etwa im Halbjahresrhythmus stattfinden. Teilnehmer der HLG sind der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, sowie die Präsidenten der Unternehmensverbände und die Vorsitzenden der Gewerkschaften.

Zusätzlich hat das Bündnis im Juni 2015 den Verein „Netzwerk Zukunft der Industrie“ gegründet. Dieser soll insbesondere die operativen Maßnahmen des Bündnisses durchführen und die Bündnisaktivitäten begleiten.



Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, stellte am 13. Oktober 2015 gemeinsam mit (von links) Detlef Wetzel (IG Metall), Ulrich Grillo (BDI) und (ganz rechts) Matthias Wissmann (Verband der Automobilindustrie) eine gemeinsame Erklärung des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ vor.

Am 13. Oktober 2015 traf sich die High-Level Group des Bündnisses nach dem Auftakt im März zum zweiten Mal und legte erste Ergebnisse vor: Ein Arbeitsprogramm und eine gemeinsame Erklärung „Für eine moderne und nachhaltige Industriepolitik“. Im Folgenden werden die zentralen Punkte dieser Papiere zusammengefasst:

Industrieakzeptanz steigern

Die Industrie hat eine hohe Bedeutung für den Wohlstand in Deutschland – doch diese Bedeutung wird oftmals unterschätzt. Das Bündnis will das ändern und in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern treten. Nach wie vor ruft der Begriff „Industrie“ verschiedene Assoziationen hervor: Das ist der rauchende Schornstein als Symbol, der neben Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Stärke auch mit Umweltbelastungen und schlechten Arbeitsbedingungen verbunden wird. Dieser verengte Blick sollte geweitet werden. Denn deutsche Firmen produzieren ressourceneffizient und sind beim Umweltschutz Vorreiter. Industrie ist eben gerade nicht „old economy“, sondern innovativ, weil sie auf neueste Technologien setzt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze. In der Industrie werden überdurchschnittlich hohe Löhne gezahlt.

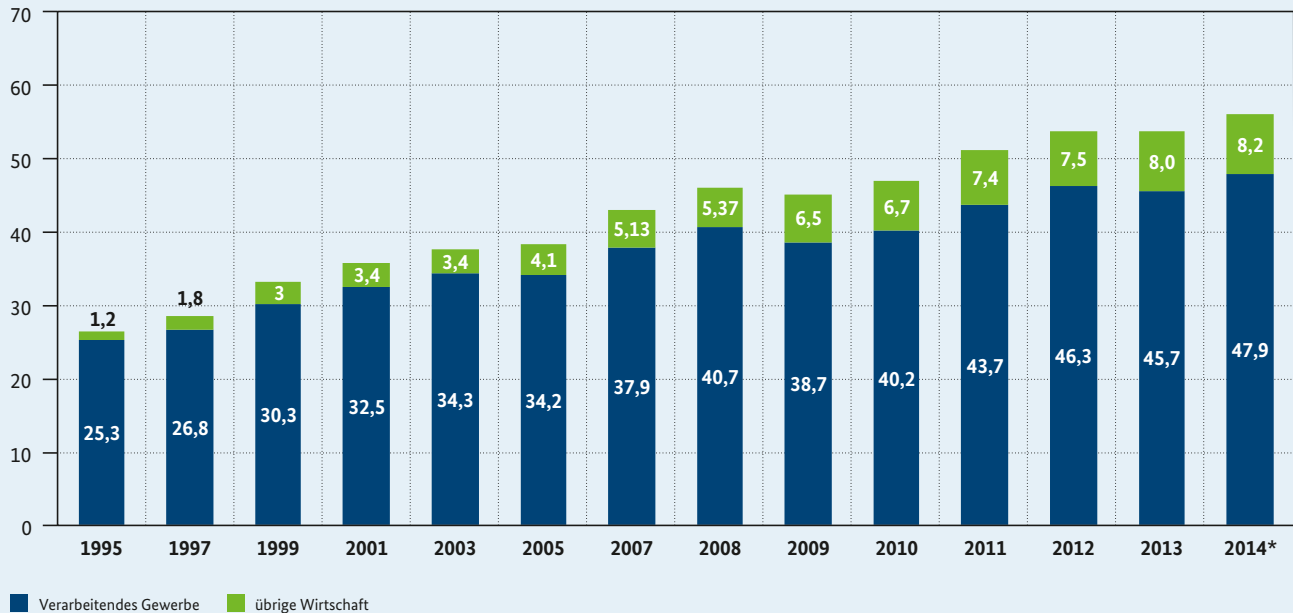
Auf diese Fakten will das Bündnis ganz besonders im Jahr 2016 hinweisen. Die Bündnispartner wollen nach heutigem Stand ca. 100 Veranstaltungen durchführen, die zeigen, was die Industrie leistet. Das Ziel ist ein besseres Verständnis für die Belange der Industrie und damit eine höhere Akzeptanz für ihre Vorhaben. So sollen zum Beispiel im Rahmen einer deutschlandweiten Aktionswoche im Sommer 2016 die Türen von Industriebetrieben geöffnet werden. Es wird hautnah zu erleben sein, wie dort gearbeitet wird.

Wettbewerbsfähigkeit sichern durch Investitionen und Innovationen

In vielen Bereichen sind mehr private und öffentliche Investitionen nötig, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Das Bündnis unterbreitet konkrete Handlungsempfehlungen, wie Investitionen insbesondere zur Erhöhung der Innovationsleistung gesteigert werden können: Neue Förderinstrumente sollen auf den Weg gebracht und die steuerliche Abschreibung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei kleinen und mittleren Unternehmen ermöglicht werden. Ein besonderes Augenmerk gilt Unternehmensgründern. Nur mit einer lebendigen Gründerszene

Abbildung 3: Interne F&E-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft

in Mrd. Euro



* 2014: Plandaten

Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

wird die deutsche Wirtschaft auch zukünftig die Ideen und Produkte anbieten, die im globalen Wettbewerb mithalten können. Deshalb schlägt das Bündnis ein Venture-Capital-Gesetz zur Wachstumsfinanzierung vor. Darüber hinaus sind höhere öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, intelligente Energienetze, Bildung und Umwelttechnik nötig, damit Deutschland nicht ins Hintertreffen gerät. Zentral ist dabei nach Ansicht der Bündnispartner der Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Er muss vorangetrieben werden, gerade auch in ländlichen Regionen.

Freier Handel und fairer Wettbewerb

Deutschlands Industrie ist international erfolgreich – das muss so bleiben. Deshalb bekennt sich das Bündnis zu freiem Handel und fairem Wettbewerb. Dieses Ziel ist nur durch verbindliche Regeln und (Handels-)Abkommen zu erreichen, die richtig ausgestaltet sein müssen, um demokratische Strukturen sowie Arbeits-, Umwelt-, Verbraucherschutz- und Sozialstandards zu schützen und weiterzuentwickeln. Deshalb muss nach Auffassung der Bündnispartner in zukünftigen Freihandelsabkommen Investitionsschutz in rechtsstaatlichen Verfahren erfolgen.

Digitalisierung als Chance begreifen

Das Bündnis beschäftigt sich auch intensiv mit den technischen Veränderungen in der Industrie. Insbesondere die Digitalisierung eröffnet viele Möglichkeiten. Die gemeinsame Erklärung legt einen Schwerpunkt auf die Beschäftigten. Ohne ihr Wissen, ihre Produkt- und Prozesskompetenzen werden neue Technologien weder in den Betrieben entwickelt, noch erlangen sie dort die entsprechende Reife, um sich auf internationalen Märkten durchzusetzen. Gerade im digitalen Zeitalter gilt, dass qualifizierte Arbeit ein gutes Bildungssystem sowie breite Qualifizierungs- und Entwicklungschancen braucht. Neben diesem Aspekt legt das Bündnis einen weiteren Schwerpunkt auf die europäische Dimension der Digitalisierung. Es fordert deshalb einen digitalen Binnenmarkt und einen europäischen Ordnungsrahmen, um so Investitionen in Schlüsseltechnologien in Europa zu erhöhen und das Wachstumspotenzial digitaler Technologien besser zu erschließen.

Industriepolitik auch in der EU stärken

Entscheidende Weichen für die Entwicklung der Industrie werden in Brüssel gestellt. Die EU-Kommission hat ein klares Ziel vorgegeben: Bis zum Jahr 2020 sollen 20 Prozent der Bruttowertschöpfung in der EU vom Verarbeitenden Gewerbe erbracht werden. Deutschland erfüllt dieses Ziel bereits; nun gilt es die Industrie in Europa insgesamt zu stärken. Die Partner des Bündnisses fordern, dass die Europäische Kommission bei ihren Gesetzen und Richtlinien stärker die Balance zwischen umweltpolitischen Zielen, technischen Lösungen und entsprechenden Industrialisierungs- und Beschäftigungsszenarien berücksichtigt. Wichtig ist ein „Mainstreaming der industriellen Wettbewerbsfähigkeit“, also die durchgehende Berücksichtigung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit in allen EU-Politikbereichen. Für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik müssen Auswirkungen auf die Industrie aufgrund der hohen Bedeutung industrieller Wertschöpfungsketten für die Gesamtwirtschaft immer mitgedacht werden.

Fachkräfte auch durch Zuwanderung gewinnen

Zahlreiche Menschen suchen derzeit Schutz in Deutschland. Dies ist Herausforderung und Chance zugleich. Um die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, fordern die Bündnispartner unter anderem, die Förderinstrumente der Arbeitsagenturen und Jobcenter allen Asylsuchenden mit hoher Bleibeperspektive und Geduldeten zugänglich zu machen. Das Bündnis schlägt zudem ein Zuwanderungsgesetz vor, das qualifizierte Zuwanderung ermöglicht, aber auch Zuwanderung gezielt begrenzt, steuert und die entsprechenden Verfahren beschleunigt und entbürokratisiert.



Impuls für die weitere Arbeit

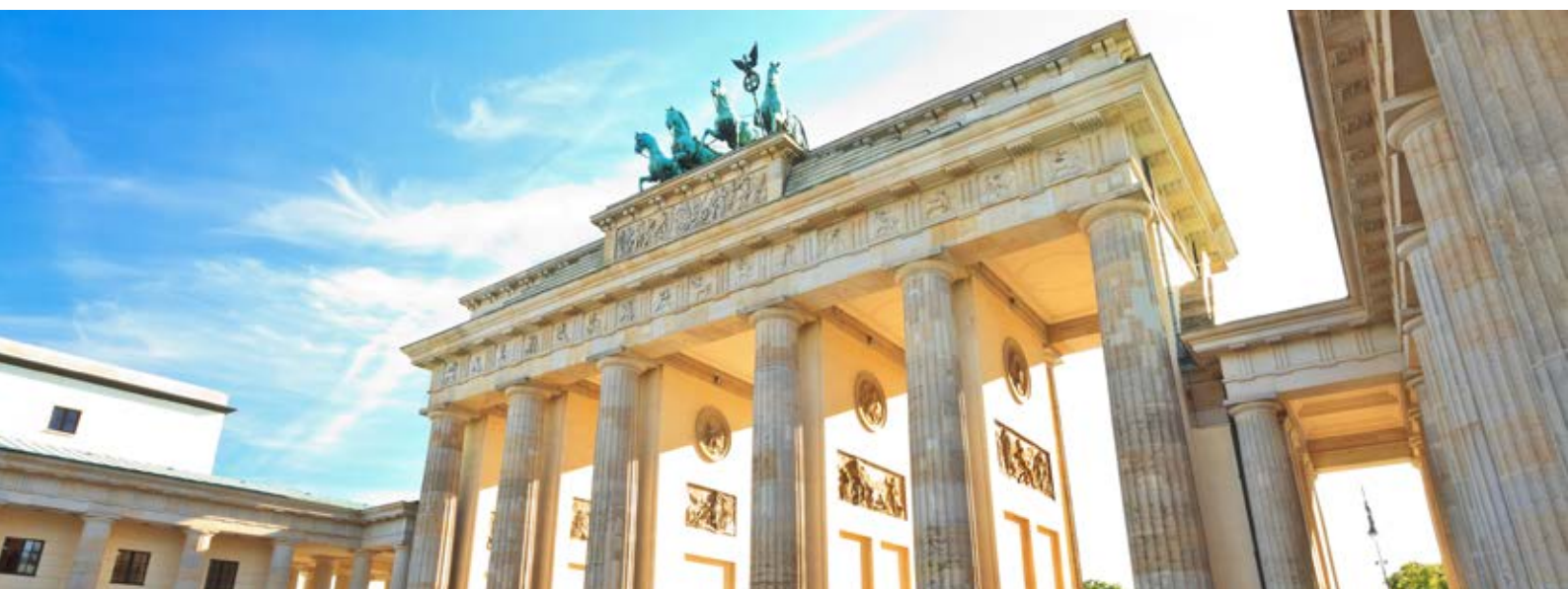
Nach der High-Level Group vom 13. Oktober 2015 setzen die Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit fort. Hier wird weiter diskutiert, wie der Wandel von Produktion, Wertschöpfungsketten und Arbeitsbedingungen gestaltet werden kann. Nächster wichtiger Termin ist eine nationale Industriekonferenz Anfang kommenden Jahres. Industrie gehört in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Es geht längst nicht mehr darum, ob die Industrie „old“ oder „new“ ist – es geht um die „next economy“, die durch innovative Produkte der Spitzenklasse weltweit erfolgreich ist.

Kontakt: Dr. Hartmut Kühne und Katja Hartosch
Referat: Bündnis Zukunft der Industrie

Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit

Der Aufbau Ost ist gelungen, der wirtschaftliche Aufholprozess erfordert aber noch weiter Unterstützung

25 Jahre nach der Wiedervereinigung enthält der Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2015 einen historischen Überblick über die zentralen Entscheidungen zwischen dem Mauerfall am 9. November 1989 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 und nimmt eine Würdigung aus heutiger Sicht vor. Im Berichtsteil zum aktuellen Stand der Deutschen Einheit wird dargestellt, dass inzwischen in vielen Lebensbereichen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland hergestellt sind. Allerdings besteht in Ostdeutschland hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzkraft, am Arbeitsmarkt sowie bei den Renten und Löhnen noch Aufholbedarf.



Wiedervereinigung und Transformation – Entscheidungen mit weitreichenden Folgen

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei. Mit dem Wirksamwerden des Beitritts wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Teil der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft, die 23 damaligen Bezirke von Berlin bildeten künftig das Land Berlin. Der historische Überblick in Teil A des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit 2015 rückt in Erinnerung, dass die politisch Verantwortlichen nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 unter hohem Zeitdruck zukunftsweisende Entscheidungen treffen mussten. Denn es war völlig unsicher, ob das Zeitfenster für eine politische Einigung für eine längere Zeit offen stehen würde. Über die Folgen mancher dieser Entscheidungen wird bis heute, ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung, in Politik und Gesellschaft teils kontrovers diskutiert. Der Bericht beleuchtet einige dieser zentralen Entscheidungen: die Schaffung einer Währungs-,

Wirtschafts- und Sozialunion, die Auflösung der Staatssicherheit, die Debatte über Beitritt nach Artikel 23 GG oder Art. 146 GG sowie die Regelung offener Vermögensfragen.

Der Beitritt: Ergebnis einer historisch einmaligen, friedlichen und demokratischen Entwicklung

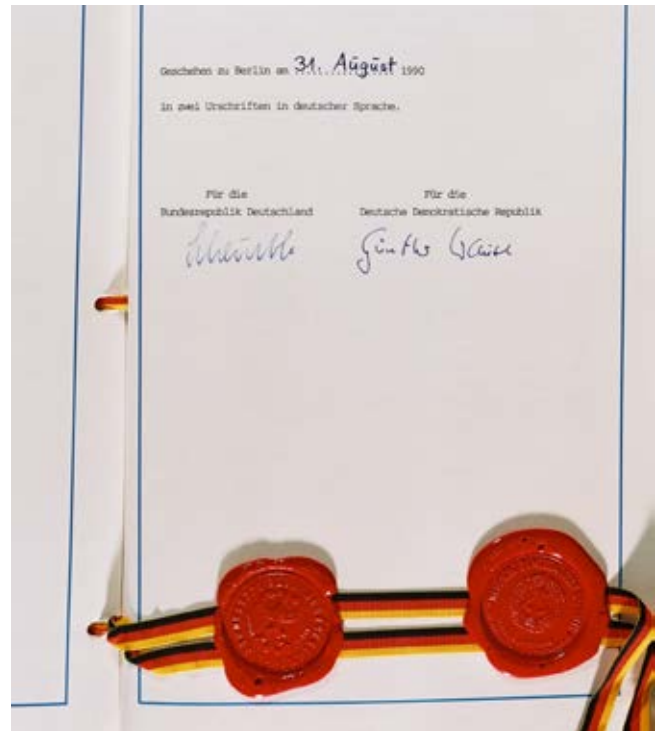
Der Beitrittsbeschluss der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR am 23. August 1990 war von historischer Bedeutung, denn er machte den Weg frei für die Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August 1990. Verfassungsrechtlich standen zwei Wege für die Wiedervereinigung offen. Der komplizierteren und zeitaufwändigeren Alternative über Art. 146 GG, d.h. mit einer Ablösung des Grundgesetzes durch eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung, wurden jedoch von Anfang an nur geringe Realisierungschancen eingeräumt. Bereits mit dem Ergebnis der Volkskammerwahl am 18. März 1990 war der Weg für den Beitritt nach Art. 23 GG sowie für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vorgezeichnet.

Radikaler Systemwandel mit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der DDR war desolat. Dies zeigte Ende Oktober 1989 die Analyse der ökonomischen Lage der DDR, die der Leiter der staatlichen Plankommission dem Politbüro vorlegte (so genanntes „Schürer-Papier“). Die Bundesregierung unterbreitete der DDR-Regierung am 13. Februar 1990 das Angebot einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, nicht zuletzt um den Menschen in der DDR eine wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen und den seit dem Mauerfall eingetretenen massiven Abwanderungsstrom zu stoppen. Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde ein radikaler Wandel von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft in der DDR vollzogen, dem eine massive Anpassungskrise in den neuen Ländern folgte, deren Folgen auch heute teilweise noch spürbar sind.

Regelungen zu offenen Vermögensfragen – hochkomplex, mehrfach nachgebessert

Die offenen Vermögensfragen und der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ gehören zu den schwierigsten und politisch umstrittensten Materien des Einigungsvertrages. Dabei ging es einerseits um die Wiedergutmachung von NS-Unrecht, um teilungsbedingte Vermögensschäden, die Westdeutschen zugefügt worden waren, und um Unrecht gegenüber DDR-Bürgerinnen und Bürgern, die in die Bundesrepublik geflüchtet waren. Diesen Rückgabeinteressen der Geschädigten standen andererseits die Interessen der Eigentümer und Nutzer in Ostdeutschland, aber auch der öffentlich-rechtlichen Rechtsnachfolger von Volkseigentum (Kommunen, Länder, Bund) gegenüber. Zugleich galt es marktwirtschaftskonforme und dezentrale Eigentumsstrukturen in den neuen Ländern wiederherzustellen. Zudem waren vertragliche Nutzungsrechte an Grundstücken (Miete oder Pacht) im Beitrittsgebiet in das System des BGB zu überführen. Die dafür entwickelten Regelungen, die in den Einigungsvertrag aufgenommen wurden, führten in den ersten Jahren der Einheit zu erheblichen Kontroversen zwischen Ost- und Westdeutschen. Die überaus komplizierten Fragen stellten hohe Ansprüche an die von den Regelungen Betroffenen und lösten daher erhebliche Unsicherheiten und Ängste aus. Dazu trug auch die Komplexität der mehrfach nachgebesserten Regelungen bei, mit denen man die offenen Fragen zu lösen versuchte.



Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland

Bilanz nach 25 Jahren Wiedervereinigung insgesamt eindeutig positiv

Eine der zentralen Aufgaben der Bundesregierung bestand seit der Wiedervereinigung in der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung kann insgesamt eine eindeutig positive Bilanz gezogen werden: Der Aufbau Ost ist gelungen. Die weitgehend marode ostdeutsche Wirtschaft wurde modernisiert, die über Jahrzehnte vernachlässigte Infrastruktur erneuert, massive Umweltschäden beseitigt und eine demokratische Kultur aufgebaut. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet ist heute weitgehend erreicht. Diese Entwicklung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die über Jahre andauernde Abwanderung – vor allem von jungen Menschen – in die alten Länder rückläufig ist. Seit 2008 hat sich der Wanderungssaldo von Ost nach West kontinuierlich reduziert. 2013 und 2014 konnte der Osten sogar einen Binnenwanderungsüberschuss verzeichnen, der auf die hohe Anziehungskraft von Berlin zurückzuführen ist.

Rechtseinheit zwischen Ost und West heute weitgehend hergestellt

Im Einigungsvertrag war es unerlässlich, zahlreiche Regelungen zu treffen, wonach Rechtsvorschriften des Bundesrechts nur unter den dort genannten Maßgaben im Beitrittsgebiet in Kraft traten. Eine sofortige vollständige Übernahme des Rechts der Bundesrepublik in den neuen Ländern wäre in vielen Bereichen nicht sachgerecht gewesen. Diese Übergangsregelungen sind inzwischen weitgehend obsolet. Heute gibt es nur noch wenige aus dem Einigungsvertrag resultierende Rechtsunterschiede, die aber eher unbedeutend sind. Insoweit kann heute von einer weitgehenden Rechtseinheit zwischen Ost und West gesprochen werden. Ein wichtiger Bereich, in dem noch Rechtsunterschiede bestehen, ist das Rentenrecht¹.

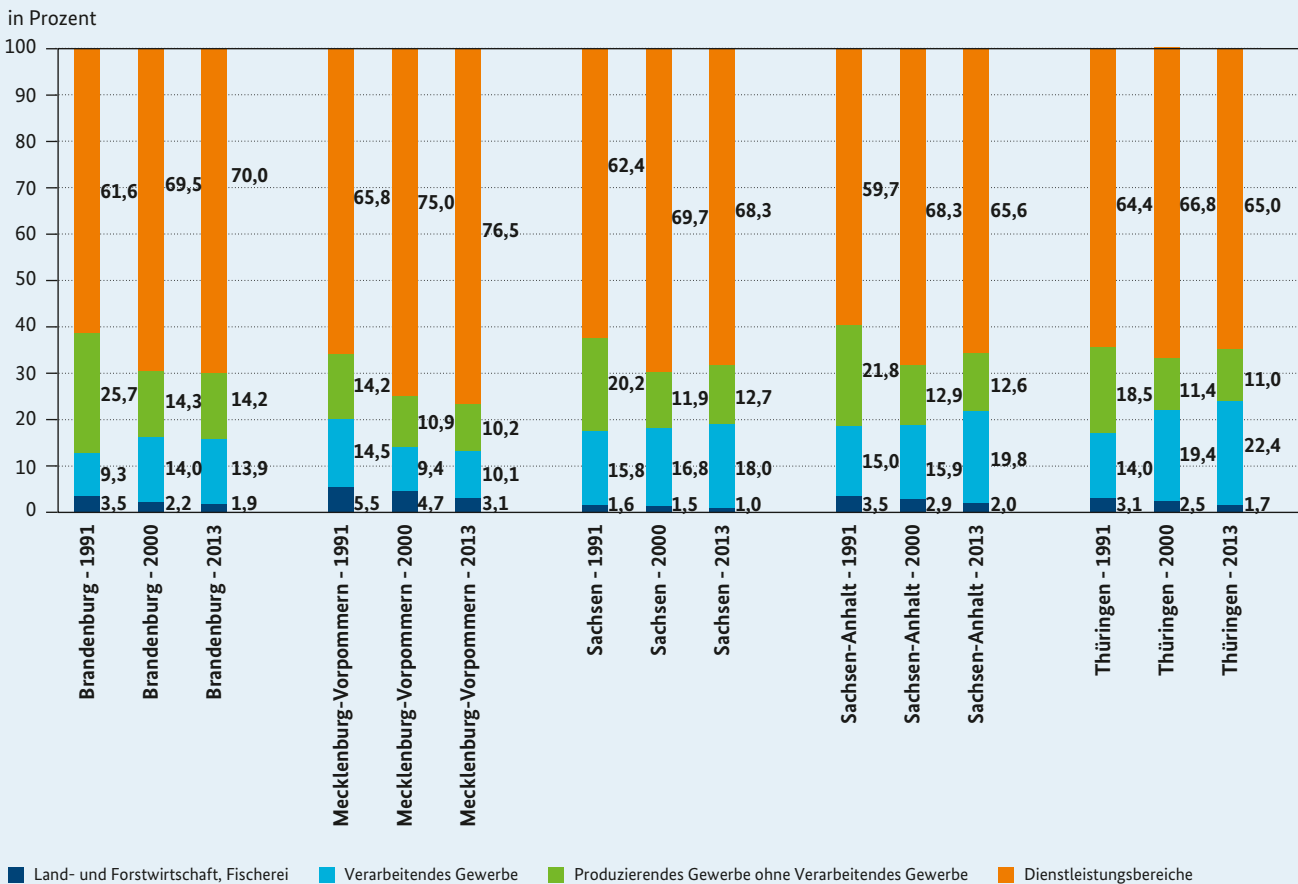
Bevölkerung sieht die Deutsche Einheit heute eindeutig positiv

Befragt man die Menschen heute zu ihren politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, zeigt sich ein weitgehend positives Bild der Wiedervereinigung. Vier Fünftel der Befragten in Ost und West schätzen die Wiedervereinigung als für sie insgesamt vorteilhaft ein und die Mehrheit der Befragten beurteilt die eigene wirtschaftliche Lage seit 1990 positiv.²

Konvergenz beachtlich, aber in den letzten Jahren eher verhalten

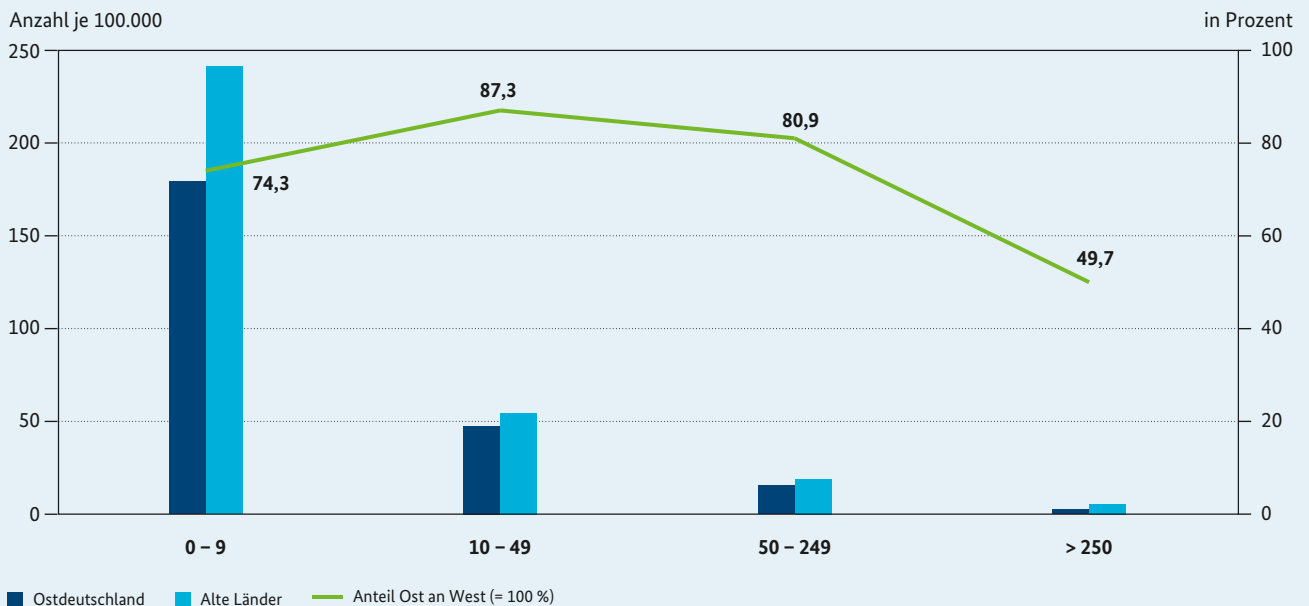
Der umfassende Strukturwandel in den neuen Ländern, der mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Abbildung 1: Wertschöpfungsanteile an der Gesamtwirtschaft 1991, 2000 und 2013



Quelle: Aus „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015“: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

1 Siehe unten, Abschnitt „Zentrale Herausforderungen“
 2 Vgl. „Deutschland 2014 – 25 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Abbildung 2: Anzahl der Unternehmen je 100.000 Einwohner im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2012

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

begann, hält bis heute an. Ostdeutschland hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche Steigerung seiner wirtschaftlichen Leistung erreicht. Seit 1991 hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt. Gerade in der Anfangsphase spielte die Bauwirtschaft eine große Rolle, verlor dann aber zunehmend Wertschöpfungsanteile an das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor.

Die insgesamt recht positiven Entwicklungen können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Abstand in der durchschnittlichen Wirtschaftskraft zwischen den neuen und den alten Ländern heute immer noch groß ist. Die Wirtschaftskraft der neuen Länder liegt auch heute noch rund ein Drittel niedriger als in den alten Ländern. Die Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern erreicht heute 71 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt erreichte die Arbeitslosenquote im Jahr 2014 mit 9,8 Prozent einen neuen historischen Tiefstand, lag aber weiterhin deutlich über dem entsprechenden Wert Westdeutschlands (5,9 Prozent).

Alle ostdeutschen Regionen gehören auch heute noch zu den strukturschwachen Förderregionen Deutschlands. Die Steuerkraft der ostdeutschen Flächenländer beträgt nur

rund zwei Drittel (61 Prozent) der Steuerkraft der finanzschwachen Westländer; im Ost-West-Gesamtvergleich der Flächenländer erreichen die ostdeutschen Länder sogar nur die Hälfte des Pro-Kopf-Steueraufkommens der Westländer (990 Euro/Einwohner Ost, 1.886 Euro/Einwohner West).

Der wirtschaftliche Aufholprozess zu Westdeutschland schreitet seit einigen Jahren nur noch verhalten voran. Dies liegt aber auch daran, dass nicht nur die ostdeutsche, sondern auch die starke, international gut eingebundene westdeutsche Wirtschaft (als Bezugsgröße) wächst. Die Frage, wie dem mittelständisch geprägten Unternehmenssektor in Ostdeutschland und damit auch der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weitere Wachstumsimpulse gegeben werden können, wurde in einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) untersucht. Handlungsmöglichkeiten zur Überwindung der Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft und ihrer Folgen werden u.a. in der Stärkung von innovativen Netzwerken und Clustern, der verstärkten Internationalisierung der Unternehmen sowie der Managementfortbildung gesehen.³ Zur Durchführung dieser Aufgabe wurde vor kurzem die VDI Technologiezentrum GmbH damit beauftragt, das BMWi im Rahmen eines ausgeschriebenen Projekts von Mitte 2015 bis Ende 2017 zu unterstützen.

3 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie wurden im BMWi-Monatsbericht 10/2015 veröffentlicht.

Zentrale Handlungsbedarfe

Im aktuellen Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit werden drei zentrale Handlungsbedarfe für die weitere Entwicklung Ostdeutschlands genannt.

Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Für die neuen Länder ist auch weiterhin ein leistungsfähiger Finanzausgleich erforderlich, damit alle Länder und Kommunen ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen können. Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für die Zeit nach 2019 – nach Auslaufen der Regeln des Finanzausgleichssystems einschließlich Solidarpakt II – ist wegen der durchschnittlich geringeren Steuerkraft pro Einwohner (57 Prozent des Bundesdurchschnitts) für die ostdeutschen Länder von zentraler Bedeutung.

Fördersystem für strukturschwache Regionen für die Zeit ab 2020

Trotz der Fortschritte beim Aufbau Ost wie auch bei der Bewältigung des Strukturwandels in altindustrialisierten und ländlichen Regionen der westdeutschen Länder bestehen in Deutschland erhebliche Disparitäten fort. Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist deswegen auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts II eine Unterstützung strukturschwacher Regionen erforderlich.

Dem Auftrag im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode entsprechend hat die Bundesregierung Vorschläge für ein weiterentwickeltes Fördersystem für alle strukturschwachen Regionen in Ost und West im Rahmen eines Eckpunktepapiers vorgelegt.

Angleichung der Rentensysteme Ost/West

25 Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen noch Unterschiede bei der Rentenberechnung zwischen Ost und West. Im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode wurde vereinbart, dass zum Ende des Solidarpakts II, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte erfolgt. Davor soll zum 1. Juli 2016 geprüft



werden, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat, und auf dieser Grundlage entschieden werden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist.

Der Jahresbericht steht als PDF-Dokument zum Download zur Verfügung unter:
www.beauftragte-neue-laender.de

Quiz Deutsche Einheit/Neue Bundesländer – Versuchen Sie es!

Das jährliche Quiz mit Fragen quer durch die neuen Bundesländer und Berlin zu Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Sport und zur Politik der Bundesregierung steht Ihnen auf der Website der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer www.beauftragte-neue-laender.de unter „Service“ zur Verfügung.

Kontakt: Sabine Döhmer und Dr. Karen Weidmann
 Arbeitsstab Neue Bundesländer, Referat Grundsatz,
 Gesellschaftspolitik, zeithistorische Aufarbeitung

Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergie-ausstiegs zu tragen

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegebene Gutachten zur Überprüfung der Kernenergie-Rückstellungen in Deutschland wurde am 10. Oktober 2015 veröffentlicht. Die Prüfer bestätigen darin die Kostenschätzungen der Energieversorgungsunternehmen (EVU) als vollständig und nachvollziehbar. Die von den Gutachtern vorgenommene Untersuchung des Vermögens der EVU zeigt, dass diese – in Summe – in der Lage sind, ihre atomrechtlichen Entsorgungsverpflichtungen zu erfüllen.



Die Stilllegung und der Rückbau der Kernkraftwerke sowie die Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist Aufgabe der Betreiber von Kernkraftwerken. Sie tragen hierfür nach dem in § 9a des Atomgesetzes niedergelegten Verursacherprinzip die volle Kostenverantwortung. Nach den allgemeinen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften bilden die Unternehmen für diese Verpflichtungen Rückstellungen in ihren Bilanzen. Aufgrund der Langfristigkeit der Verpflichtungen bis zum Ende dieses Jahrhunderts und des damit einhergehenden Prognoserisikos stellt die Bewertung der angemessenen Rückstellungshöhe eine besondere Herausforderung für die EVU dar.

Handelsrechtliche Vorgaben für die Bilanzierung von Rückstellungen

Rückstellungen sind von Wirtschaftsunternehmen gemäß § 249 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden. In der Bilanz gehören sie zu den Passivpositionen und werden dem Fremdkapital zugeordnet. Die Bewertung von Rückstellungen erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zum nach kaufmännischer Beurteilung ermittelten Erfüllungsbetrag. Die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und damit auch der Bildung und Bewertung von Rückstellungen wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der Kraftwerksbetreiber durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften überprüft.

Die kernkraftbetreibenden EVU – E.ON SE, RWE AG, EnBW AG, Vattenfall GmbH sowie die Stadtwerke München GmbH – haben zum 31. Dezember 2014 insgesamt rund 38,3 Milliarden Euro für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung der radioaktiven Abfälle in ihren Bilanzen zurückgestellt. Diese Rückstellungen werden nicht als jederzeit verfügbarer Barbestand oder in Form von leicht liquidierbaren Finanztiteln vorgehalten, sondern dem Wert der Rückstellungen stehen sämtliche Aktiva der Unternehmen als Wert gegenüber. Ein vom BMWi in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten¹ kam im Dezember 2014 zu dem Ergebnis, dass bei einer möglichen Insolvenz einer Kernkraftwerksbetreibergesellschaft bei der gegenwärtigen Rechtslage gewisse Kostenrisiken für die öffentlichen Haushalte nicht ausgeschlossen werden können.

Das BMWi hat vor diesem Hintergrund im Juni 2015 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton AG mit einer gutachtlichen Stellungnahme zur Bewertung der Kernenergie-Rückstellungen beauftragt („Stresstest“). Das Ziel des Gutachtens bestand darin, Klarheit und Transparenz darüber zu schaffen, ob die Kostenschätzungen der EVU vollständig sind, die Rückstellungen darauf basierend richtig berechnet wurden und ob die Vermögenswerte für die Finanzierung der Entsorgungsverpflichtungen geeignet sind. Der vollständige Bericht der Gutachter steht unter http://bit.ly/BMWi_Gutachterbericht_Rückstellungen_Kernenergie zur Verfügung.

Kostenschätzung der EVU liegt über internationalen Vergleichswerten

Erstmals werden in dem Gutachten für die allgemeine Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar die zu erwartenden Kosten in insgesamt fünf Kategorien – von Stilllegung und Rückbau bis zur Endlagerung – aufgeschlüsselt. Die von den EVU gebildeten Rückstellungen in Höhe von etwa 38,3 Milliarden Euro basieren auf geschätzten Kosten zu aktuellen Preisen in Höhe von rund 47,5 Milliarden Euro. Mit dieser aus Sicht der Prüfer nachvollziehbaren Kostenschätzung, die alle Entsorgungsschritte vollständig abbildet, liegen die Unternehmen über internationalen Vergleichswerten: Die Rückbaukosten werden in Deutschland mit durchschnittlich 857 Millionen Euro je Reaktor geschätzt, während die geschätzten Kosten in anderen Staaten zwischen 205 und 542 Millionen Euro liegen. Das Gutachten legt auch dar, dass bei einem effizienten Rückbau ein Kostensenkungspotenzial von rund sechs Milliarden Euro besteht.

Wie bereits dargestellt, fallen die tatsächlichen Kosten für Stilllegung, Zwischen- und Endlagerung teilweise erst in einer fernerer Zukunft bis zum Ende des Jahrhunderts an. So ist der Kostenverlauf in den kommenden 25 Jahren zunächst vor allem durch Stilllegung und Rückbau geprägt. In den darauffolgenden Jahren bis 2099 erfolgen wesentliche Ausgaben für die Endlagerung. Auf Preisbasis des Jahres 2014 liegen die Kosten für die kommenden Jahre – insbesondere bis zum weitgehenden Auslaufen der Stilllegung und Rückbaukosten – deutlich über den Kosten der nachfolgenden Jahre.



1 Vgl. unter: http://bit.ly/BMWi_Gutachten_Vorsorge_Kernenergie

Tabelle 1: Aufaddierte Entsorgungsverpflichtungen und bilanzierte Rückstellungen der EVU nach Kostenkategorien (Neuberechnung nach Gutachten)

Kostenkategorie	Entsorgungsverpflichtung (EVU-Berechnung, in Mio. Euro)			Rückstellungen (in Mio. Euro)
	Preisbasis 2014	inflationiert mit 1,60 %	eskaliert mit 1,97 %	abdiskontiert mit 4,58 %
1. Stilllegung und Rückbau	19.719	23.701	30.214	17.784
2. Behälter, Transporte, Betriebsabfälle	9.915	18.927	52.840	7.370
3. Zwischenlagerung	5.823	10.705	26.770	4.305
4. Endlager Schacht Konrad	3.750	5.338	9.016	3.137
5. Endlager für hochradioaktive Wärmeentwickelnde Abfälle (High Active Waste-Endlager)	8.321	17.040	50.966	5.886
Summe	47.527	75.711	169.808	38.482

Quelle: Warth & Klein Grant Thornton: Gutachten zur Überprüfung der Kernenergie Rückstellungen, 2015

Als wichtigste Einflussgrößen für die Höhe der Rückstellungen erweisen sich damit zwei Parameter (vgl. Tabelle 1): Die Höhe der Diskontierungszinssätze und die erwartete nuklearspezifische Kostensteigerung. Die EVU diskontieren den Verpflichtungsbetrag in ihren Bilanzen mit einem durchschnittlichen Zinssatz in Höhe von rund 4,6 Prozent ab. Die der bilanziellen Bewertung zugrunde gelegte nuklearspezifische Kostensteigerungsrate liegt im gewichteten Durchschnitt bei knapp zwei Prozent. Neben der nuklearspezifischen Kostensteigerungsrate, in der Erfahrungen mit tatsächlichen Rückbauprojekten und der Überarbeitung früherer Entsorgungskostenprognosen abgebildet sind, ist auch eine allgemeine Kostensteigerungsrate bei der Bewertung heranzuziehen. Diese allgemeine Inflation wird von den EVU mit durchschnittlich 1,6 Prozent angesetzt.

Um den erheblichen Prognoseunsicherheiten Rechnung zu tragen, haben die Gutachter mehrere Szenarien mit unterschiedlichen Annahmen über Zinssätze und Preissteigerungsraten durchgerechnet. Dabei ergeben sich erforderliche Rückstellungen in einer Spannweite von ca. 29,9 Milliarden Euro bis 77,4 Milliarden Euro, wobei insbesondere die Szenarien mit höheren Rückstellungswerten niedrige Zinssätze wie bei mündelsicheren Kapitalanlagen unterstellen.² Die in Tabelle 2 dargestellten Szenarien

umfassen neben drei auf den von der European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA, Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) verwendeten laufzeitspezifischen Zinssätzen³ auch einen auf dem HGB basierenden Zinssatz zum 31. Dezember 2014⁴ sowie einen risikobehafteten Anlagezinssatz⁵.

Darüber hinaus wird neben der allgemeinen Kostensteigerungsrate von 1,6 Prozent, die auch der Entsorgungskostenprognose zugrunde liegt, in den berechneten Szenarien auch eine Rate von 1,71 Prozent verwendet. Diese Inflationsrate von 1,71 Prozent basiert auf der Annahme, dass die Inflationsrate von 1,6 Prozent ab dem zwanzigsten Jahr auf 2,0 Prozent im sechzigsten Jahr steigt. Auch für die nuklearspezifische Kostensteigerungsrate wurden vom Gutachter in den Szenarien unterschiedliche Werte unterstellt: Neben dem gewichteten Durchschnitt der von den EVU verwendeten Rate von 1,97 Prozent wurde unter Annahme einer günstigeren Kostenentwicklung auch mit einer geringeren Steigerung von ca. einem Prozent gerechnet. Bei einer optimalen Kostenentwicklung, bei der keine nuklearspezifische Kostensteigerung mehr anzunehmen wäre, ergibt die Berechnung der Gutachter einen minimalen Rückstellungswert von 25,1 Milliarden Euro.

2 Die Ergebnisse und Feststellungen des Gutachtens präjudizieren die Bundesregierung in keiner Weise im Hinblick auf Schlussfolgerungen und Maßnahmen in politischen, gesetzgeberischen und gerichtlichen Zusammenhängen. Auch macht sich die Bundesregierung keines der dargestellten Szenarien, insbesondere auch nicht die zugrunde gelegten Zinssätze, zu eigen.

3 Szenarien „EIOPA mittel“, „EIOPA hoch“ und „EIOPA niedrig“

4 Szenario „HGB 2014“

5 Szenario „Asset orientiert“

Tabelle 2: Szenarien für die erforderliche Höhe der Rückstellungen

Szenarien	Kosten (in Mrd. Euro; zu Preisen von 2014)	allg. Kostensteigerung (Ø)	nuklearspez. Kostensteigerungsrate (Ø)	Diskontierungssatz (Ø)	Rückstellungen (zum 31.12.2014 in Mrd. Euro)
EVU-Bilanzen	47,5	1,6 %	1,97 %	4,58 %	38,3
Asset orientiert	47,5	1,6 %	ca. 1 %	5,25 %	29,9
HGB 2014	47,5	1,6 %	ca. 1 %	4,53 %	32,4
EIOPA mittel	47,5	1,71 %	1,97 %	2,44 %	67,5
EIOPA hoch	47,5	1,71 %	ca. 1 %	2,59 %	50,7
EIOPA niedrig	47,5	1,71 %	1,97 %	2,03 %	77,4

Quelle: Warth & Klein Grant Thornton: Gutachten zur Überprüfung der Kernenergierückstellungen, 2015

Bilanzierte Rückstellungen liegen innerhalb des vom Gutachter berechneten Spektrums

Der von den Unternehmen bilanzierte Wert von insgesamt ca. 38,5 Milliarden Euro liegt damit innerhalb der vom Gutachter berechneten Spannweite und ist nach Auffassung der Wirtschaftsprüfer auf Grundlage der nachvollziehbaren Schätzungen der EVU zu Kosten, Kostensteigerungen und Diskontierungszinssätzen korrekt berechnet. Die Gutachter konnten keine Beanstandung an der Bilanzierung der Rückstellungen feststellen.

Vermögen der EVU reicht insgesamt zur Deckung der Entsorgungsverpflichtungen

Die von den Gutachtern vorgenommene Untersuchung des Vermögens der EVU zeigt, dass diese – in Summe – in der Lage sind, ihre atomrechtlichen Entsorgungsverpflichtungen zu erfüllen. Den EVU steht vor Abzug der Kernenergie-Rückstellungen und nach Abzug aller weiteren Verbindlichkeiten und Rückstellungen ein marktorientiertes Reinvermögen von rund 83 Milliarden Euro zur Verfügung. Auch in dem vom Gutachter errechneten Szenario mit den höchsten erforderlichen Rückstellungswerten wären diese also durch das Reinvermögen der EVU insgesamt abgedeckt. Auch bei einer Einnahmen-Ausgaben-Betrachtung kommen die Gutachter zu einem positiven Ergebnis: Die Entsorgungsausgaben können nach Ansicht der Gutachter bis zum Jahr 2099 von den Einnahmen der Unternehmen gedeckt werden. Diese Prognosen unterliegen naturgemäß großen Unsicherheiten.

Die Bundesregierung hat die Sicherung der langfristigen Finanzierung des Kernenergieausstiegs aufgegriffen und wird sie weiterverfolgen. Das Bundeskabinett hat am 14. Oktober 2015 die „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“ eingesetzt. Die Kommission soll bis Ende Januar 2016 Empfehlungen erarbeiten, wie die Sicherstellung der Finanzierung von Stilllegung, Rückbau und Entsorgung so ausgestaltet werden kann, dass die Unternehmen auch langfristig wirtschaftlich in der Lage sind, ihre Verpflichtungen aus dem Atombereich zu erfüllen. Ebenfalls am 14. Oktober hat das Kabinett den Gesetzentwurf zur Nachhaftung für Rückbau- und Entsorgungskosten im Kernenergiebereich beschlossen. Mit diesem Gesetz soll eine langfristige Haftung der Muttergesellschaften der Betreiber von Kernkraftwerken für atomrechtliche Rückbau- und Entsorgungsverpflichtungen eingeführt werden.

Kontakt: Dr. Sebastian Weins
Referat: Steuerpolitik
und Dr. Ingo Fähmann
Referat: Reaktorsicherheits- und Endlagerforschung,
Uranbergbauanierung

Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen

Das „eKompetenz-Netzwerk für Unternehmen“ mit seinen 38 eBusiness-Lotsen hat zahlreiche mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe in Deutschland dabei unterstützt, Informations- und Kommunikations-Anwendungen im Unternehmen einzuführen und die Geschäftsprozesse zu digitalisieren. Mit der neuen Initiative „Mittelstand 4.0 – Digitale Produktions- und Arbeitsprozesse“ wird der Förderschwerpunkt nun inhaltlich noch stärker auf aktuelle Entwicklungen ausgerichtet.



eBusiness-Lotsen begleiten Unternehmen auf dem Weg in die Digitalisierung

Für mittelständische Unternehmen ist der effektive Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie die durchgängige Digitalisierung von Geschäftsprozessen („eBusiness“) ein entscheidender Innovations- und Wettbewerbsfaktor. Durch eine flexible und leistungsfähige IKT-Infrastruktur werden Arbeitsabläufe vereinfacht sowie Produkt- und Innovationszyklen verkürzt und effizienter gestaltet. Neue Geschäftsfelder können erschlossen werden. Die Einführung elektronischer Geschäftsprozesse stellt den Mittelstand und das Handwerk jedoch oft vor große Herausforderungen. Im Gegensatz zu großen Unternehmen verfügen sie meist weder über eine eigene IT-Abteilung noch über entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen, um IKT-Kompetenzen und -Infrastrukturen aufzubauen oder vorzuhalten.

Daher haben in den vergangenen drei Jahren 38 eBusiness-Lotsen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten „eKompetenz-Netzwerks für Unternehmen“ deutschlandweit als kompetente Anlaufstellen für Mittelstand und Handwerk zur Verfügung gestanden. Die eBusiness-Lotsen waren Verbundvorhaben, an denen beispielsweise Kammern, Hochschulen oder Wirtschaftsfördereinrichtungen beteiligt waren. Sie haben Unternehmen anbieterneutral und praxisnah bei der Suche nach effizienten, einfachen, bezahlbaren und praktikablen IKT-Lösungen unterstützt. In Lotsensprechstunden, Leitfäden oder Informationsveranstaltungen haben sie Orientierung gegeben, Wissen vermittelt und die Kompetenzen bei der Entwicklung und Nutzung moderner IKT in Unternehmen verbessert.

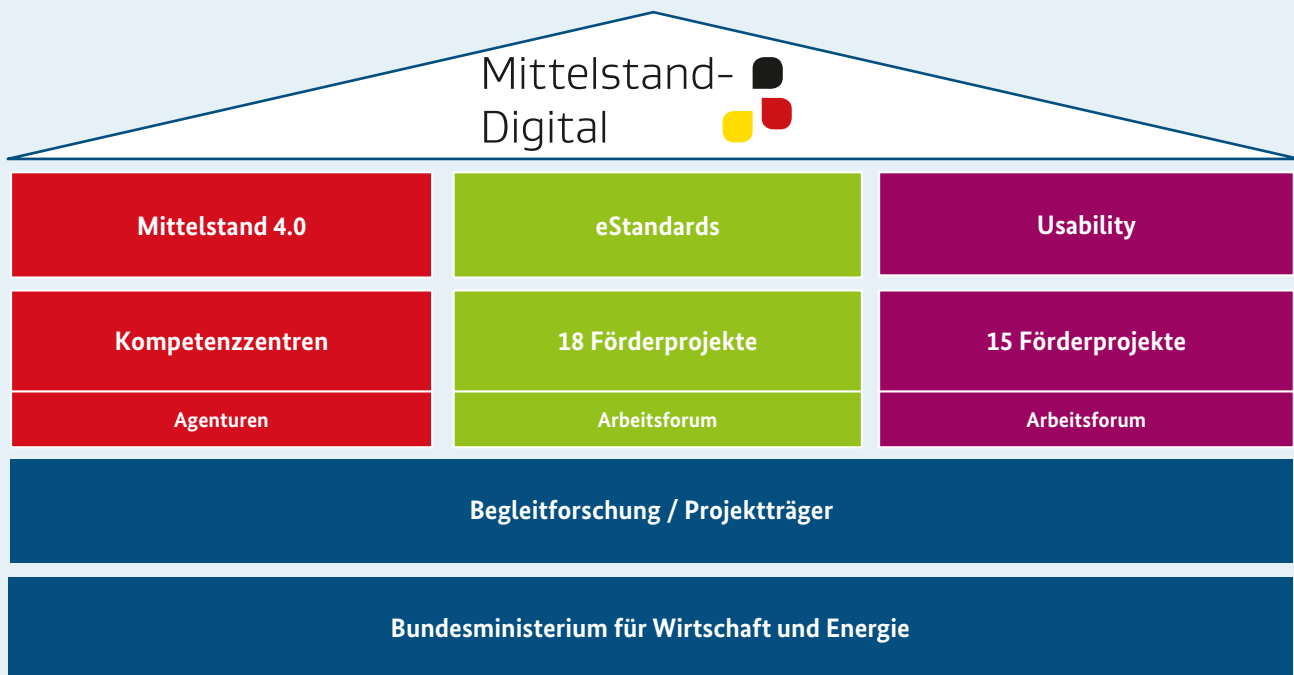
Das Themenspektrum der eBusiness-Lotsen war so vielfältig wie die Facetten der Digitalisierung und der Anwendung von IKT in Unternehmen. Die Lotsen haben sich in Themenclustern organisiert, ausgetauscht, abgestimmt und gemeinsame Projekte bearbeitet. Dem Netzwerkgedanken folgend, standen so deutschlandweit qualifizierte Ansprechpartner und Experten zu den verschiedensten Themen zur Verfügung.

Die Themencluster waren:

- ▶ Electronic/Mobile Commerce
- ▶ Wissens- und Changemanagement
- ▶ IT-Sicherheit
- ▶ Prozessmanagement/Enterprise-Resource-Planning
- ▶ Mobiles Arbeiten und Mobiles Business
- ▶ Online-Marketing und Social Media

Neben der Themenvielfalt war die große Heterogenität der Zielgruppe eine wesentliche Herausforderung für die eBusiness-Lotsen, da die betreuten Unternehmen unterschiedlichsten Branchen und Größenklassen angehörten, die Geschäftsführer oder Mitarbeiter unterschiedliche IKT-Kompetenzen und -Affinitäten mitbrachten sowie regionale Besonderheiten berücksichtigt werden mussten. Daher wurden sehr unterschiedliche Ansätze und Transferformate für Veranstaltungen, Medien und Unternehmensansprache entwickelt, um den Mittelstand mitzunehmen, das Bewusstsein für die Chancen der Digitalisierung zu schaffen und IKT-Anwendungen in die Unternehmen zu bringen. Die vielfältigen Erfahrungen der eBusiness-Lotsen sind durch die Begleitforschung des Förderschwerpunktes „Mittelstand-Digital“ in einem Kompendium, der „Praxisbroschüre Methoden, Medien und Transferformate des eKompetenz-Netzwerks“ zusammengeführt. Die Praxisbroschüre ist unter http://bit.ly/BMWi_Praxisbroschüre_eKompetenz-Netzwerk abrufbar. Sie zeigt verschiedene, in der Praxis bewährte Möglichkeiten auf, um Wissen zur Digitalisierung betrieblicher Prozesse in die Unternehmen zu vermitteln.

Abbildung 1: Struktur des Förderschwerpunkts



Quelle: WIK



Der Blick zurück: Auf der Abschlussveranstaltung des eKompetenz-Netzwerks für Unternehmen wurde Bilanz gezogen

Am 8. und 9. September 2015 trafen sich in Berlin die 38 eBusiness-Lotsen, das heißt rund 100 Verbundpartner der Förderinitiative „eKompetenz-Netzwerk für Unternehmen“, zur Abschlussveranstaltung. In ihrer Eröffnungsrede dankte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries, den eBusiness-Lotsen für ihre engagierte und fachkundige Arbeit, mit der sie dazu beigetragen haben, dass mehr mittelständische Unternehmen von der digitalen Entwicklung profitieren und es auch zukünftig tun werden.

Am ersten internen Veranstaltungstag gingen die Anwesenden der Frage „Quo vadis KMU?“ nach und diskutierten digitale Zukunftsszenarien für den Mittelstand. Anschließend stellten die Leiter der Themencluster des Netzwerks wesentliche Entwicklungen, Erfahrungen und Ergebnisse vor. Hier wurde noch einmal deutlich, welches Themenspektrum das „eKompetenz-Netzwerk“ abgedeckt hat. Es reichte von A wie Apps bis Z wie (Online-) Zertifikat. Während der dreijährigen Projektlaufzeit ist ein einzigartiger Fundus speziell für den Mittelstand aufbereiteter Themen zur Digitalisierung in Form von Online-Checks, Leitfäden, Filmen, Praxisbeispielen etc. entstanden, der u. a. Themen wie digitale Unternehmensprozesse, Webseitenoptimierung, Online-Shops, Datenschutz und IT-Sicherheit, Cloud-Computing, elektronische Rechnung und eRecruiting an Unternehmen adressiert. Die Projektergebnisse sind unter www.mittelstand-digital.de/DE/wissenspool.html zusammengetragen.

Das „eKompetenz-Netzwerk“ in Zahlen:

In den vergangenen drei Jahren haben die eBusiness-Lotsen

- ▶ über 3.500 Informations- und Diskussionsveranstaltungen in unterschiedlichsten Formaten durchgeführt,
 - ▶ ihre Angebote auf mehr als 150 Messen und Kongressen präsentiert,
 - ▶ mehr als 10.000 Einzelgespräche auch vor Ort in den Unternehmen geführt,
 - ▶ über die Internetseiten der Lotsen jährlich rund 2,9 Millionen Unternehmen informiert und dabei pro Jahr 112.000 Downloads von Broschüren, Leitfäden oder Checklisten erreicht sowie weit über 500 Newsletter versendet,
 - ▶ über die Website des Förderschwerpunktes www.mittelstand-digital.de über 230.000 Besucher und über 330.000 Dokumentendownloads erzielt,
 - ▶ pro Quartal zwischen 120 und 175 Artikel in Print-Publikationen publiziert,
 - ▶ und im zweiten Quartal 2015 über eine Printauflage von 7,12 Millionen Exemplaren mehr als 20 Millionen Leserinnen und Leser erreicht.
- Das „eKompetenz-Netzwerk für Unternehmen“ war so breit aufgestellt, dass rein statistisch jedes der 3,6 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland an den Informationsangeboten online, aber auch offline partizipiert hat.

Das gesamte Wissen des „eKompetenz-Netzwerks“ ist in dem Wegweiser „Zukunftschance Digitalisierung – Gute Geschäfte, zufriedene Kunden“ zusammengeführt, der vom eBusiness-Lotsen Südwestfalen-Hagen und dem Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie vorgestellt wurde. Der Wegweiser beantwortet mittelständischen Unternehmen beim Einstieg in die Digitalisierung die drei grundlegenden Fragen: „Warum digitalisieren?“, „Wie digitalisieren?“ und „Wer kann unterstützen?“. Der Wegweiser kann unter http://bit.ly/BMWi_Wegweiser_Zukunftschance_Digitalisierung heruntergeladen werden.



Gruppenfoto der Abschlussveranstaltung des „eKompetenz-Netzwerks für Unternehmen“

Herr Dr. Büllingen, Leiter der Begleitforschung von „Mittelstand-Digital“, stellte in einer Auswertung neuester Erhebungen und Studien vor, wo kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland heute bei der Digitalisierung stehen. Zum Abschluss der Veranstaltung gab Frau Angelika Müller, Leiterin des Referates „Mittelstand-Digital“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, einen Ausblick auf die Zukunft des Förderschwerpunktes und stellte die neue Förderinitiative näher vor.

Das Resümee fiel insgesamt sehr positiv aus. Alle Beteiligten sind sich einig, dass es auch weiterhin einen Bedarf an Basisinformationen rund um IT-Anwendungen gibt, der vor allem von Kammern, Verbänden und anderen regionalen Ansprechpartnern befriedigt werden muss. Auch wenn die Fördermaßnahme zum 30. September 2015 beendet wurde, zeigen erste Rückmeldungen, dass mehr als die Hälfte der Lotsen die Aufgabe zumindest teilweise regional fortführen kann.

Der Blick nach vorne: Neuausrichtung des Förderschwerpunktes „Mittelstand-Digital“

Mit dem Förderschwerpunkt „Mittelstand-Digital“ wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie weiterhin Mittelstand und Handwerk auf dem Weg in die digitale Zukunft begleiten. Dass hier ein großer Bedarf besteht, belegen viele Umfragen und Studien zum Stand der Digitalisierung in deutschen mittelständischen Unternehmen.

Künftig wird der Förderschwerpunkt inhaltlich stärker auf aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen wie z. B. die Anwendung von Industrie 4.0 im Mittelstand und spezielle Fragen des eBusiness ausgerichtet. Dazu hat das Bundeswirtschaftsministerium vor kurzem die neue Förderinitiative „Mittelstand 4.0 – Digitale Produktions- und Arbeitsprozesse“ gestartet. Aber auch die bestehenden Förderinitiativen „Einfach intuitiv – Usability für den Mittelstand“ und „eStandards: Geschäftsprozesse standardisieren, Erfolg sichern“ werden fortgeführt, da sie wertvolles Wissen zur Bewältigung des digitalen Wandels generieren.

Die neue Förderinitiative „Mittelstand 4.0“: Sensibilisieren, Informieren, Qualifizieren

Wissen ist ein grundlegender Produktions- und Erfolgsfaktor für Unternehmen. Daher wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit „Mittelstand 4.0 – Digitale Produktions- und Arbeitsprozesse“ zunächst fünf „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren“, ein „Kompetenzzentrum Digitales Handwerk“ und vier „Mittelstand 4.0-Agenturen“ schaffen, die durch gezielten und zielgruppenspezifischen Wissenstransfer das Know-how in den Unternehmen zu Digitalisierungsthemen verbessern. Durch diese Maßnahme werden Mittelstand und Handwerk dabei unterstützt, die Digitalisierung und Vernetzung sowie Anwendung von Industrie 4.0 im Unternehmen einzuführen und voranzutreiben.

Die „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren“ werden hierbei Unternehmen sensibilisieren, informieren, qualifizieren und ihnen praxisnah konkrete Anschauungs- und Erprobungsmöglichkeiten von Industrie 4.0-Anwendungen bieten. Daneben werden die „Mittelstand 4.0-Agenturen“ entsprechend ihrer thematischen Ausrichtung wichtige wissenschaftliche und technologische Entwicklungen des eBusiness sowie übergreifende Fragestellungen der Digitalisierung beobachten, mittelstandsgerecht aufbereiten, weiterentwickeln und selbst sowie mit Hilfe von Verbänden, Kammern und anderen Multiplikatoren in die Breite tragen.

Weitergehende Informationen finden Sie unter www.mittelstand-digital.de/DE/Foerderinitiativen/mittelstand-4-0.html.

„Mittelstand 4.0-Agenturen“ sind Digitalisierungs- und Transferexperten

Bereits im Oktober und November 2015 nehmen die vier Agenturen ihre Arbeit auf. Ein Großteil der Mitarbeiter dieser Agenturen sind Experten mit Alleinstellungsmerkmalen aus dem „eKompetenz-Netzwerk für Unternehmen“. Damit knüpft die neue Fördermaßnahme an den großen Erfahrungsschatz der eBusiness-Lotsen beim mittelstandsgerechten Technologie-Transfer von eBusiness-Themen an. Der Fokus ändert sich jedoch komplett: Statt der bisherigen zumeist niedrigschwelligen, regionalen Information von Unternehmen zu IKT-Einstiegsthemen geht es nunmehr darum, Erkenntnisse aus der Wissenschaft für verschiedenste Branchen zu erarbeiten, weiterzuentwickeln und „in der Sprache des Mittelstandes“ aufzubereiten. Aufgrund ihrer großen Expertise werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agenturen ihre Erfahrungen in der Vermittlung von Technologie-Transfer-Themen in die „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren“ tragen. So wird sichergestellt, dass das „Rad nicht neu erfunden werden muss“ und die Kompetenzzentren sehr schnell ihre Aufgaben wahrnehmen können.

Die „Mittelstand 4.0-Agenturen“ werden verschiedene Schwerpunktthemen der Digitalisierung und des eBusiness bearbeiten, die u. a. auch für die Nutzung von Industrie 4.0-Anwendungen von Bedeutung sind. So wird die „Cloud-Agentur“ beispielsweise bei Fragen des Einsatzes und der Verbreitung von Cloud-Computing-Technologien unterstützen. Bei der Agentur „Unternehmensprozesse“ stehen Fragen des Einsatzes von digitalem Prozess- und Ressourcenmanagement auf dem Arbeitsplan. Zur Verbreitung digitaler Kommunikationsprozesse, von Wissensmanage-



Broschüren und Leitfäden des „eKompetenz-Netzwerks für Unternehmen“

ment, eLearning und Innovationsmanagement trägt die „Mittelstand 4.0-Agentur Unternehmenskommunikation“ bei. Mit Entwicklungen und Herausforderungen des B2B- sowie Produktionsverbindungshandels sowie der eRechnung wird sich die Agentur „Handel“ beschäftigen.

„Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren“ ermöglichen Anschauungs- und Erprobungsmöglichkeiten

Digitalisierung zum Anfassen werden ab Anfang des Jahres 2016 die zunächst fünf „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren“ bieten. Zudem wird es ein Kompetenzzentrum speziell für die Bedürfnisse des Handwerks geben.

In den Kompetenzzentren werden kleine und mittlere Unternehmen vor Ort die Möglichkeit haben, unter professioneller Anleitung eigene technische Entwicklungen, Schnittstellen zu Produkten oder Kunden auszutesten. Gut nachahmbare Lösungen werden vorgestellt und den Unternehmen wird aufgezeigt, welchen Nutzen dies für ihre Geschäftsmodelle hat. Die entsprechende Infrastruktur werden die Zentren zur Verfügung stellen. Ergänzend hierzu werden sich die Zentren auch mit der Theorie beschäftigen und neue wissenschaftliche und eigene Erkenntnisse zu Industrie 4.0-Anwendungen zusammenführen und für den Mittelstand aufbereiten.

Kontakt: Uta Böhner
Referat: Mittelstand-Digital

Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!

Wird die Rechtsform der Genossenschaft den aktuellen Herausforderungen gerecht?

Die Vereinten Nationen würdigten im Jahr 2012 mit dem Internationalen Jahr der Genossenschaften die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Bedeutung dieser Rechtsform. Die Regierungsparteien vereinbarten im Jahr 2013 im Koalitionsvertrag, dass die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement mit einer geeigneten Unternehmensform im Genossenschafts- oder Vereinsrecht erleichtert werden soll. Eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in Auftrag gegebene Studie liefert hierfür wichtige empirische Ergebnisse und zeigt Umsetzungsmöglichkeiten für das Vorhaben auf.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im Jahr 2013 die Unternehmensberatung Kienbaum und das Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln mit der Erstellung einer Studie zum Genossenschaftswesen beauftragt. Die Studie trägt den Titel „Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft“. Hintergrund der Untersuchung ist eine seit Jahren geführte Diskussion über gesetzliche Sonderregelungen für Kleinstgenossenschaften, die durch den Auftrag des Koalitionsvertrags an Bedeutung gewonnen hat.

Ziel der Studie war es, die Gründung von Genossenschaften zu untersuchen und Möglichkeiten für die Umsetzung des Vorhabens aus dem Koalitionsvertrag aufzuzeigen. Dabei sollten insbesondere auch die Auswirkungen der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 auf das Gründungsgeschehen in den Blick genommen werden.

Ferner sollte ein etwaiger politischer Handlungsbedarf ermittelt werden. Dafür war zu klären, ob die Attraktivität der Rechtsform der Genossenschaft gesteigert werden kann, ob Erleichterungen und Vereinfachungen für Existenzgründungen in Betracht kommen und ob Belastungen durch den bestehenden Rechtsrahmen festzustellen sind. Darüber hinaus sollte die Studie mögliche Alternativen zu der Rechtsform der Genossenschaft aufzeigen.

Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist für das Genossenschaftswesen, das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz für das Genossenschaftsrecht federführend zuständig.

Ausgangslage

Genossenschaften sind typischerweise Selbsthilfeorganisationen mit eingerichtetem Geschäftsbetrieb und einem hohen Grad an demokratischer Beteiligung. Alleinstellungsmerkmale der Rechtsform der Genossenschaft sind ein System aus Pflichtmitgliedschaft in einem Prüfungsverband, einer Pflichtprüfung und einer Gründungsprüfung.

Eine umfassende Neufassung des Genossenschaftsgesetzes wurde am 16. Oktober 2006 bekanntgemacht. Die Novellierung des Gesetzes erleichterte Gründungen, öffnete die Rechtsform für soziale oder kulturelle Zwecke und schuf Vereinfachungen für kleinere Genossenschaften.

Pflichtprüfung und Pflichtmitgliedschaft

Die gesetzliche Pflichtprüfung erfasst die Genossenschaft als Ganzes; sie ist nicht auf die Prüfung des Jahresabschlusses beschränkt. Zu prüfen sind Einrichtungen, Vermögenslage und Geschäftsführung, um die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung feststellen zu können. Genossenschaften sind nach geltendem Recht Pflichtmitglied in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband.

Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006

Um der „schrumpfenden“ Zahl von Gründungen entgegenzuwirken, wurde die Rechtsform der Genossenschaft attraktiver gemacht:

- ▶ Bessere Rahmenbedingungen für kleine Genossenschaften (Pflichtprüfung bei niedriger Bilanzsumme nur in jedem zweiten Geschäftsjahr)
- ▶ Erleichterungen bei der Gründung kleiner Genossenschaften (Absenkung der Mindestzahl der Gründer von sieben auf drei)
- ▶ Förderung von Kapitalbeschaffung und -erhaltung durch Aufnahme investierender Mitglieder



Kern der Studie war eine Befragung von Genossenschaftsgründern

Den Kern der Studie bildete die Befragung von Genossenschaftsgründern sowie Gründern vergleichbarer Projekte in anderen Rechtsformen. Die Ergebnisse wurden einer vergleichenden Betrachtung in gemeinsamen Fallgruppen unterzogen. Dieses Vorgehen wurde gewählt, um die Gründe zu identifizieren, die für oder gegen die Wahl der genossenschaftlichen Rechtsform ausschlaggebend waren.

Die Gutachter führten eine repräsentative Befragung unter zwischen 2006 und 2013 gegründeten Genossenschaften durch. Ferner wurde eine Befragung der zwischen 2000 und 2005 gegründeten Genossenschaften durchgeführt, um Auswirkungen der Novelle von 2006 auf bereits bestehende Genossenschaften zu ermitteln.

Ergänzt wurden die Ergebnisse durch Fallstudien in den Bereichen Energie, Gesundheit und Soziales, mittelständische Kooperationen, Handwerk und Unternehmensnachfolgen. Darüber hinaus dienten Interviews mit Experten des Genossenschaftswesens der Dokumentation verschiedener Sichtweisen auf Hemmnisse und Potenziale von Genossenschaftsgründungen.

Ergebnisse der Kienbaum-Studie

In Deutschland gab es Ende 2013 ca. 7.900 genossenschaftliche Unternehmen mit über 21,6 Millionen Mitgliedern. Der Genossenschaftsverband ist damit die mitgliedersstärkste Wirtschaftsorganisation in Deutschland. Genossenschaftsanteile sind die am stärksten verbreitete Form der direkten Beteiligung der Bevölkerung am Produktivkapital. Es gibt fünfmal so viele Genossenschaftsmitglieder wie Aktionäre. Neben kleinen Genossenschaften existieren auch mitgliederstarke Organisationen wie die Genossenschaftsbanken und bedeutende wirtschaftliche Akteure (z. B. EDEKA, REWE, INTERSPORT oder die DATEV).

Die Studie veröffentlicht erstmals die Ergebnisse einer quantitativen empirischen Analyse, die Genossenschaften mit anderen Rechtsformen vergleicht.

Genossenschaften im Trend

Nach den Ergebnissen der Studie ist seit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006 eine Trendwende im Genossenschaftswesen zu beobachten. Noch in der jüngeren Vergangenheit überwog die Zahl der aufgelösten Genossenschaften die der Neugründungen. Seit 2000 steigt die Zahl der Genossenschaftsneugründungen an. Der Anstieg

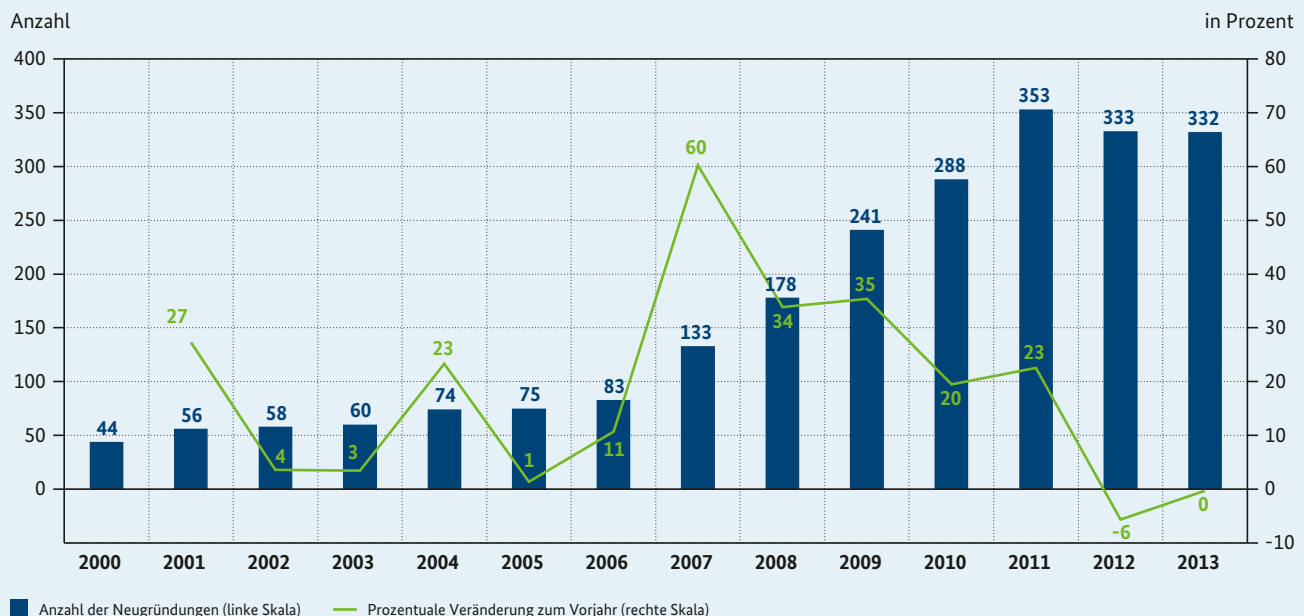
ist seit 2007 besonders stark (rund 900 Neugründungen allein im Zeitraum von 2009 bis 2011).

Die Gründungsdynamik spielt sich dabei vor allem im gewerblichen Bereich und hier vor allem bei Energiegenossenschaften ab. In klassischen Bereichen, wie bei den ländlichen Genossenschaften und den Wohnungs- und Konsumgenossenschaften, sind im Vergleich weniger Neugründungen zu verzeichnen. Allerdings ist hier gleichzeitig auch eine Verlagerung auf neue Betätigungsfelder zu beobachten.

Genossenschaften für Wachstumsbranchen attraktiv

Genossenschaften werden nicht mehr nur in traditionellen Branchen gegründet. Sie finden sich heute auch in Wachstumsbranchen wie dem Dienstleistungssektor, in der Datenverarbeitung, in den neuen Medien sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen. Traditionelle Einkaufs- bzw. Verkaufsfunktionen in der Wirtschaft werden zunehmend auf Genossenschaften ausgelagert. Die Genossenschaften sind auch auf neuen Aufgabenfeldern tätig. Zu nennen sind hier z. B. betriebswirtschaftliche Beratung, EDV-Betrieb, Rechnungswesen, Laborbetrieb, Qualitätssicherung, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Dienstleistungen im Bereich Entsorgung, Recycling und Umweltschutz.

Abbildung 1: Genossenschaftsneugründungen und prozentuale Veränderung zum Vorjahr, Darstellung auf Basis von Daten der DZ BANK



Quelle: Abbildung 11 aus Studie „Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft“

Genossenschaften werden als modern und krisenfest wahrgenommen

Dieser Strukturwandel führt auch zu einer veränderten Wahrnehmung von Genossenschaften. Während die Rechtsform lange als scheinbar veraltet galt, wird sie heute als geeignete Organisationsform von bürgergetragenen Bewegungen (zumal in einem so positiv besetzten Kontext wie der Energiewende) wahrgenommen und trifft damit den Nerv der Zeit. Die Studie bestätigt damit, dass die Genossenschaft eine geeignete Organisationsform für bürgerschaftliches Engagement ist.

Mit ihrer demokratischen und langfristig ausgerichteten Mitgliederorientierung haben sich Genossenschaften immer wieder als krisenfest erwiesen – zuletzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Insolvenzquote ist mit 23 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen im Vergleich zu durchschnittlich 101 bei den übrigen Rechtsformen äußerst niedrig.

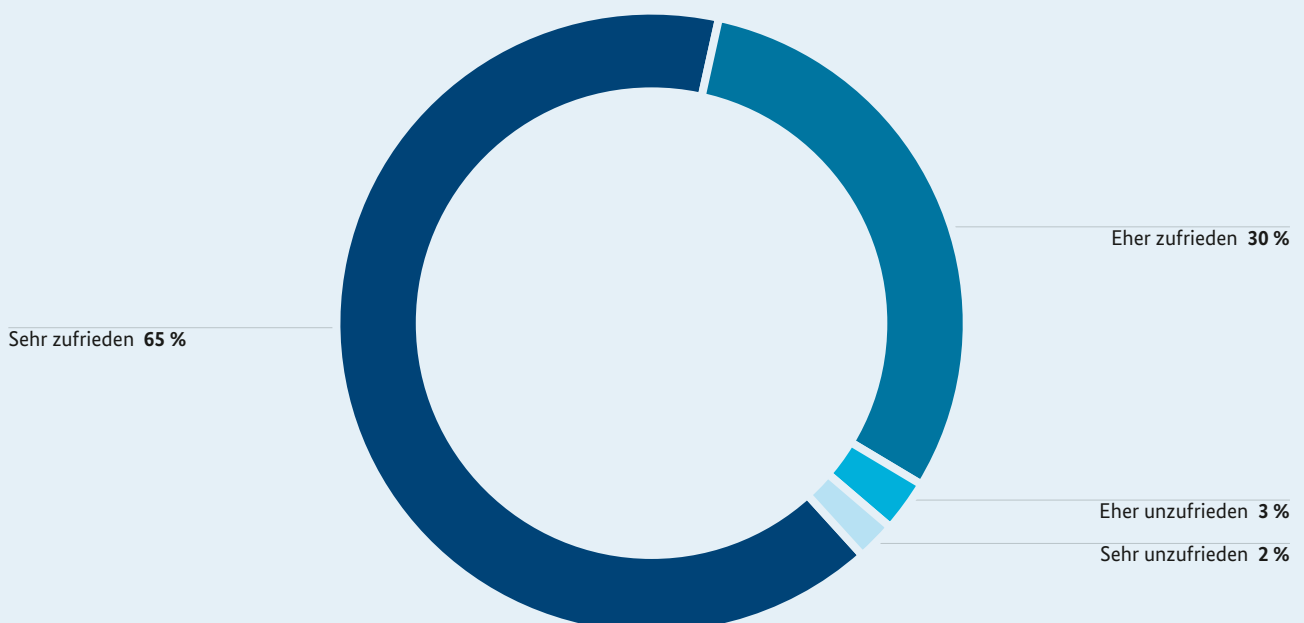
Die Novelle des Jahres 2006 hat die Rechtsform attraktiver gemacht

Bei einer Gesamtbetrachtung zeigen die Ergebnisse der Untersuchung, dass Genossenschaften die Neuregelungen von 2006 in beachtlichem Umfang genutzt haben – mehr als bislang bekannt. Die Studie leitet daraus ab, dass die Änderungen tatsächlich geeignet waren, die Rahmenbedingungen vor allem für kleinere Genossenschaften zu verbessern und deren Gründung zu erleichtern. Es sei allerdings festzustellen, dass Ausnahmeregelungen hinsichtlich der genossenschaftlichen Prüfungsanforderungen noch nicht hinreichend bekannt seien.

Die Rechtsform der Genossenschaft hat sich bewährt

Das genossenschaftliche System von Pflichtmitgliedschaft, Pflichtprüfung und Gründungsprüfung hat sich bewährt. Eine deutliche Mehrheit der befragten Genossenschaften spricht sich trotz der damit verbundenen Rechtspflichten und Kosten gegen eine Abschaffung von Pflichtmitgliedschaft und Pflichtprüfung aus. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass nur eine kleine Minderheit den zeitlichen und organisatorischen Aufwand sowie die Kosten für Genossenschaften als zu hoch einschätzt.

Abbildung 2: Wie zufrieden sind Sie denn jetzt insgesamt mit der von Ihnen gewählten Rechtsform der Genossenschaft?
(n=149)



Quelle: Abbildung 38 aus Studie „Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft“

Pflichtmitgliedschaft

Gemäß den Studienergebnissen sind Genossenschaften sehr zufrieden mit den Prüfungsverbänden und sprechen sich für die Pflichtmitgliedschaft aus.

Pflichtprüfung

Laut Studie hat die Pflichtprüfung Einfluss auf die Rechtsformwahl und wird insgesamt positiv bewertet. Die Befragten sehen Möglichkeiten für eine verbesserte Ausgestaltung der Pflichtprüfung durch eine stärkere Ausrichtung an die spezifischen Gegebenheiten der jeweiligen Genossenschaft. Der Wechsel zu einem anderen genossenschaftlichen Prüfungsverband sollte erleichtert werden.

Die Kosten der Pflichtprüfung liegen mehrheitlich unter 2.000 Euro, meistens sogar unter 1.000 Euro.

Gründungsprüfung

Nach den Studienergebnissen sind die Gründungskosten erheblich gesunken. Die Gründungsbegleitung und -begutachtung durch Verbände wird sehr positiv bewertet.

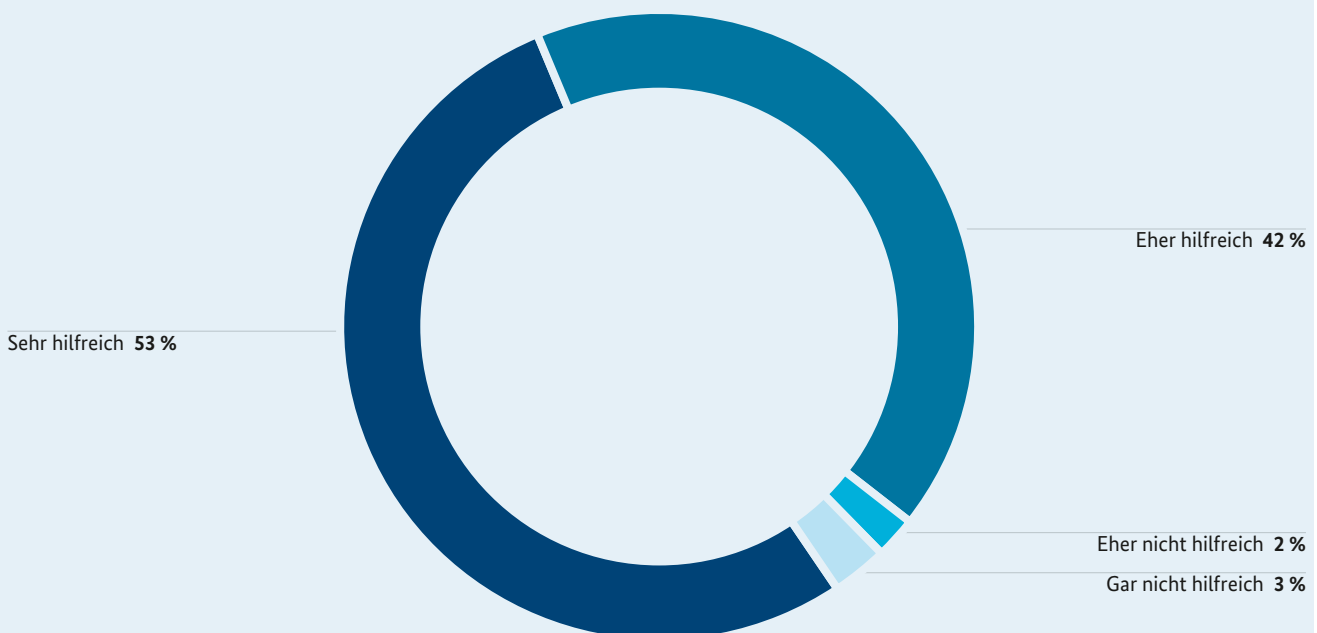
Handlungsoptionen

Die Kenntnis von Vorzügen und Besonderheiten der genossenschaftlichen Rechtsform scheint bei Gründern außerhalb des Energiesektors noch lückenhaft zu sein. Das hängt auch damit zusammen, dass die Genossenschaft in der Gründungsberatung außerhalb des Genossenschaftswesens gegenüber anderen Rechtsformen ins Hintertreffen gerät.

► Stärkere Berücksichtigung in der Gründungsberatung

Hier könnten – so die Studie – die Verbände und die öffentliche Hand ihre Kooperation mit freien Beratern sowie Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern verstärken, um die Genossenschaft in der Gründungsberatung fester zu verankern und als Alternative darzustellen.

Abbildung 3: Wie beurteilen Sie die Beratung und Betreuung durch den genossenschaftlichen Prüfungsverband im Gründungsprozess? (n=149)



Quelle: Abbildung 41 aus Studie „Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft“



► **Vorstellung von Best-Practice-Beispielen**

Die Befragungen zeigen zudem, dass konkreten Praxisvorbildern bei Genossenschaftsgründungen eine besondere Bedeutung zukommt. Daher sollten solche Best-Practice-Beispiele verstärkt dokumentiert und zugänglich gemacht werden.

► **Gründungsförderung stärker auf Genossenschaften ausrichten**

Handlungsmöglichkeiten bestehen auch bei der öffentlichen Förderung von Genossenschaftsgründungen. Zwar sind die Genossenschaften in den KfW-Richtlinien ausdrücklich berücksichtigt worden. Allerdings ist der überwiegende Teil der KfW-Förderung auf Einzelunternehmer zugeschnitten, während die Genossenschaft eine kooperative Rechtsform ist. Die Autoren der Studie regen an, insoweit eine Anpassung bestehender Programme zu prüfen.

► **Weitere Kostensenkungen durch Prüfungsverbände**

Die genossenschaftlichen Prüfungsverbände haben – so die Studie – Neugründungen von Genossenschaften in den letzten Jahren kostenmäßig erheblich entlastet. Gleichwohl könnte eine „Selbstbindung“ der Verbände ermöglichen, die Kosten der genossenschaftlichen Gründungsberatung und -begutachtung für kleine Genossen-

schaften weiter zu verringern oder Zahlungen zu stunden. Womöglich könnten auch die Beiträge für die Pflichtmitgliedschaft in den genossenschaftlichen Prüfungsverbänden gesenkt werden. Schließlich könnten die Anforderungen für die Kosten der Pflichtprüfung kleiner Genossenschaften weiter gesenkt und die Art der Prüfung (noch mehr) an die Bedürfnisse solcher Genossenschaften angepasst werden.

► **Alternative „wirtschaftlicher Verein“?**

Auf Basis der Studie scheint es für eine geringe Anzahl kleinerer Initiativen aus dem bürgerschaftlichen Engagement derzeit keine passende Rechtsform zu geben. Auch nach der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 2006 ist die Genossenschaft aufgrund ihrer spezifischen Anforderungen nicht für jede solcher Initiativen geeignet. Daher bliebe für einen Teil kleinerer Gründungsvorhaben – trotz der Erleichterungen durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes 2006 – nur das Ausweichen in andere Rechtsformen wie die Unternehmergesellschaft (still). Sehr häufig werde auch die Rechtsform des Vereins genutzt, obgleich dieser nicht für wirtschaftliche Zwecke vorgesehen sei. Eine Alternative könnte laut der Studie der wirtschaftliche Verein sein. Hierfür müsste das Genehmigungsverfahren allerdings vereinheitlicht und offener ausgestaltet werden.

Fazit

Die Studie liefert wichtige empirische Ergebnisse zu verschiedenen Diskussionen, die unter den beteiligten Akteuren bereits seit Jahren geführt werden. Neu ist, dass erstmalig die Gründer von Genossenschaften befragt wurden.

Es ist festzustellen, dass die Mehrzahl der in den Befragungen angesprochenen Problembereiche nicht rechtsformspezifisch, sondern eher allgemeiner Art ist, wie z. B. die Verunsicherung im Bereich der Energieregulierung.

Die Autoren gelangen zu der Auffassung, dass gesetzliche Rahmenbedingungen das genossenschaftliche Neugründungsgeschehen in der Vergangenheit maßgeblich beeinflusst haben. Die Zunahme der Neugründungen sei entweder Zeugnis einer defensiven Reaktion auf sich verschärfende Rahmenbedingungen oder auf die Nutzung besonderer Förderung zurückzuführen. Gegenwärtig deutet sich an, dass sich die Veränderungen im energierechtlichen Bereich hemmend auf die Gründung von Genossenschaften auswirken werden.

Weitere Schritte

Der Endbericht der Studie „Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft“ wurde im Frühjahr 2015 von Kienbaum Management Consultants GmbH und dem Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln vorgelegt. Die Studie ist im Internet unter http://bit.ly/BMWi_Endbericht_Rechtsform_Genossenschaft abrufbar.

Brigitte Zypries, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, wird die Studie am 23. November 2015 einem Fachpublikum aus Verbänden und Politik präsentieren. Die Studie soll als Basis für das weitere Vorgehen dienen. Im Rahmen der Veranstaltung wird darüber diskutiert werden, ob die Rechtsform der Genossenschaft den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Thema der weiteren Diskussion wird die Effektivität der Öffentlichkeitsarbeit und Gründungsberatung durch Bund, Prüfungsverbände, Berater der Kammern und freie Wirtschaftsberater sein. Ziel ist, die Rechtsform der Genossenschaft als geeignete Organisationsform von bürgergetragenem Engagement noch weiter bekannt zu machen.

Darüber hinaus wird zu diskutieren sein, wie Förderprogramme für Existenzgründungen in der Rechtsform der Genossenschaft angepasst werden können. Ferner könnten auch weitere Prüfungserleichterungen für kleine Genossenschaften in Betracht gezogen werden.

Kontakt: Joachim Garrecht und Anja Selke
Referat: Handwerk, Industrie- und Handelskammern

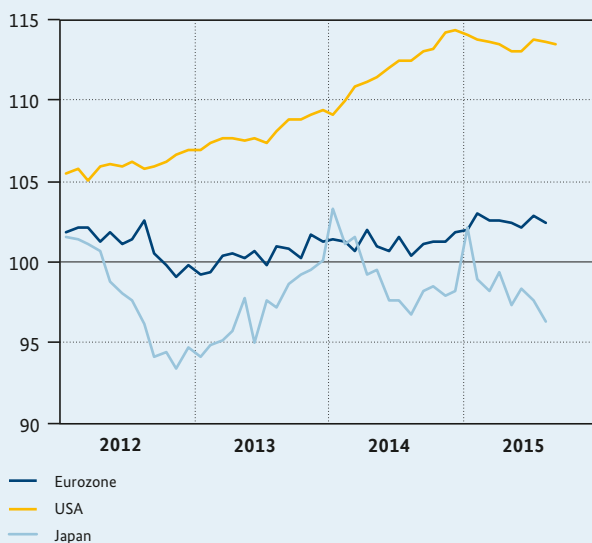
II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Heterogenes Bild.

Die globale Wirtschaftsentwicklung verlief im ersten Halbjahr relativ schwach. Der IWF revidierte daher seine Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft für das Jahr 2015 im aktuellen Update des World Economic Outlook vom Oktober um 0,2 Prozentpunkte nach unten auf 3,1 %. Die weltweite Industrieproduktion stieg zwar nach weitgehender Stagnation seit Jahresbeginn im Juli den zweiten Monat in Folge etwas an.¹ Die Dynamik kam hierbei aus den Industriestaaten, insbesondere aus den USA und dem Euroraum. Der J.P.Morgan Global Composite PMI schwächte sich aber im September weiter ab und das ifo Weltwirtschaftsklima signalisierte ebenfalls keine deutliche Verbesserung. Insbesondere die Situation vieler Schwellenländer stellt sich schwierig dar. Die Volatilität an den Kapitalmärkten stieg deutlich an, die Kapitalflüsse in Schwellenländer gingen zurück und die niedrigen Rohstoffpreise dämpften die Wachstumsaussichten der rohstoffexportierenden Länder. In Bezug auf China bestehen Unsicherheiten über den Zustand der Wirtschaft. In den Industrieländern war dagegen das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr relativ robust. Insbesondere in den Vereinigten Staaten ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2015 kräftig angestiegen, aber auch im Eurogebiet setzte sich die moderate konjunkturelle Erholung fort.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Die niedrigen Ölpreise und die weiterhin eher expansiv ausgerichtete Geldpolitik sollten in der Weltwirtschaft insgesamt weiter für positive Impulse sorgen. Dagegen könnten die Turbulenzen an den Devisen-, Rohstoff- und Finanzmärkten weitere negative realwirtschaftliche Auswirkungen nach sich ziehen. Insgesamt dürfte sich daher das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf allenfalls wenig beschleunigen. Für das Jahr 2016 wird dann eine leichte Belebung erwartet.

USA: Etwas unsichere Wachstumsperspektive.

Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung in den Vereinigten Staaten ist nach dem schwachen ersten Quartal im zweiten Quartal 2015 kräftig um annualisiert 3,9 % angestiegen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte haben beschleunigt zugenommen. Demgegenüber verlangsamte sich die Ausweitung der Anlageinvestitionen in allen Bereichen (Ausrüstungen, Gewerbe- und Wohnungsbauinvestitionen).

Zu Beginn des zweiten Halbjahres verlief die wirtschaftliche Entwicklung noch verhalten. Im August ging die Industrieproduktion nach einem Anstieg im Juli erneut zurück. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe ist im September zum dritten Mal in Folge gesunken. Der konsolidierte Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen ging zuletzt etwas zurück, befindet sich aber weiterhin über der Expansionsschwelle. Der Beschäftigungszuwachs fiel im August und September niedriger aus als gewohnt. Der starke Dollar dürfte zudem die Exportwirtschaft etwas dämpfen. Im Gesamtbild erscheint der Aufschwung in den USA nicht mehr ganz so gefestigt wie zuvor. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Diskussion um die Zinswende fort. Der IWF erhöhte im Oktober seine Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,6 %. Für das Jahr 2016 geht der IWF von einer Beschleunigung auf 2,8 % aus.

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Oktober 2015 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2
Euroraum	0,1	0,3	0,4	0,5	0,4
USA	1,1	1,1	0,5	0,2	1,0
Japan	-2,0	-0,3	0,3	1,1	-0,3

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Euroraum	11,1	11,1	11,0	11,0	-
USA	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1
Japan	3,3	3,4	3,3	3,4	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

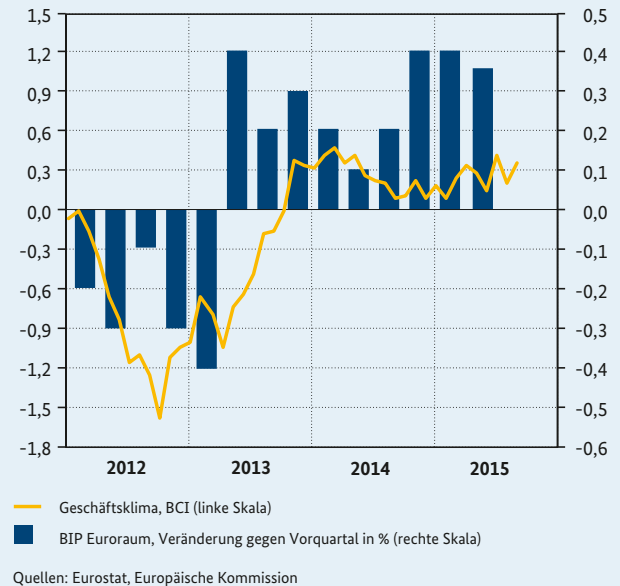
	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Euroraum	0,3	0,2	0,2	0,1	-0,1
USA	0,0	0,1	0,2	0,2	0,0
Japan	0,5	0,4	0,3	0,2	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Japan: Schwächere Wachstumsdynamik.

Nach einer Schwächephase im Sommerhalbjahr 2014 expandierte die japanische Wirtschaft im Winterhalbjahr und insbesondere im ersten Quartal 2015 kräftig. Im zweiten Quartal gab es allerdings einen Dämpfer. Das Bruttoinlandsprodukt ging um 0,3% zurück. Die Industrieproduktion bewegt sich seit einigen Monaten sehr volatil seitwärts. Nach einer kurzen Erholungsphase gingen auch die Auftragseingänge im August wieder zurück. Der Markt-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe fiel im September leicht, befindet sich jedoch seit Mai oberhalb der Expansionsschwelle. Die Beschäftigung stieg im August gegenüber dem Vorjahresmonat weiter an. Die Verbraucherpreise weisen allerdings nach wie vor wenig Dynamik auf. Insgesamt dürfte die japanische Wirtschaft auch angesichts der Belastung durch die schwache chinesische Wirtschaft im zweiten Halbjahr nur wenig expandieren. In seinem Update zum World Economic Outlook vom Oktober senkte der IWF seine Erwartungen für das Wirtschaftswachstum um jeweils 0,2 Prozentpunkte auf 0,6% für das Jahr 2015 und 1,0% für das Jahr 2016.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum: Fortschreitende Erholung.

Im Euroraum setzt sich die moderate Erholung weiter fort. Die wirtschaftliche Aktivität ist im zweiten Quartal preis- und saisonbereinigt um 0,4% gestiegen, nach einem Anstieg um 0,5% im ersten Quartal. Von den großen Mitgliedstaaten wächst vor allem die spanische Wirtschaft mit 0,9% im ersten und nochmals 1,0% im zweiten Quartal dynamisch. Frankreich stagnierte dagegen im zweiten Quartal nach einem allerdings sehr guten Jahresstart. In Italien war das Wirtschaftswachstum nach der Rezession mit 0,3% im zweiten Quartal das zweite Quartal in Folge positiv.

Nach einem guten Start in die zweite Jahreshälfte ging die Industrieproduktion im Eurogebiet im August etwas zurück. Der Business Climate Indicator erhöhte sich im September jedoch wieder und liegt deutlich über seinem Niveau zu Jahresbeginn. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stagnierte im August bei 11,0%. Die Konjunktur im Euroraum dürfte sich im Verlauf des Jahres – angeregt von dem niedrigen Ölpreis und einem schwachen Wechselkurs – weiter festigen. Die Entwicklungen in und um Griechenland bleiben eine Unsicherheitsquelle, auch wenn sich die Konjunktur im Eurogebiet bisher davon wenig beeindruckt ließ. Der IWF erwartet für das Jahr 2015 ein Wachstum im Euroraum in Höhe von 1,5%. Für das Jahr 2016 geht der IWF von einer leichten Beschleunigung auf 1,6% aus.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem gemäßigten Aufschwung.

Am aktuellen Rand spiegeln die Konjunkturindikatoren die schwache Weltkonjunktur wider.

Die Konjunktur in Deutschland ist im Herbst moderat aufwärtsgerichtet. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft in guter Verfassung. Die Bundesregierung geht daher in ihrer aktuellen Herbstprojektion von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 von preisbereinigt 1,7 % und im Jahr 2016 von 1,8 % aus. Dies gilt trotz eines gewissen Gegenwinds aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, insbesondere der schwachen Entwicklung großer Schwellenländer, und trotz der hausgemachten Krise des Volkswagen Konzerns.² Die aktuellen Konjunkturindikatoren für das Produzierende Gewerbe signalisieren allerdings Mitte des dritten Quartals eine Schwäche am aktuellen Rand, die nicht zuletzt dem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld geschuldet ist. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass auch spürbare Ferientageeffekte eine Rolle gespielt haben dürften. Die positive Entwicklung in den Dienstleis-

tungssektoren setzt sich demgegenüber weiter fort. Insgesamt ist daher trotz der Einschränkungen von einer weiteren Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung auch im dritten Quartal auszugehen. Die Stimmungsindikatoren des ifo Instituts und des Markit/BME Einkaufsmanagerindex bekräftigen diese Einschätzung.

2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrie ist im dritten Quartal ohne Schwung.

Das Geschäftsklima im Bau ist trotz vorübergehend schwacher Baukonjunktur gut.

Das Produzierende Gewerbe in Deutschland entwickelt sich derzeit ohne viel Elan. Die Industrie tritt auf der Stelle und bekommt weder aus dem Inland noch aus dem Ausland nennenswerte Impulse. Insbesondere die ausländische Nachfrage nach Kraftfahrzeugen hat zuletzt einen spürbaren Dämpfer erhalten. Zudem schafft es die Bauwirtschaft noch nicht, die an und für sich guten Rahmenbedingungen für sich zu nutzen.

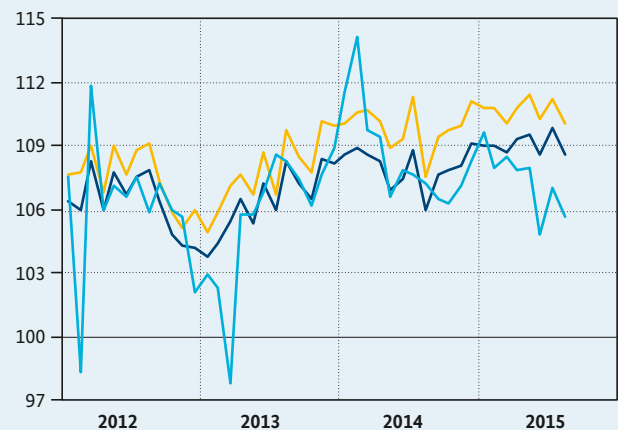
Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



— BIP (Ursprung), gegen Vorjahresquartal (rechte Skala)
■ BIP (saisonbereinigt), gegen Vorquartal (linke Skala)

Quelle: StBA

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



— Produzierendes Gewerbe insgesamt
— Industrie
— Baugewerbe

Quellen: StBA, BBk

Die Industrieproduktion befindet sich seit Anfang des Jahres mehr oder weniger in einer Seitwärtsbewegung. Nach einem Anstieg im Juli fiel die Erzeugung im August aufgrund der zahlreichen Ferientage wie erwartet wieder etwas schwächer aus. Vor allem die Produktion von Vorleistungsgütern wurde seit Jahresbeginn zurückgefahren, aber auch die leichte Aufwärtsbewegung im Bereich der Investitionsgüter kam im Sommer ins Stocken. Insgesamt ist für das dritte Quartal nicht mit einem starken Produktionsergebnis zu rechnen.

Industrie

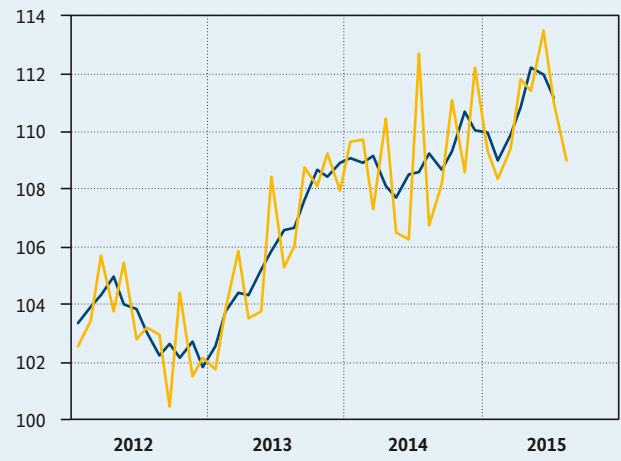
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
Produktion					
Insgesamt	0,3	0,3	-1,1	0,9	-1,1
Vorleistungsgüter	0,3	-0,4	-0,3	-0,8	0,0
Investitionsgüter	0,3	0,6	-2,3	2,8	-2,1
Konsumgüter	-0,2	1,2	0,3	-0,6	-0,4
Umsätze					
Insgesamt	0,6	0,8	-2,0	1,5	-1,3
Inland	0,8	0,1	-0,7	0,3	-0,9
Ausland	0,4	1,5	-3,2	2,7	-1,7
Auftragseingänge					
Insgesamt	-1,4	2,9	1,9	-2,2	-1,8
Inland	1,0	-0,7	-1,9	3,7	-2,6
Ausland	-3,2	5,6	4,5	-6,1	-1,2
Vorleistungsgüter	-1,6	0,7	-0,5	-1,4	-0,4
Investitionsgüter	-1,6	4,4	3,6	-2,5	-2,8
Konsumgüter	0,7	3,2	-1,0	-2,8	-1,5

Quellen: StBA, BBk

Auch die Umsätze fielen im August schwach aus. Dies gilt sowohl für das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft. Der aktuelle Rückgang dürfte zum Teil ebenfalls mit der Lage der Ferien zusammenhängen, aber nichtsdestotrotz hat sich die positive Grunddynamik der letzten Monate abgeschwächt. Der Rückgang der Umsätze in der Kfz-Branche hat maßgeblich dazu beigetragen. Wichtiger Impulsgeber dürfte dagegen weiterhin der Euroraum bleiben, der sich – abgesehen von dem aktuellen Dämpfer – zuletzt recht zuverlässig entwickelt hat.

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

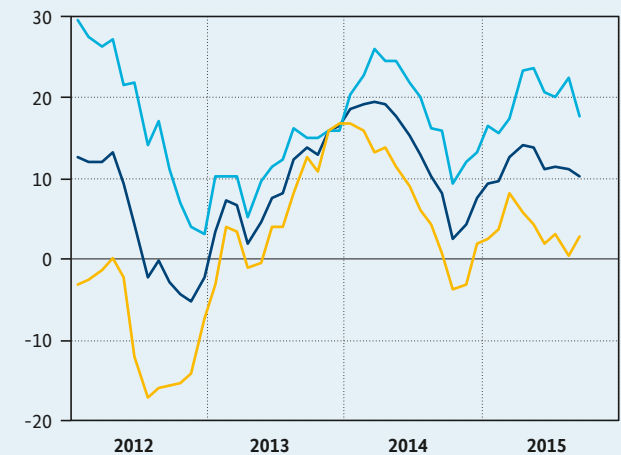


— Monate
— gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Quellen: StBA, BBk

Die Auftragseingänge fielen im August erneut niedriger aus als im Vormonat. Neben der seit Sommer schwachen Bestelltätigkeit im Inland hat sich im Juli und August auch die Nachfrage aus dem Ausland eingetrübt. Damit verschlechtern sich die Aussichten für eine baldige Belebung der Industriekonjunktur. Besonders die Nachfrage nach Investitionsgütern ging in den letzten Monaten zurück, auch ohne Berücksichtigung der volatilen und kurzfristig

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



— Geschäftsklima
— Geschäftserwartungen
— Geschäftslage

Quelle: ifo Institut

in der Regel ohnehin nicht produktionswirksamen Großaufträge. Auffällig ist der starke Einbruch bei der Bestellung von Kraftfahrzeugen und Kfz-Teilen (Juli: -7,4 %, August: -6,9 %), insbesondere aus Drittstaaten. Die Reichweite des Auftragsbestandes ist hingegen im August sowohl bei den Kraftfahrzeugen als auch in der Industrie insgesamt weiterhin hoch und nur geringfügig niedriger als im ersten Halbjahr.

Die Stimmung in der Industrie ist weiterhin gut. Allerdings haben die Geschäftserwartungen der Unternehmen seit dem Frühjahr an Zuversicht eingebüßt. Hintergrund dürften die aktuelle Debatte um die wirtschaftliche Lage in China und die gedämpften Wachstumsperspektiven der Schwellenländer sein.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
Insgesamt	1,3	-1,7	-2,9	2,1	-1,3
Bauhauptgewerbe	1,1	-0,7	-2,3	0,3	-0,8
Ausbaugewerbe	1,7	-2,9	-3,6	4,3	-2,0

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

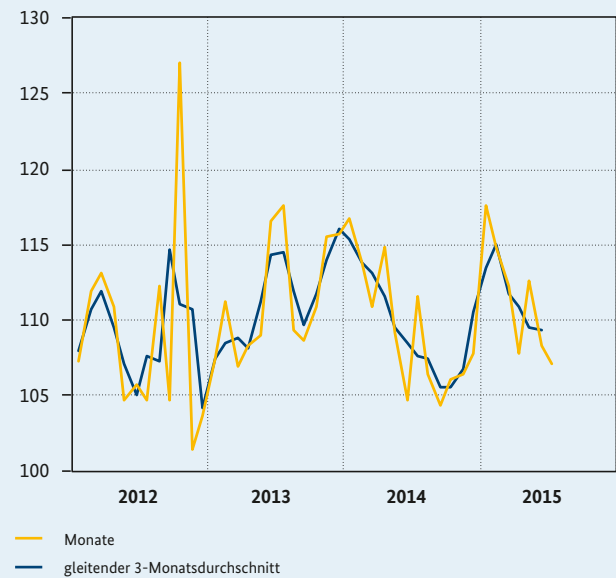
	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Insgesamt	7,7	-4,7	4,4	-3,8	-1,0
Hochbau	2,3	-2,8	2,8	-3,4	2,4
Wohnungsbau*	5,2	-4,9	1,5	-2,9	13,3
Gewerblicher*	-2,7	0,4	7,4	-3,9	-6,9
Öffentlicher*	12,9	-7,3	-7,7	-3,1	3,0
Tiefbau	14,2	-6,8	6,2	-4,3	-5,1
Straßenbau*	13,6	-6,4	5,7	-3,1	-4,7
Gewerblicher*	12,8	-5,5	10,9	-12,8	1,9
Öffentlicher*	17,2	-9,1	0,4	6,9	-13,9
Öffentlicher Bau insg.	14,8	-7,5	1,3	0,3	-6,7

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Seit dem positiven Ergebnis im ersten Quartal hat sich die Bauproduktion schwach entwickelt. Sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe fiel die Bauleistung trotz der nach wie vor guten Rahmenbedingungen geringer aus als im Vormonat.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Zudem entwickeln sich die grundsätzlich sehr volatilen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weiter rückläufig. Sie sprechen nicht für eine kurzfristige Belebung der Baukonjunktur. Allerdings reichen die Auftragsbücher nach Umfragen des ifo Instituts für weitere drei Monate. Zudem hat sich die Zahl der erteilten Baugenehmigungen für Wohngebäude in den Sommermonaten recht dynamisch entwickelt.

Trotz der aktuell schwächeren Produktionszahlen hat sich die Stimmung in den Bauunternehmen im August und September stark verbessert. Sowohl die aktuelle Lage als auch die Erwartungen für das kommende halbe Jahr wurden spürbar angehoben. Die Branche geht davon aus, dass die insgesamt guten Rahmenbedingungen nach und nach wieder mehr Wirkung entfalten.

3. Privater Konsum

Die Umsätze im Einzel- und Kfz-Handel sind in der Tendenz aufwärtsgerichtet.

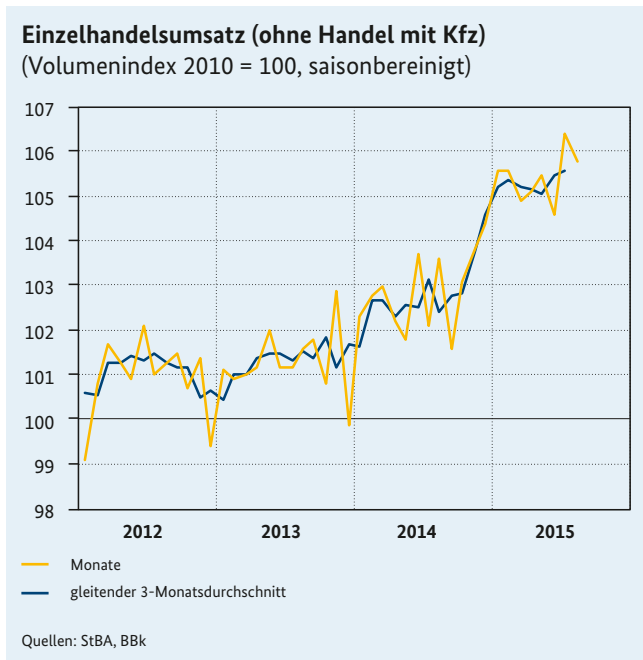
Der private Konsum dürfte im dritten Quartal die Konjunktur stützen. Zusätzliche Impulse kommen von der hohen Zuwanderung.

Der private Konsum hat auch im zweiten Quartal zur positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen, wenn auch schwächer als in den Vorquartalen. Der vorübergehende Anstieg der Sparquote und insbesondere der Mineralölpreise haben die Einkommenszuwächse teilweise aufgezehrt.

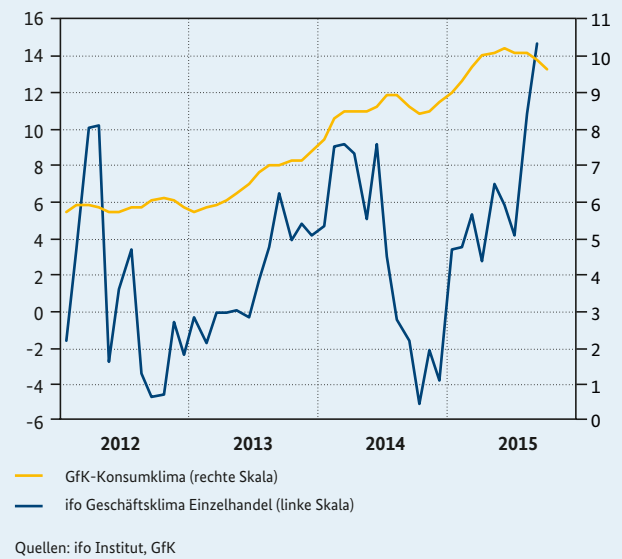
Die vorliegenden Indikatoren unterstützen dieses Bild. Die Umsätze im Einzelhandel nahmen im August zwar um 0,6 % ab. Nach dem leicht aufwärts revidierten kräftigen Anstieg im Juli um 1,7 % sind sie aber in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichtet. Auch der Handel mit Kraftfahrzeugen setzte seinen schwungvollen Aufwärtstrend im Juli fort. Seit Jahresbeginn sind die Kfz-Umsätze, die auch gewerbliche Käufe einschließen, um über 6 % gestiegen. Darüber hinaus verzeichneten die – allerdings schwankungsanfälligen – Steuern vom Umsatz einen kräftigen Anstieg im August.

Abgerundet wird das positive Bild für den privaten Konsum durch die Umfrageindikatoren. Diese deuten auf eine gute Stimmung bei Einzelhändlern und Verbrauchern hin. Die Stimmung unter den Händlern gemessen am ifo-Geschäftsklima hat sich seit Jahresbeginn merklich aufgehellt und legte insbesondere im August und September zusammengekommen kräftig um über 10 Punkte zu. Auf der Verbraucherseite bleibt die Stimmung gemessen am GfK-Konsumklima trotz eines leichten Rückgangs im September auf einem hohen Niveau.

Alles in allem liefern die Einkommenszuwächse und der Beschäftigungsaufbau bei stabilem Preisniveau günstige Rahmenbedingungen für einen etwas beschleunigten Anstieg der privaten Konsumausgaben im zweiten Halbjahr. Darüber hinaus kommen von der in diesem Zeitraum einsetzenden stärkeren Zuwanderung zusätzliche Impulse.



Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



4. Außenwirtschaft

Der Außenhandel entwickelte sich im August deutlich gedämpft.

Trotz weiterhin erhöhter Risiken hellten sich die Exporterwartungen etwas auf.

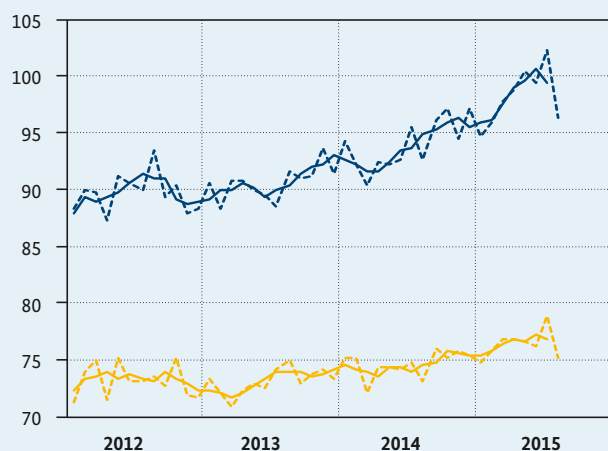
Vor dem Hintergrund der geschwächten weltwirtschaftlichen Dynamik entwickelte sich auch der Außenhandel im August gebremst. Im zweiten Quartal hat das Auslandsgeschäft mit einem Beitrag von 0,7 Prozentpunkten noch maßgeblich zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Im August wurden nach der Statistik der Zahlungsbilanz Waren und Dienstleistungen im Wert von 105,1 Mrd. Euro exportiert. Saisonbereinigt bedeutete dies einen Rückgang der Ausfuhren um 5,1 % gegenüber dem Vormonat. Der Rückgang dürfte jedoch durch einen Ferientageeffekt etwas überzeichnet sein. Außerdem sanken die Ausfuhrpreise, sodass der Rückgang preisbereinigt geringer ausfallen dürfte. Die Ausfuhren in die anderen Länder des Euro-raums stiegen auch zu Beginn der zweiten Jahreshälfte gegenüber dem Vorjahr weiter an (Juli: +5,7 %). Knapp 60 % der Warenexporte gingen im Zeitraum Januar bis Juli 2015 in die anderen EU-Länder, ein Plus von 6,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausfuhren in

viele Schwellenländer entwickelten sich dagegen schwächer, insbesondere jene nach Russland (-30 %). Die Exporte nach China gingen im Juli um 8,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat zurück.

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen fielen ebenfalls niedriger aus. In jeweiligen Preisen wurden im August saisonbereinigt 3,8 % weniger Waren und Dienstleistungen eingeführt als im Vormonat. Gleichzeitig sind auch die Einfuhrpreise deutlich rückläufig.

Nach der starken Entwicklung im ersten Halbjahr zeigt sich der Außenhandel aktuell weniger dynamisch. In jeweiligen Preisen gab es im August im Handel mit Waren und Dienstleistungen einen Überschuss von saisonbereinigt 18,0 Mrd. Euro. Für die Leistungsbilanz ergab sich damit saisonbereinigt ein positiver Saldo von 20,8 Mrd. Euro. Für das laufende Jahr kumulieren sich die Leistungsbilanzüberschüsse in Ursprungszahlen auf 151 Mrd. Euro. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+20 %) ist maßgeblich auf die geringere Ölrechnung zurückzuführen.

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



..... Ausfuhr, Monate
— Ausfuhr, gleitender 3-Monatsdurchschnitt
..... Einfuhr, Monate
— Einfuhr, gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk

Außenhandel*

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,6	3,3	-0,7	2,8	-5,1
Einfuhr	0,0	1,5	0,3	2,8	-3,8
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,3	8,5	13,5	6,3	5,0
Eurozone	2,8	6,3	11,0	5,8	2,1
EU Nicht-Eurozone	7,7	9,5	13,3	7,1	5,8
Drittländer	6,4	9,8	15,8	6,4	6,8
Einfuhr	1,8	4,1	6,0	6,2	4,0
Eurozone	0,6	4,0	3,5	6,4	3,2
EU Nicht-Eurozone	2,0	4,0	6,8	7,4	7,1
Drittländer	3,3	4,2	9,0	5,4	3,2

Quellen: StBA, BBk

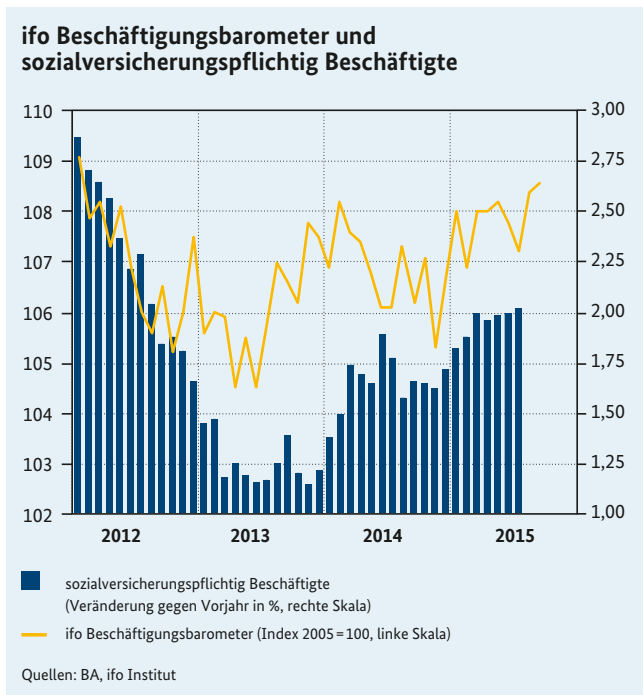
* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Indikatoren zur Außenwirtschaft zeichnen weiterhin ein gemischtes Bild. Die Auftragseingänge aus dem Ausland gingen im August erneut zurück. Die Auslandsumsätze sanken nach einem starken Vormonat im August ebenfalls. Die ifo-Exportserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe hellten sich hingegen nach fünf Rückgängen in Folge im September erstmals wieder leicht auf.

5. Arbeitsmarkt

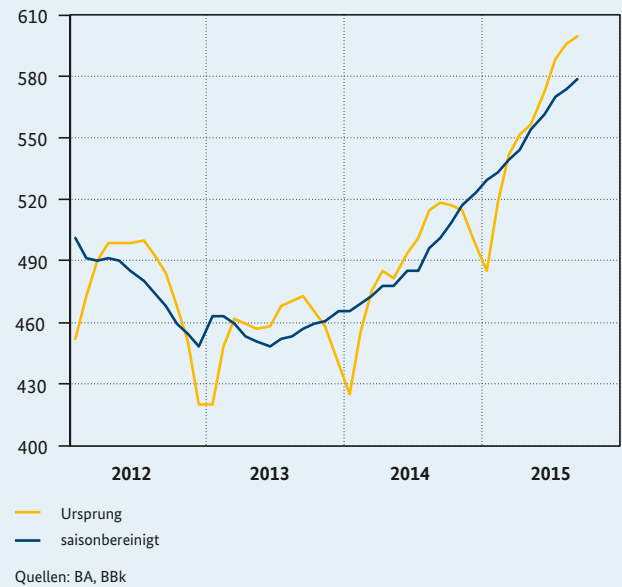
Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin günstig. Die Erwerbstätigkeit stieg im August saisonbereinigt stärker als in den vorangegangenen Monaten dieses Jahres. Die Arbeitslosigkeit, die im Vormonat saisonbereinigt etwas abnahm, erhöhte sich im September kaum messbar. Die Unterbeschäftigung ging dennoch weiter zurück. Die geringfügige Beschäftigung hat sich nach ihrem Rückgang nunmehr stabilisiert. Die wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften hält an.



Die Frühindikatoren senden im September insgesamt weiterhin positive Signale. Während das ifo Beschäftigungsbarometer erneut leicht angestiegen ist und weiter deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt liegt, ist das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geringfügig gefallen. Die Arbeitsagenturen sehen die Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden drei Monaten aber weiterhin als robust an. Der BA-X Stellenindex, in dem alle der BA bekannten Informationen zum Stellenangebot gebündelt werden, stieg auf ein neues Höchstniveau.

Gemeldete Arbeitsstellen (in 1000)



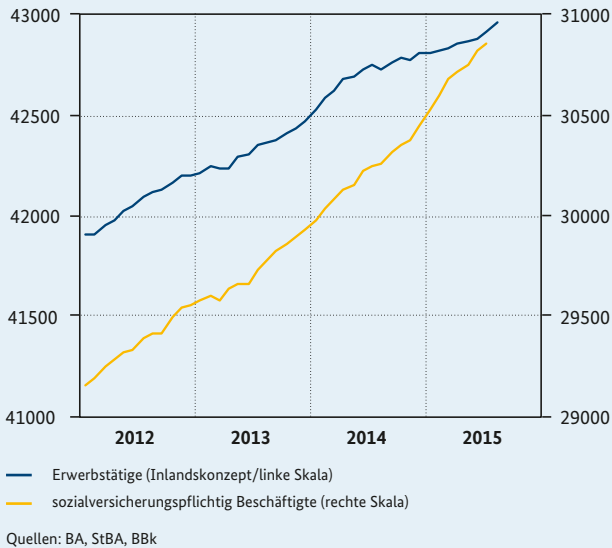
Bei der Erwerbstätigkeit setzte sich der positive Trend im laufenden Jahr fort. Der Zuwachs bei der Zahl der Erwerbstätigen war im August (+49.000 Personen) dreimal so groß wie im Durchschnitt des zweiten Quartals. In Ursprungszahlen wurden im Inland knapp 43,1 Mio. Erwerbstätige ermittelt. Das Wachstum der Erwerbstätigkeit basiert weiterhin auf einer ansteigenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die geringfügige Beschäftigung nimmt zuletzt nicht weiter ab.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im Juli saisonbereinigt um 35.000 Personen zu, etwas stärker als die Erwerbstätigkeit im Juli. Nach den Ursprungszahlen lag sie bei 30,73 Mio. Personen.

Den absolut stärksten Anstieg im Vorjahresvergleich verbuchten im Juli die qualifizierten Unternehmensdienstleistungen, der Bereich Pflege und Soziales sowie der Handel (jeweils +74.000 Personen).

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit haben gegenüber dem Vorjahr überwiegend abgenommen. Die Zahl der Selbständigen ist im zweiten Quartal 2015 erneut deutlich um 96.000 auf 4,32 Mio. Personen gesunken. In Arbeitsgelegenheiten waren im August mit 91.000 weniger ALG-II-Empfänger beschäftigt. Die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung hat sich im Juli um 190.000 auf 4,91 Mio. Personen verringert.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



dem Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang um 0,3 Prozentpunkte. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im September auf 1,03 Mio. Personen gesunken, 32.000 weniger als vor einem Jahr.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,772	2,759	2,773	2,796	2,708
gg. Vorjahr in 1.000	-114	-102	-99	-106	-100
gg. Vorperiode in 1.000*	-26	5	9	-6	2
Arbeitslosenquote	6,3	6,3	6,3	6,4	6,2

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
in Mio.	42,5	42,8	43,0	43,0	43,1
gg. Vorjahr in 1.000	243	175	157	160	230
gg. Vorperiode in 1.000*	35	48	13	28	49

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

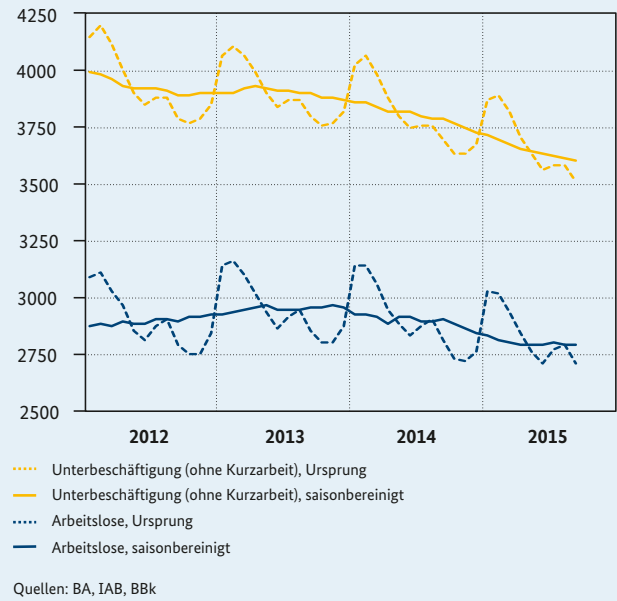
	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio.	30,4	30,7	30,7	30,8	30,7
gg. Vorjahr in 1.000	-188	335	599	603	608
gg. Vorperiode in 1.000*	209	164	40	68	35

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg im September saisonbereinigt um 2.000 Personen, nach einem Rückgang um 6.000 im Vormonat. Ein Grund war eine rückläufige Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit weniger als jahreszeitlich üblich um 88.000 auf 2,708 Mio. Personen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 6,2 %. Gegenüber

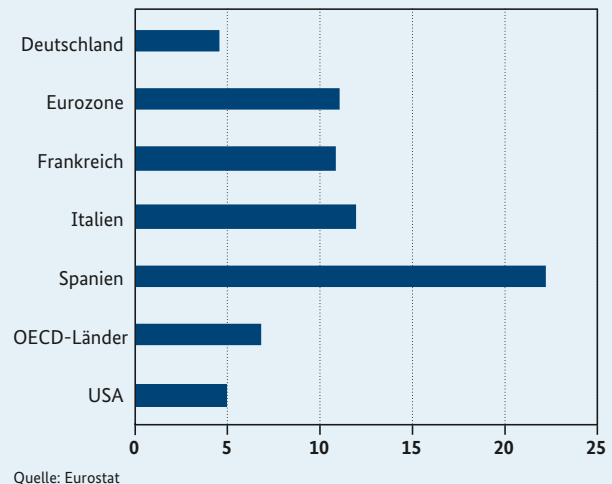
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in 1000)



Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im August 4,5 %. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: August 2015)



Quelle: Eurostat

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im September auf 3,51 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 182.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 12.000 Personen ab.

6. Preise

Der Rohölpreis stabilisiert sich auf niedrigem Niveau.

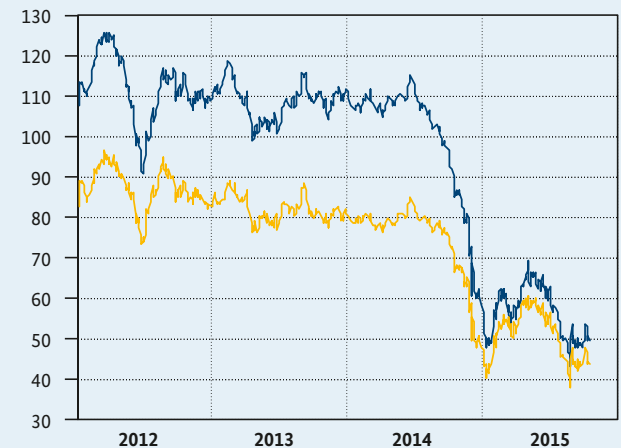
Der Preisauftrieb in Deutschland bleibt schwach. Das Verbraucherpreisniveau sinkt im September auf Vorjahresniveau.

Das ruhige Preisklima dauert an. Nach einer leicht aufwärtsgerichteten Preistendenz im Frühjahr schwächte sich der Preisauftrieb auf allen Wirtschaftsstufen mit Beginn der zweiten Jahreshälfte wieder ab. Hauptgrund war ein wieder stärkerer Rückgang der Energiepreise im dritten Quartal. Insbesondere der Rohölpreis gab deutlich nach und erreichte Ende August ein Sechs-Jahres-Tief. Eine Rolle spielte dabei vor allem das anhaltende Öl-Überangebot auf den Weltmärkten sowie eine schwächere Nachfrage aufgrund des verlangsamten globalen Wirtschaftswachstums. Bis Mitte Oktober erholte sich der Rohölpreis der Sorte Brent wieder etwas und stabilisierte sich mit rund 49 US-Dollar je Barrel auf niedrigem Niveau. Vor einem Jahr hatte der Preis noch bei ca. 82 US-Dollar gelegen.

Bei den Einfuhrpreisen setzte sich im August (letzter Datenstand) der Abwärtstrend fort. Die Preise für eingeführte Waren gingen im Vormonatsvergleich den vierten Monat in Folge zurück. Sie verringerten sich um 1,5 %, wobei vor allem Mineralölzeugnisse und Metalle deutlich günstiger importiert werden konnten. Die Jahresrate sank im August auf -3,1 % und verzeichnete damit den stärksten Preisrückgang seit Jahresbeginn. Lässt man die Energiekomponente außer Betracht, verteuerten sich die Einfuhrpreise mit einer Preissteigerung von 1,6 %.

Die Ausführpreise gingen im August gegenüber dem Vormonat ebenfalls zurück (-0,5 %), wenn auch aufgrund des geringeren Energieanteils etwas weniger stark als die Einfuhrpreise. Binnen Jahresfrist erhöhten die deutschen Exporteure ihre Preise moderat um 0,8 %. Überdurchschnittlich stiegen im Vorjahresvergleich die Investitions-

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)

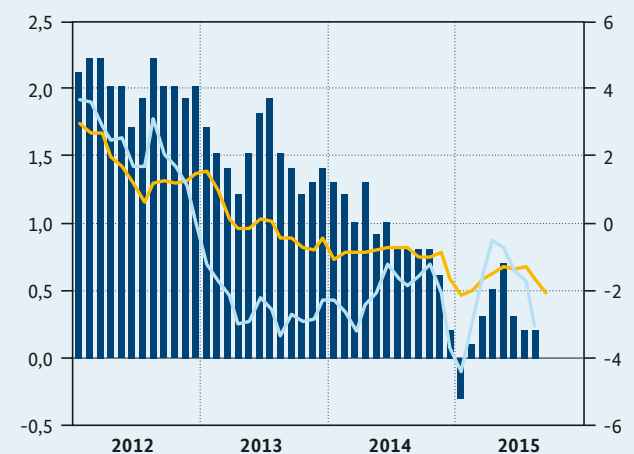


— in US-Dollar
— in Euro

Quelle: Macrobond

güterpreise. Die Preise für Vorleistungsgüter blieben demgegenüber stabil. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich im August im Zuge der sinkenden Einfuhrpreise deutlich um 4,0 % gegenüber dem Vorjahreswert. Im Juli 2015 hatte das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis noch bei +2,9 % gelegen.

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



■ Verbraucherpreise (linke Skala)
— Einfuhrpreise (rechte Skala)
— Erzeugerpreise (rechte Skala)

Quelle: StBA

Die industriellen Erzeugerpreise sind im August wieder gesunken. Von Juli auf August reduzierten sie sich um 0,5 %. Während die Preise bei den Investitionsgüterproduzenten stabil blieben, gaben die Preise der Energie- und Vorleistungsgüterproduzenten nach. Mineralölerzeugnisse verbilligten sich infolge des Rohölpreistrückgangs kräftig und den dritten Monat in Folge. Auf Jahressicht reduzierten sich die Preise für Industrieprodukte um 1,7 %. Während die Energiepreise deutlich und die Preise für Vorleistungs- und Konsumgüter etwas weniger stark nachgaben, verteuerten sich Investitionsgüter moderat.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Aug.	Sept.	Aug.	Sept.
Insgesamt	0,0	-0,2	0,2	0,0
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,3	0,0	1,2	1,2
Nahrungsmittel	-0,3	0,5	0,8	1,1
Bekleidung und Schuhe	3,1	5,3	1,4	1,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,4	-2,9	0,8	0,5
Pauschalreisen	2,3	-11,7	0,8	-0,6
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,1	0,4	2,7	2,6
Energie	-2,1	-1,7	-7,6	-9,3
Haushaltsenergie	-1,0	-0,4	-6,7	-7,0
Strom	0,0	0,0	-1,0	-1,0
Gas	0,0	-0,2	-1,7	-1,8
Heizöl	-6,2	-0,3	-27,6	-27,9
Kraftstoffe	-4,2	-4,4	-9,5	-13,8
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,1	0,0	-	-

Quellen: StBA, BBK

Die Verbraucherpreise sind im September nach der Stagnation im Vormonat um 0,2 % zurückgegangen. Die Energiepreise verbilligten sich weiter. Saisonbedingt wurden außerdem Pauschalreisen nach dem Ende der Haupturlaubsaison deutlich preiswerter. Kräftige Preiserhöhungen gab es dagegen bei Bekleidung und Schuhen mit der Umstellung auf die neue Herbst-/Winterkollektion. Im Vergleich zum Vorjahr blieben die Konsumentenpreise konstant. Vor allem wegen des deutlichen Rückgangs der Energiepreise sank die Inflationsrate im September auf null Prozent. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) fiel erneut merklich höher aus und lag im September wie im Vormonat bei 1,2 %.

Zum Jahresende 2015 dürfte das Verbraucherniveau moderat zunehmen. Die Bundesregierung prognostiziert in ihrer aktuellen Herbstprojektion für das Jahr 2015 einen durchschnittlichen Anstieg des Verbraucherpreisindex von 0,3 %, der sich im kommenden Jahr auf +1,1 % beschleunigt.

7. Monetäre Entwicklung

Die Zinswende in den Vereinigten Staaten wurde vertagt.

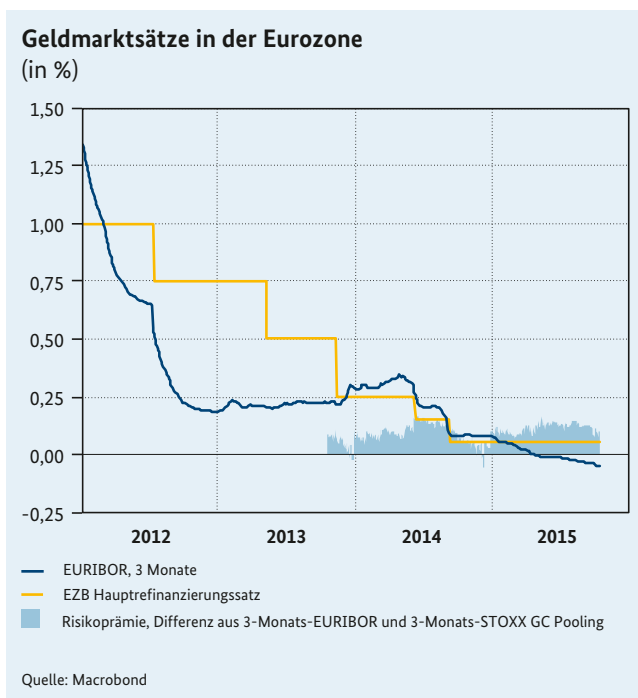
Die Europäische Zentralbank (EZB) belässt ihre Leitzinsen weiterhin unverändert und setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05 %. Die Einlagenfazilität liegt mit -0,20 % im negativen Bereich. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme, EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm soll bis mindestens September 2016 fortgesetzt werden und monatlich einen Umfang von rund 60 Mrd. Euro haben. Die EZB hat durch die Ankaufprogramme ihre Bilanz seit vergangenem Dezember von 2,03 auf 2,63 Billionen Euro ausgeweitet.

EZB Bilanzsumme (in Billionen Euro)



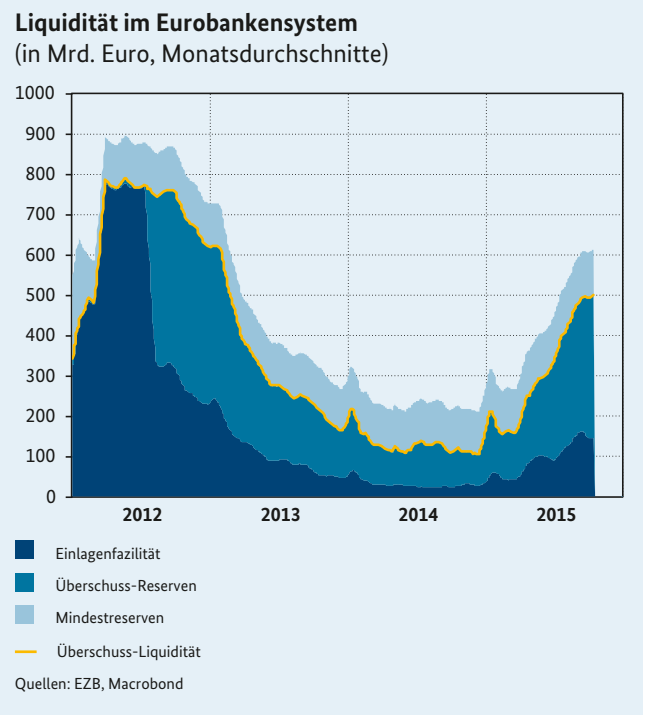
Quellen: EZB, Macrobond

Die amerikanische Geldpolitik bleibt ebenfalls expansiv ausgerichtet. Seit Ende 2008 hält die US-Notenbank den Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25 %. Die teils erwartete erste Zinserhöhung wurde durch die FED auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Internationale Institutionen und Vertreter von Schwellenländern warnen vor möglichen weltwirtschaftlichen Konsequenzen einer Zinserhöhungsphase in den Vereinigten Staaten.



Der allmähliche Erholungsprozess am europäischen Interbankenmarkt setzt sich langsam fort. Der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankkredite war weitgehend stabil. Die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität, die sich seit Mitte 2012 deutlich rückläufig entwickelt hatte, stieg seit vergangem November von 107 Mrd. Euro auf 495 Mrd. Euro im September.

Der Euro konnte auch in diesem Monat gegenüber dem US-Dollar leicht aufwerten und notiert aktuell bei 1,14 US-Dollar, was 0,6 % höher ist als im Vormonat.³ Gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro im Berichtsmonat um 0,1 % auf. Die chinesische Zentralbank lässt den Yuan in bestimmten Bandbreiten flexibel schwanken. Gegenüber dem Euro hat der Yuan um 0,2 % im Vergleich

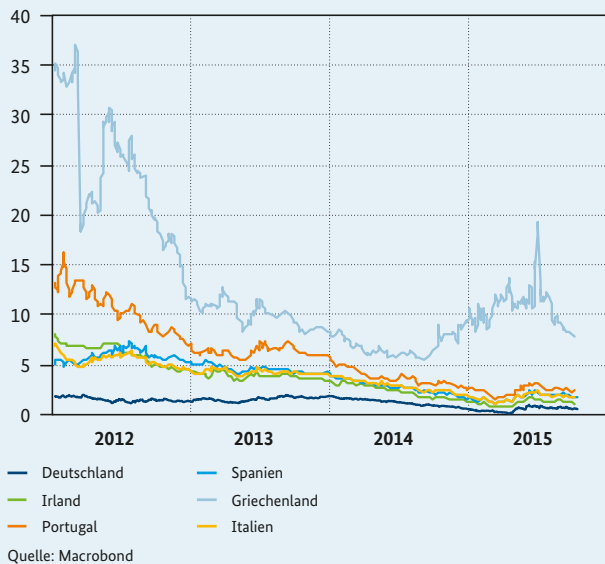


zum Vormonat abgewertet. Trotz der aktuellen Aufwertungen lag der nominal effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 61 Handelspartnern im August 3,4 % niedriger als im Vorjahr.



3 Berichtszeitraum: 16. September bis 16 Oktober 2015.

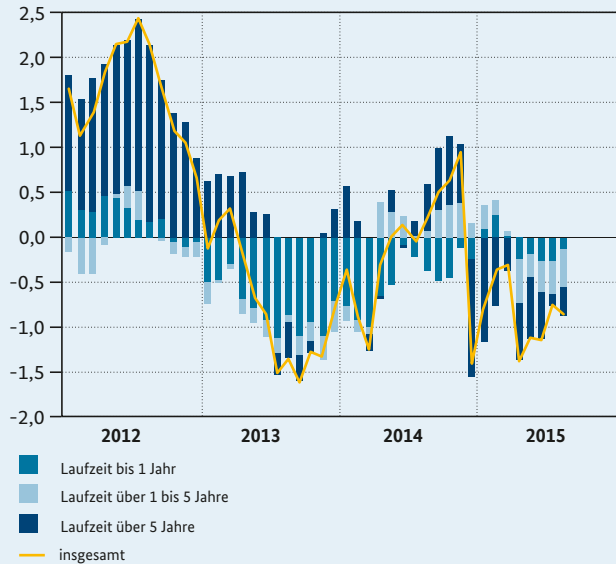
Renditen zehnjähriger Staatsanleihen (Tageswerte in %)



Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen stiegen seit Ende April für viele Staaten des Euroraums von einem sehr niedrigen Niveau aus spürbar an. Die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland hatten in der zweiten Aprilhälfte ein Rekordtief von 0,07 % erreicht. Im Juni erzielten die zehnjährigen Bundesanleihen ein Zinsniveau von bis zu 1,0 %. Im Zuge fallender Ölpreise und fallender Inflationserwartungen sind die Renditen wieder auf 0,6 % gefallen.

Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im August 0,9 % unter dem Niveau des Vorjahres. Vor allem mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit über einem Jahr bis fünf Jahre haben sich auf Jahresfrist am stärksten verringert. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % zu. Die Wachstumsrate hat sich hier deutlich erhöht. Wichtigste Triebfeder blieb die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,5 %), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland (Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Seit April 2014 steigt die Geldmenge im Euroraum kontinuierlich an. Die Jahresrate liegt nun im August bei 4,8 %. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 11,4 % gestiegen ist. Dies spiegelt neben der Liquiditätspräferenz und den geringen Kosten für Geldhaltung auch die konjunkturelle Erholung des Euroraums wider. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 % betragen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

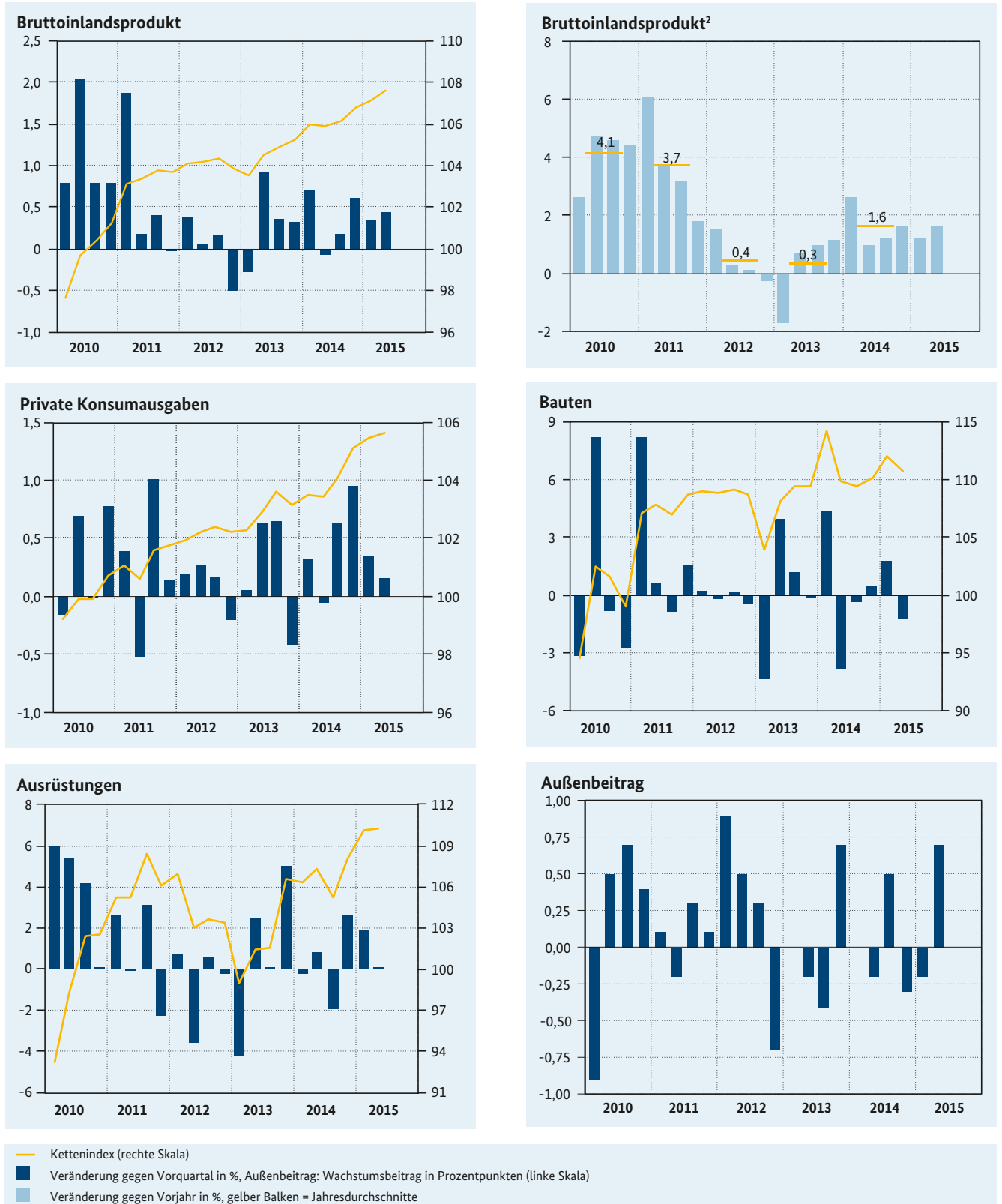
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2012		2013			2014			2015		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,5	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4
Inländische Verwendung	+ 0,3	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	- 0,4	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 1,0	+ 0,6	- 0,3
Private Konsumausgaben ³	- 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,6	- 3,4	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,7	- 0,4
Ausrüstungen	- 0,3	- 4,2	+ 2,5	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,1
Bauten	- 0,4	- 4,4	+ 4,1	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,8	- 1,2
Sonstige Anlagen	- 2,0	+ 0,9	- 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Exporte	- 1,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,2
Importe	0,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,8
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,3	- 0,3	+ 1,1	+ 0,8	- 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,5	- 0,3
Private Konsumausgaben ³	- 0,1	0,0	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,1	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1
Ausrüstungen	0,0	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0
Bauten	0,0	- 0,4	+ 0,4	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1
Sonstige Anlagen	- 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,4	- 0,7	0,0	- 0,1	- 0,4
Außenbeitrag	- 0,7	0,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,7	0,0	- 0,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 0,7

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2014		2015		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,1	0,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9
Bruttoanlageinvestitionen	-10,1	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,8
Ausrüstungen	-22,2	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,0
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,5	0,0	+ 1,1	- 1,7	+ 0,8
Sonstige Anlagen	+ 0,5	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 2,7	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,5	+ 6,6
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 4,6	+ 5,6	+ 5,6

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹											
	2012		2013			2014				2015		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²												
Bruttowertschöpfung	- 0,8	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3	
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	- 2,4	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	
Baugewerbe	- 1,7	- 2,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,3	- 1,2	
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,7	- 2,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,1	
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 0,2	0,0	- 1,5	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,3	- 1,1	
Unternehmensdienstleister	- 0,3	0,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,6	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,2	- 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	

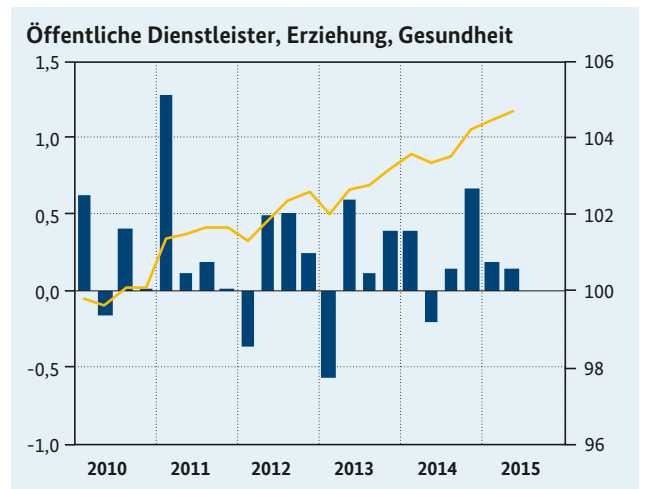
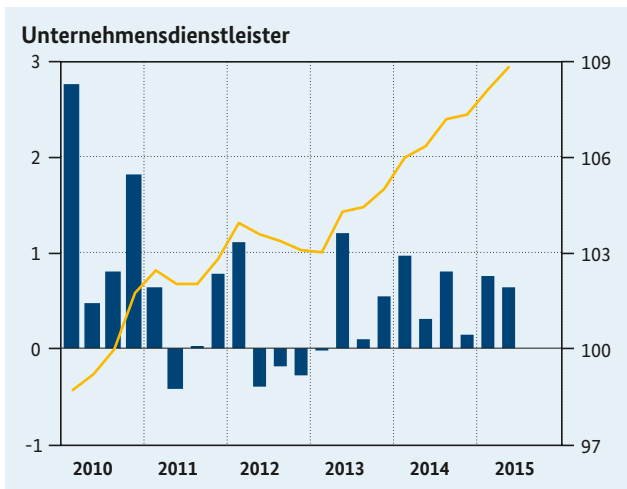
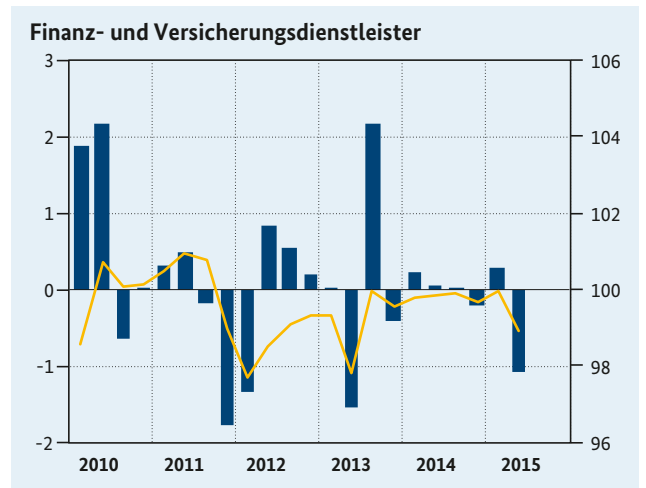
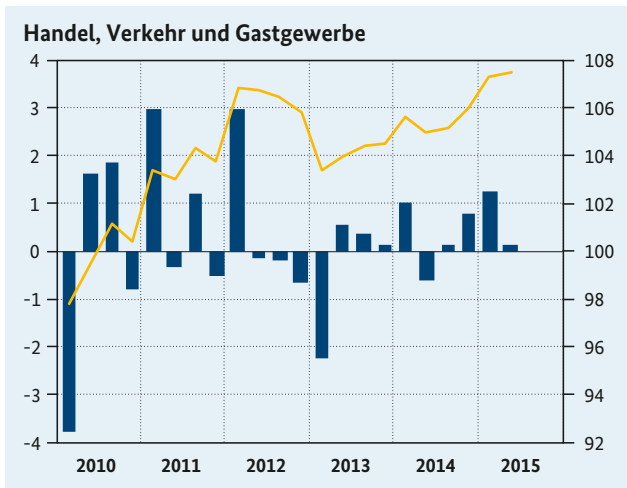
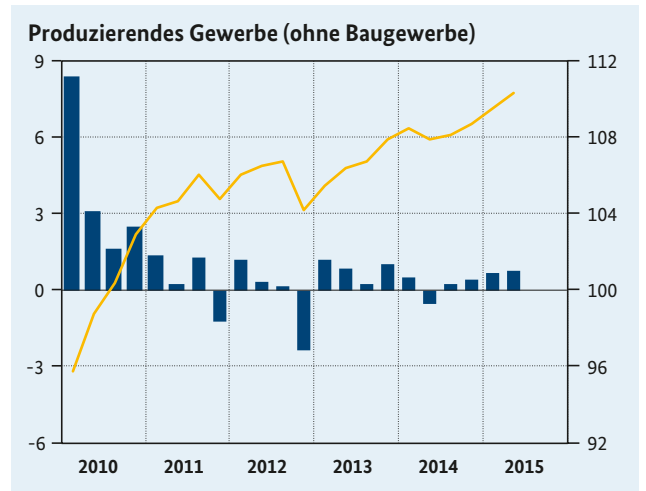
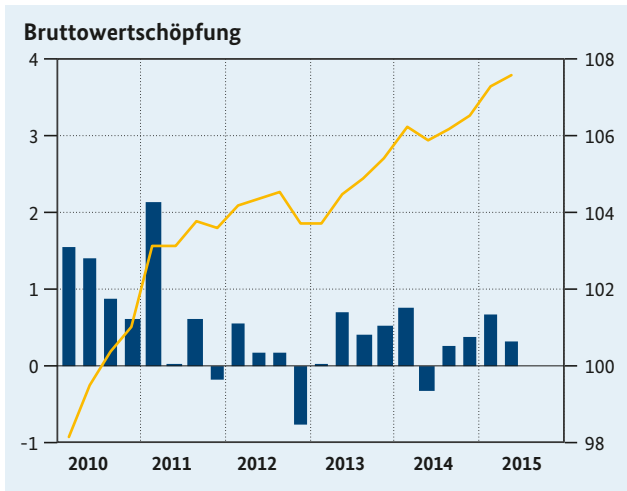
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³											
	2014						2015					
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	
Preisentwicklung												
Preisindex	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,2	
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,9	
Kennzahlen												
Erwerbstätige ³	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	
Arbeitsvolumen ⁴	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,6	
Arbeitsproduktivität ⁵	- 5,7	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,2	
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 0,2	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,1	
Lohnstückkosten ⁷	+ 6,2	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9	
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,1	

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2015	+ 1,7	+ 1,8
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2015	+ 1,8	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2015	(+ 1,5) ^a	(+ 1,6) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2015	+ 1,8	+ 1,9
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	09/2015	+ 1,9	+ 1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	09/2015	+ 1,8	+ 2,1
IWH/KE	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	09/2015	+ 1,8	+ 1,7
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2015	+ 1,8	+ 1,8
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2015	+ 1,9	+ 1,8
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development ¹⁰	06/2015	+ 1,8	+ 2,4
EU	Europäische Kommission	05/2015	+ 1,9	+ 2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



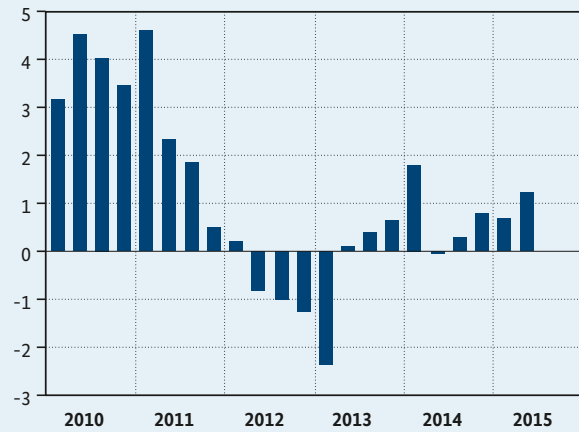
— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

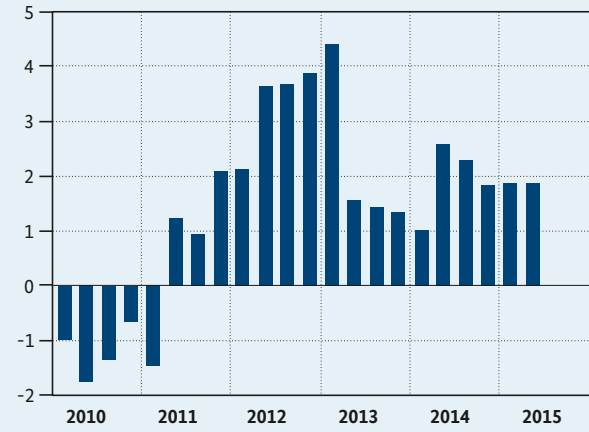
¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

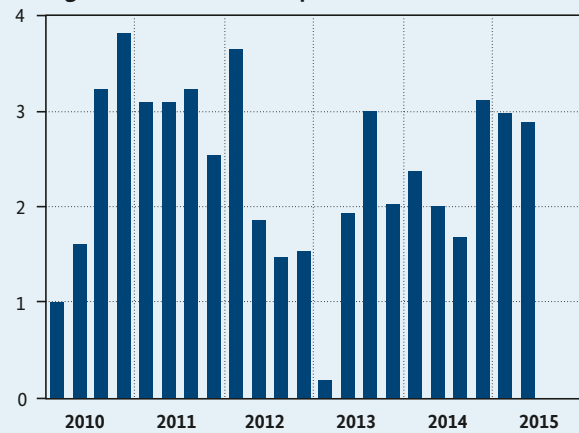
Arbeitsproduktivität²



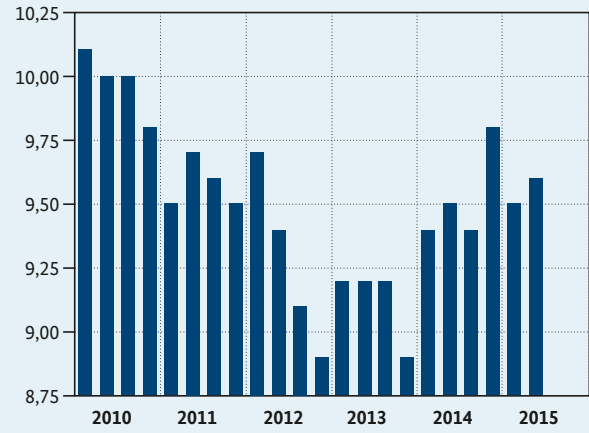
Lohnstückkosten³



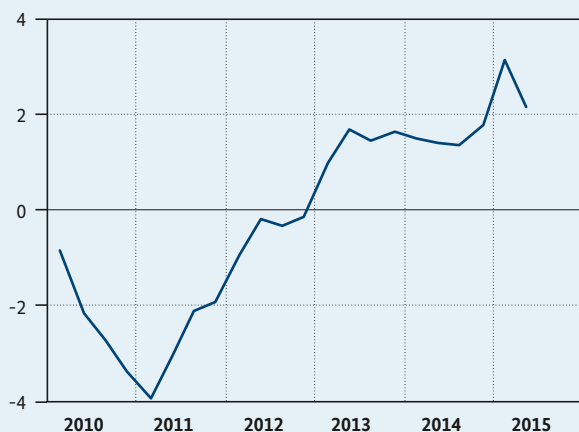
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte⁴



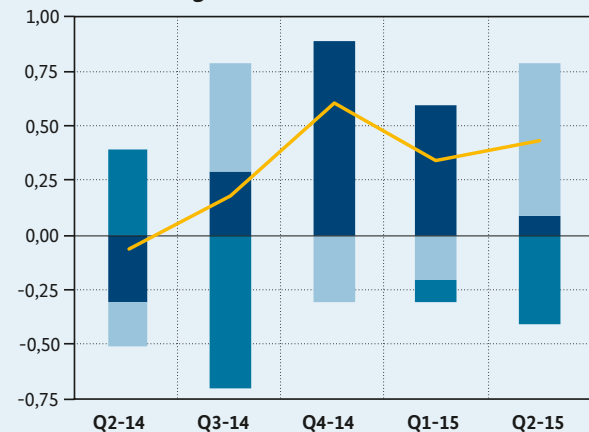
Sparquote⁵



Terms of Trade⁴



Wachstumsbeiträge⁶



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2012		2013			2014				2015		
	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	- 0,5	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	-
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,6	- 0,8	- 0,3	+ 0,9	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	-
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,7	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	- 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	-
Japan	- 0,5	+ 1,7	+ 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,6	- 0,2	+ 1,1	- 2,0	- 0,3	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	-
USA	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	-
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,8

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2011	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	+ 6,0	+ 6,9	+ 6,5	+ 7,5	+ 6,6	+ 6,3	+ 6,3	+ 5,8	+ 7,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 8,1	+ 7,9	+ 8,1	+ 8,3	-
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,0	-
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	-
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	-
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,6	- 2,5	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,7	- 2,4	-
China	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	-

				2014				2015								
	2012	2013	2014	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,4	5,2	5,0	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	-
Eurozone (EZ 19) ²	11,3	12,0	11,6	11,5	11,5	11,5	11,4	11,3	11,2	11,2	11,1	11,1	11,1	11,0	11,0	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,5	10,9	10,2	10,1	10,0	10,0	9,9	9,8	9,7	9,7	9,6	9,6	9,6	9,5	9,5	-
Japan	4,3	4,0	3,6	3,6	3,5	3,5	3,4	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,4	3,3	3,4	-
USA	8,1	7,4	6,2	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7	5,5	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	-	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

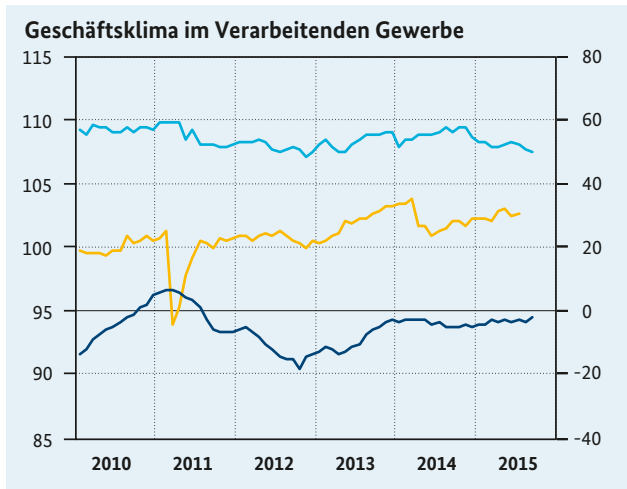
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2014	2015			2015					
	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,9	100,1	100,1	100,0	99,8	99,6	-	99,6	99,5	99,4	99,2	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	119,1	121,7	125,7	127,2	127,6	127,6	-	127,2	128,0	128,3	-	-	-
CPB Welthandel ²	128,2	131,4	135,8	138,5	136,6	136,2	-	134,4	137,9	137,4	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	3936	3047	3203	2742	3230	3226	2771	2779	2604	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	-11,6	-9,1	-3,9	-4,5	-4,0	-3,2	-2,9	-3,0	-3,4	-2,9	-3,7	-2,2	-
Industrieproduktion ⁴	102,0	101,3	103,0	103,4	104,3	104,5	-	104,9	104,1	104,9	104,6	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	1,5	1,0	1,3	1,4	1,3	1,7	1,3	1,4	1,4	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-22,0	-18,7	-10,1	-11,3	-6,3	-5,3	-7,1	-5,6	-5,6	-7,2	-6,9	-7,1	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,7	53,8	55,7	56,9	52,6	52,6	51,3	52,8	53,5	52,7	51,1	50,2	-
Industrieproduktion ⁷	100,0	101,9	105,7	107,5	107,4	106,8	107,3	106,7	106,6	107,4	107,3	107,1	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,3	2,0	2,2	2,2	2,2	2,4	2,3	2,2	2,2	-
Konsumentenvertrauen ⁸	67,1	73,2	86,9	92,7	101,3	96,2	98,4	94,6	99,8	91,0	101,3	103,0	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	100,8	102,0	102,2	102,0	102,2	102,8	-	103,1	102,5	102,7	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,6	97,0	99,1	98,2	99,8	98,3	-	97,2	98,4	97,6	96,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3
Konsumentenvertrauen ¹¹	40,0	43,6	39,3	38,9	40,7	41,5	40,9	41,4	41,7	40,3	41,7	40,6	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,8	50,7	50,4	49,9	50,2	49,8	50,2	50,2	50,0	49,7	49,8	-
Industrieproduktion ¹³	+10,8	+9,7	+8,3	+7,6	+6,2	+6,3	+5,9	+6,1	+6,8	+6,0	+6,1	+5,7	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	3,7	3,5	3,5	3,4	3,6	3,6	3,5	3,3	3,2	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	102,4	101,2	104,4	104,9	107,5	107,7	104,7	109,9	105,5	104,5	104,0	105,6	-

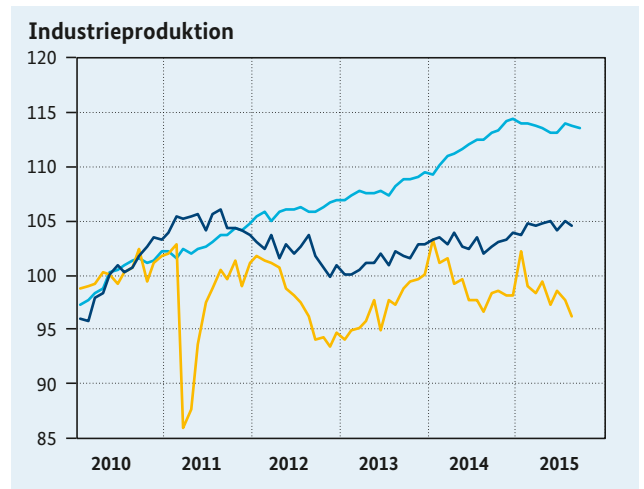
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

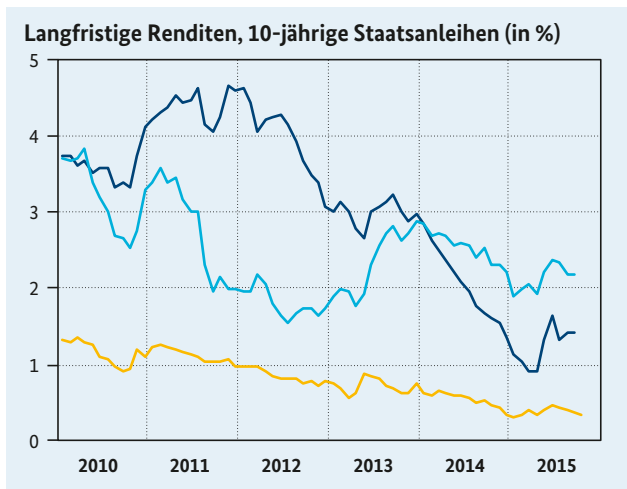
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



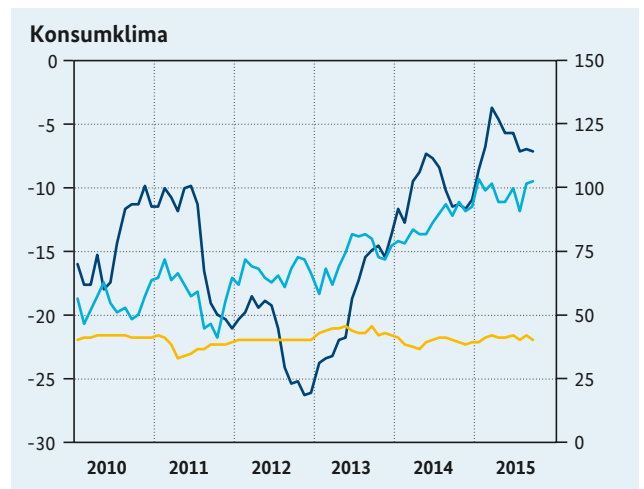
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
— Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
— Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
— USA⁴
— Japan⁵



— Eurozone
— USA
— Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
— USA (rechte Skala)⁷
— Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

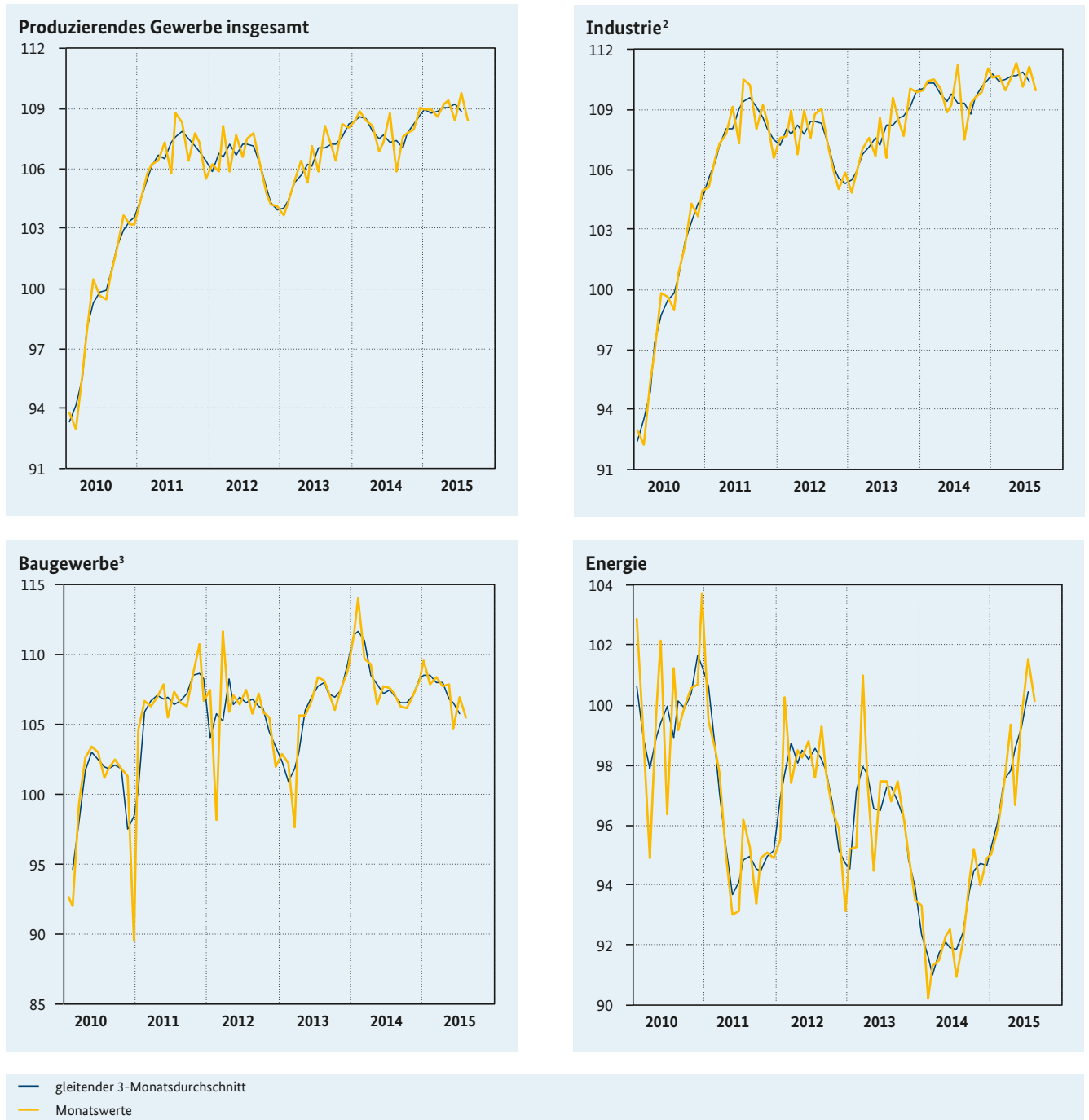
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,3	106,4	108,0	107,4	108,3	108,9	109,1	108,6	109,3	109,5	108,5	109,8	108,5
	gg. Vp. in %	-0,4	0,1	1,5	-0,1	0,8	0,6	0,2	-0,4	0,6	0,2	-0,9	1,2	-1,2
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,4	0,6	0,5	0,2	1,5	0,1	1,1	2,4	0,9	0,8	2,3
Industrie²	Index	107,5	107,8	109,9	109,4	110,2	110,5	110,8	110,0	110,8	111,4	110,2	111,2	110,0
	gg. Vp. in %	-0,6	0,3	1,9	0,0	0,7	0,3	0,3	-0,7	0,7	0,5	-1,1	0,9	-1,1
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	1,3	0,8	0,1	1,2	-0,5	0,6	2,2	0,8	0,0	2,2
Vorleistungsgüter	Index	104,6	104,4	106,3	105,6	106,3	106,6	106,2	105,9	106,4	106,2	105,9	105,1	105,1
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,2	1,8	-0,4	0,7	0,3	-0,4	-0,9	0,5	-0,2	-0,3	-0,8	0,0
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,8	1,1	0,0	-0,6	0,1	-1,3	-0,8	1,0	0,3	-1,1	0,0
Investitionsgüter	Index	113,4	113,9	116,6	116,3	117,3	117,7	118,4	117,0	118,8	119,6	116,8	120,1	117,6
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,4	0,3	0,9	0,3	0,6	-1,1	1,5	0,7	-2,3	2,8	-2,1
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,3	1,7	1,5	0,9	2,1	-0,1	2,6	2,9	0,8	0,5	4,6
Konsumgüter	Index	99,9	100,6	101,9	101,5	102,2	102,0	103,2	102,4	101,6	103,8	104,1	103,5	103,1
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,3	-0,3	0,7	-0,2	1,2	0,8	-0,8	2,2	0,3	-0,6	-0,4
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,3	0,9	0,5	-0,3	1,3	-0,1	-1,4	3,3	2,1	1,4	1,3
Baugewerbe	Index	105,9	105,6	108,5	107,1	107,2	108,6	106,8	108,4	107,8	107,9	104,8	107,0	105,6
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,3	2,7	-0,7	0,1	1,3	-1,7	0,5	-0,6	0,1	-2,9	2,1	-1,3
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	-0,9	-0,3	-3,4	-1,1	-1,0	-1,4	1,1	-2,8	-0,4	-1,5
Bauhauptgewerbe ³	Index	111,5	113,8	119,8	118,2	119,8	121,1	120,3	121,9	120,8	121,5	118,7	119,1	118,1
	gg. Vp. in %	-1,2	2,1	5,3	0,4	1,4	1,1	-0,7	2,3	-0,9	0,6	-2,3	0,3	-0,8
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	0,0	1,8	-2,4	2,0	1,0	1,7	4,7	-0,2	0,4	0,6
Ausbaugewerbe	Index	100,9	98,2	98,2	97,0	95,7	97,3	94,5	96,2	96,0	95,5	92,1	96,1	94,2
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,7	0,0	-2,0	-1,3	1,7	-2,9	-1,4	-0,2	-0,5	-3,6	4,3	-2,0
	gg. Vj. in %	-1,0	-2,6	0,0	-1,8	-2,3	-4,5	-4,9	-3,3	-5,4	-3,1	-6,0	-1,4	-3,9
Energie⁴	Index	97,4	96,5	92,7	92,4	94,7	96,1	98,6	97,4	99,4	96,7	99,7	101,6	100,2
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-3,9	0,3	2,5	1,5	2,6	1,6	2,1	-2,7	3,1	1,9	-1,4
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-3,8	-4,9	-0,1	4,7	7,1	6,8	8,8	4,7	7,9	11,7	8,5
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,9	105,8	108,6	108,1	109,4	110,1	111,0	109,6	111,1	112,0	109,8	111,4	110,0
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,1	2,6	0,1	1,2	0,6	0,8	-0,5	1,4	0,8	-2,0	1,5	-1,3
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	2,0	1,7	1,0	2,8	1,1	2,4	4,6	1,4	1,8	3,1
Inland	Index	104,8	103,2	104,5	103,8	104,3	105,1	105,2	104,8	104,8	105,8	105,1	105,4	104,5
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,3	-0,7	0,5	0,8	0,1	0,1	0,0	1,0	-0,7	0,3	-0,9
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,3	0,0	0,1	-0,4	0,8	-0,6	-1,0	2,6	0,6	-0,1	2,4
darunter: Investitionsgüter	Index	109,5	107,6	111,0	110,5	112,2	113,0	113,5	111,7	112,5	114,2	113,8	114,0	112,0
	gg. Vp. in %	0,6	-1,7	3,2	0,4	1,5	0,7	0,4	-0,9	0,7	1,5	-0,4	0,2	-1,8
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,2	2,2	2,9	1,7	3,0	-0,2	1,7	4,3	3,1	0,7	3,7
Ausland	Index	107,0	108,5	113,0	112,7	114,9	115,4	117,1	114,8	117,9	118,6	114,8	117,9	115,9
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	4,1	0,9	2,0	0,4	1,5	-0,9	2,7	0,6	-3,2	2,7	-1,7
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,1	4,0	3,5	2,5	4,7	2,8	6,0	6,3	2,2	3,8	3,7
darunter: Eurozone	Index	98,9	97,1	102,0	102,1	103,8	105,4	107,2	104,9	106,9	106,8	107,8	108,9	106,0
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	5,0	0,8	1,7	1,5	1,7	-1,0	1,9	-0,1	0,9	1,0	-2,7
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	5,0	5,5	4,2	4,4	5,8	4,0	4,7	6,0	6,8	6,5	3,4
		2012		2013		2014			2015					
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	82,9	81,9	82,4	81,7	83,0	83,7	84,0	83,9	83,8	84,1	84,5	84,3	84,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	103,2	106,0	109,1	109,2	110,6	109,0	112,2	109,4	111,8	111,4	113,5	111,0	109,0
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	2,9	1,4	1,3	-1,4	2,9	1,0	2,2	-0,4	1,9	-2,2	-1,8
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,8	2,2	2,1	0,2	4,3	2,0	1,3	4,5	7,0	-1,3	1,9
Inland	Index	100,8	101,8	103,5	101,9	104,0	105,0	104,3	108,1	105,6	104,7	102,7	106,5	103,7
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,7	-1,4	2,1	1,0	-0,7	4,4	-2,3	-0,9	-1,9	3,7	-2,6
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	-1,3	1,0	0,7	1,1	3,6	0,3	1,9	1,1	2,7	1,9
Ausland	Index	105,1	109,5	113,7	115,1	116,0	112,3	118,6	110,5	116,8	116,9	122,2	114,7	113,3
	gg. Vp. in %	-2,3	4,2	3,8	3,5	0,8	-3,2	5,6	-1,5	5,7	0,1	4,5	-6,1	-1,2
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,7	4,9	2,8	-0,1	6,7	0,8	2,0	6,6	11,4	-4,2	1,7
Eurozone	Index	95,6	98,9	101,7	102,7	104,9	100,6	108,8	101,7	108,8	107,7	109,8	110,5	113,3
	gg. Vp. in %	-10,3	3,5	2,8	3,0	2,1	-4,1	8,2	2,8	7,0	-1,0	1,9	0,6	2,5
	gg. Vj. in %	-10,4	3,8	2,6	4,6	1,9	1,2	9,0	7,6	6,1	9,1	11,8	3,6	12,9
Nicht-Eurozone	Index	111,7	116,8	122,1	123,8	123,9	120,4	125,6	116,7	122,4	123,4	130,9	117,7	113,3
	gg. Vp. in %	3,1	4,6	4,5	3,8	0,1	-2,8	4,3	-4,0	4,9	0,8	6,1	-10,1	-3,7
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,4	5,1	3,5	-0,8	5,4	-2,9	-0,2	5,2	11,0	-8,8	-4,4
Vorleistungsgüter	Index	99,7	100,1	102,0	101,2	102,8	101,2	101,9	101,6	101,3	102,4	101,9	100,5	100,1
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	1,9	-0,6	1,6	-1,6	0,7	1,0	-0,3	1,1	-0,5	-1,4	-0,4
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,0	0,9	0,6	-1,1	0,2	-0,5	-2,0	2,1	0,4	-1,5	-0,1
Inland	Index	99,0	99,3	99,8	98,4	99,2	98,6	99,0	100,3	98,6	100,1	98,3	97,8	98,9
	gg. Vp. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,9	0,8	-0,6	0,4	3,5	-1,7	1,5	-1,8	-0,5	1,1
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,5	-1,5	-2,5	-1,3	0,3	-3,0	0,5	-1,2	-2,1	1,1
Ausland	Index	100,6	100,9	104,7	104,5	107,0	104,2	105,2	103,1	104,4	105,0	106,2	103,7	101,5
	gg. Vp. in %	-3,6	0,3	3,8	1,1	2,4	-2,6	1,0	-1,7	1,3	0,6	1,1	-2,4	-2,1
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,7	3,9	2,9	0,4	1,7	-1,5	-0,8	4,0	2,1	-0,9	-1,4
Investitionsgüter	Index	105,8	110,6	114,3	115,2	116,6	114,7	119,7	115,2	119,2	117,8	122,0	119,0	115,7
	gg. Vp. in %	-3,6	4,5	3,3	2,9	1,2	-1,6	4,4	1,4	3,5	-1,2	3,6	-2,5	-2,8
	gg. Vj. in %	-3,6	4,6	3,3	3,1	3,2	1,0	7,0	3,4	3,2	6,1	11,7	-1,7	3,3
Inland	Index	103,3	104,9	107,8	105,8	109,5	112,1	110,1	117,1	113,4	109,5	107,3	116,2	109,0
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,8	-1,0	3,5	2,4	-1,8	5,8	-3,2	-3,4	-2,0	8,3	-6,2
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,8	-1,3	3,5	3,2	3,0	6,6	3,3	2,6	3,2	7,7	2,5
Ausland	Index	107,3	114,1	118,4	121,0	121,1	116,3	125,6	114,1	122,8	122,9	131,0	120,7	119,8
	gg. Vp. in %	-2,3	6,3	3,8	5,2	0,1	-4,0	8,0	-1,1	7,6	0,1	6,6	-7,9	-0,7
	gg. Vj. in %	-2,2	6,4	3,6	5,6	3,1	-0,3	9,3	1,5	3,2	8,2	16,2	-6,7	3,8
Konsumgüter	Index	101,8	103,5	107,3	106,5	107,5	108,2	111,7	107,8	111,9	112,1	111,0	107,9	106,3
	gg. Vp. in %	-0,9	1,7	3,7	-1,0	0,9	0,7	3,2	-1,9	3,8	0,2	-1,0	-2,8	-1,5
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,7	2,1	0,7	0,5	3,8	4,3	2,9	4,8	3,7	2,4	-1,2
Inland	Index	97,0	97,8	99,4	98,9	99,5	100,6	101,7	100,5	101,0	103,0	101,2	100,7	100,4
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	1,6	-0,7	0,6	1,1	1,1	0,2	0,5	2,0	-1,7	-0,5	-0,3
	gg. Vj. in %	-5,2	0,9	1,5	1,3	0,9	1,3	2,3	2,1	0,6	5,4	0,8	0,6	1,9
Ausland	Index	106,0	108,3	114,1	113,0	114,2	114,7	120,1	114,1	121,3	119,8	119,3	114,1	111,4
	gg. Vp. in %	2,7	2,2	5,4	-1,3	1,1	0,4	4,7	-3,4	6,3	-1,2	-0,4	-4,4	-2,4
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	5,3	2,7	0,6	0,0	5,0	6,0	4,7	4,3	5,9	3,9	-3,5
Industrie ohne Großaufträge²	Index	103,4	105,0	108,4	107,6	110,4	109,1	111,7	108,1	111,9	111,5	111,8	110,0	107,7
	gg. Vp. in %	-2,8	1,5	3,2	0,5	2,6	-1,2	2,4	-1,1	3,5	-0,4	0,3	-1,6	-2,1
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,2	1,6	3,5	0,6	4,3	0,9	2,9	5,7	4,3	0,8	1,1

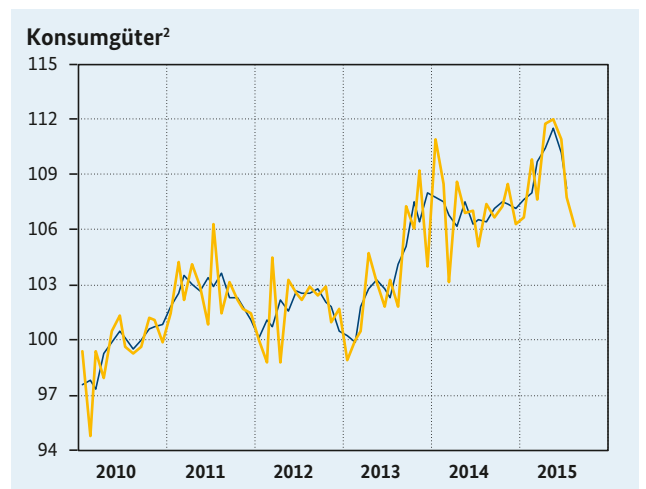
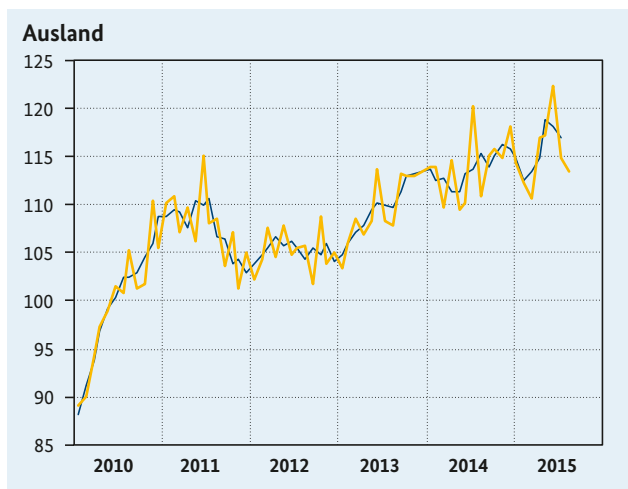
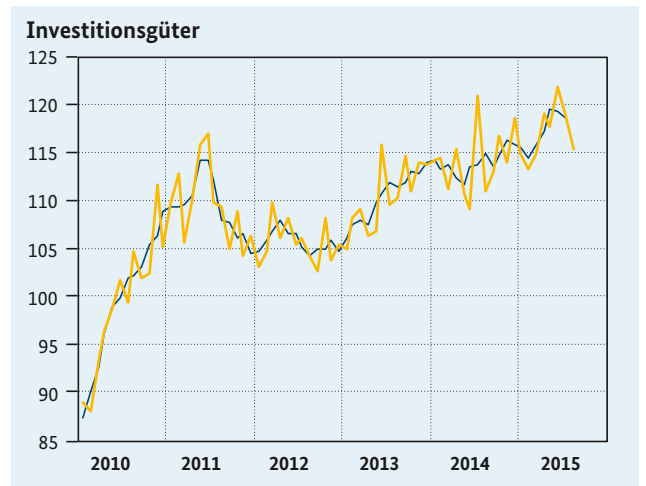
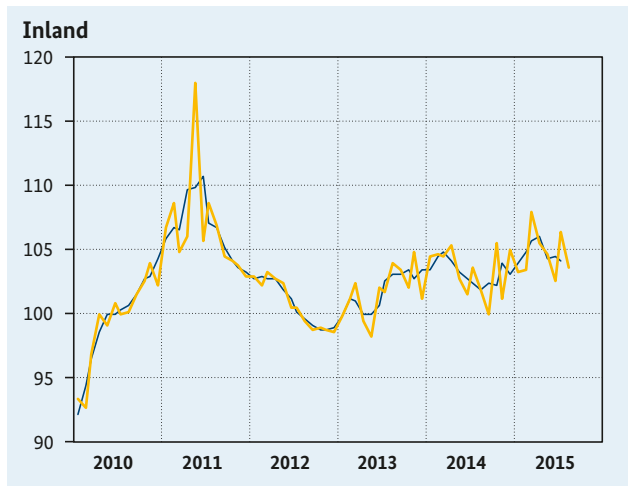
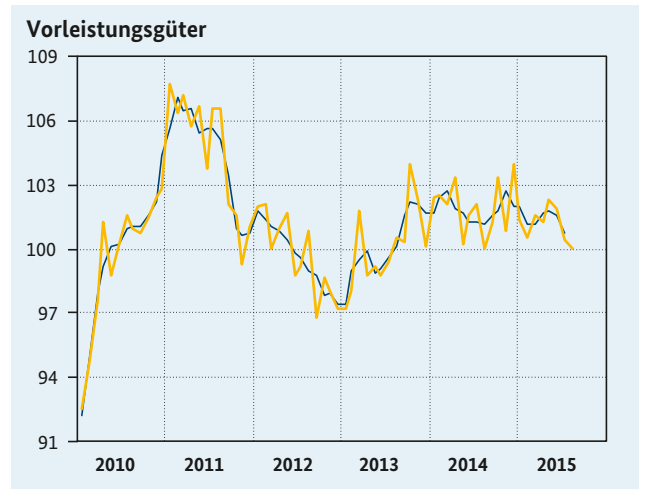
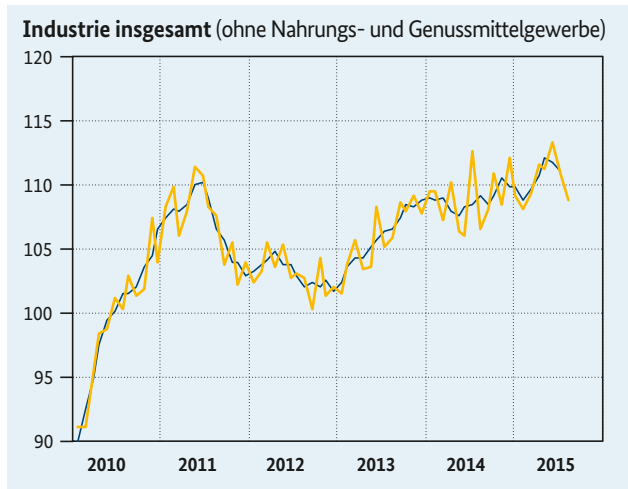
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

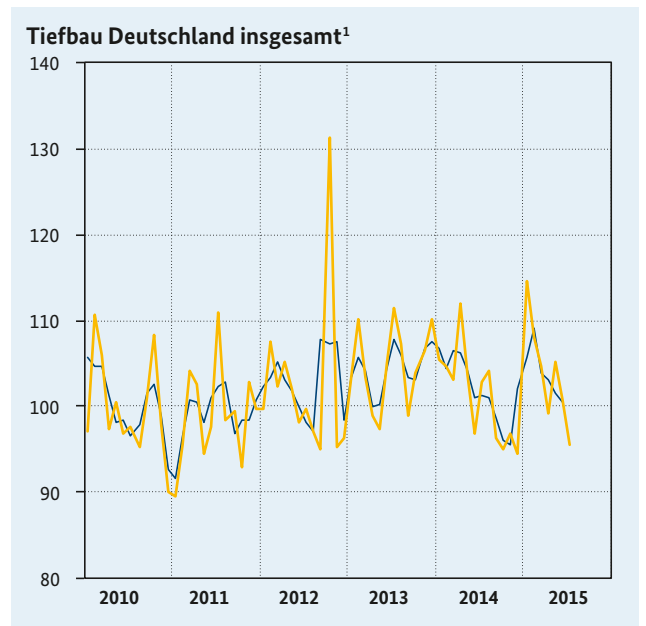
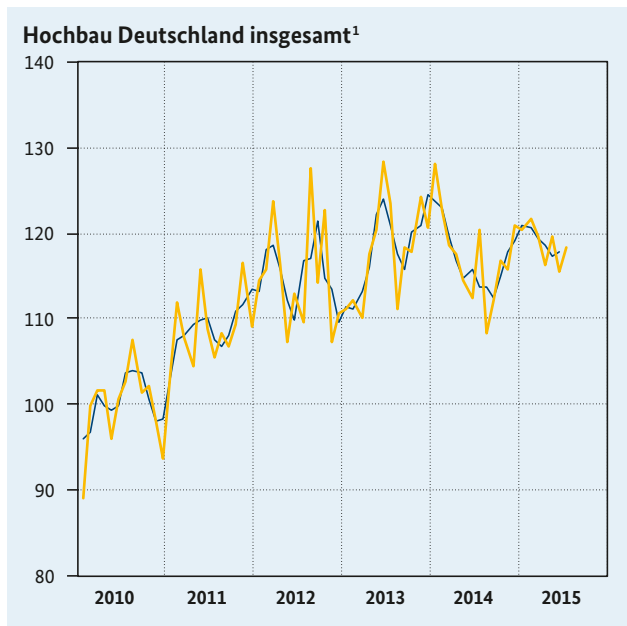
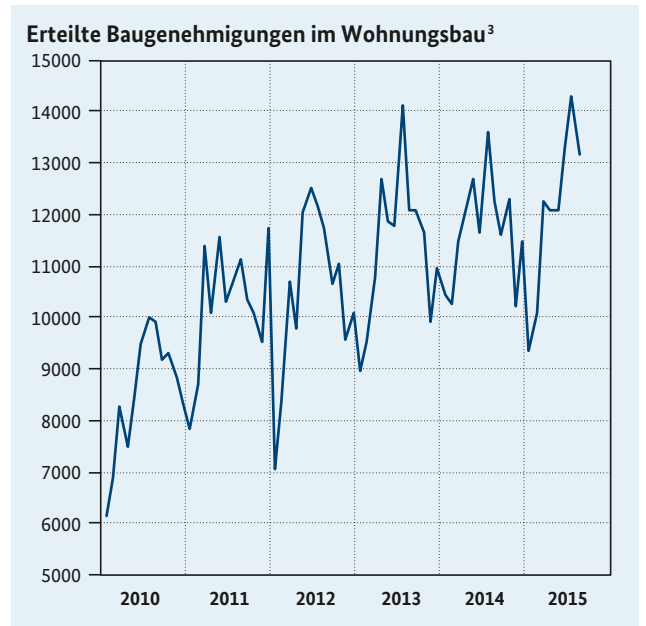
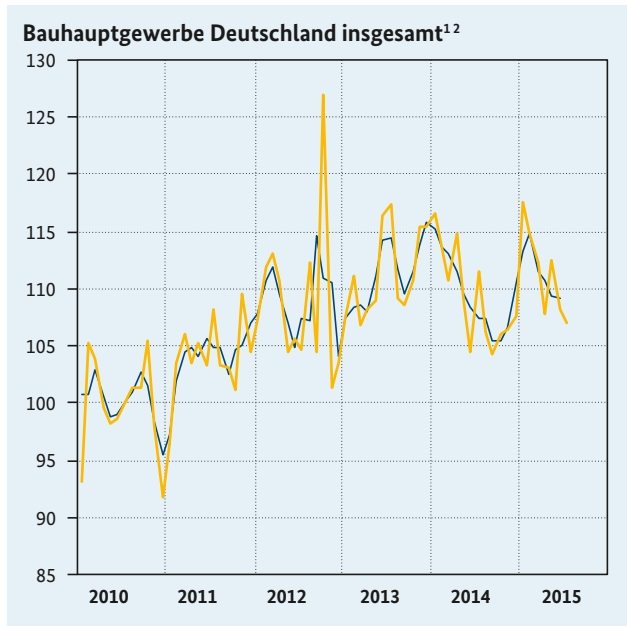
					2014		2015		2015						
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	108,9	111,4	109,4	107,4	106,7	114,9	109,5	112,3	107,8	112,5	108,2	107,1	-
		gg. Vp. in %	4,7	2,3	-1,8	-1,9	-0,7	7,7	-4,7	-2,3	-4,0	4,4	-3,8	-1,0	-
		gg. Vj. in %	4,5	2,2	-2,0	-4,4	-6,2	1,6	-0,1	1,7	-6,1	3,1	3,1	-4,4	-
Hochbau		Index	115,3	118,1	117,5	113,7	118,0	120,7	117,3	119,8	116,5	119,8	115,7	118,5	-
		gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	-1,1	3,8	2,3	-2,8	-1,6	-2,8	2,8	-3,4	2,4	-
		gg. Vj. in %	5,9	2,4	-0,9	-3,7	-2,5	-1,2	1,9	1,3	-1,1	4,3	2,7	-1,6	-
Wohnungsbau		Index	126,0	131,0	135,0	122,8	141,2	148,5	141,2	150,9	141,2	143,3	139,2	157,7	-
		gg. Vp. in %	7,4	4,0	3,1	-9,8	15,0	5,2	-4,9	2,5	-6,4	1,5	-2,9	13,3	-
		gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	-9,2	7,3	7,8	3,6	13,6	-0,3	5,4	5,9	26,3	-
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,7	108,8	109,1	106,5	106,9	105,5	104,4	104,2	108,2	104,1	99,1	-
		gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	4,5	-2,4	0,4	-1,3	-4,4	-0,2	3,8	-3,8	-4,8	-
		gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	-0,4	-8,0	-6,5	0,9	-6,1	-1,8	3,7	0,7	-15,9	-
Tiefbau		Index	102,5	104,7	101,3	101,1	95,5	109,1	101,7	104,7	99,1	105,2	100,7	95,6	-
		gg. Vp. in %	3,5	2,1	-3,2	-2,9	-5,5	14,2	-6,8	-3,1	-5,3	6,2	-4,3	-5,1	-
		gg. Vj. in %	3,0	1,9	-3,0	-5,1	-10,9	4,9	-2,3	2,1	-11,2	1,6	3,7	-7,3	-
Straßenbau		Index	98,6	103,7	99,4	96,1	93,2	105,9	99,1	100,2	96,5	102,0	98,8	94,2	-
		gg. Vp. in %	2,6	5,2	-4,1	-4,5	-3,0	13,6	-6,4	-16,2	-3,7	5,7	-3,1	-4,7	-
		gg. Vj. in %	2,7	3,6	-3,4	-4,5	-13,0	-1,0	-1,4	-2,2	-6,9	-1,7	4,9	-9,8	-
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,8	105,3	102,5	104,2	96,8	111,0	103,2	107,5	100,6	107,1	101,8	96,5	-
		gg. Vp. in %	4,0	0,5	-2,7	-1,9	-7,1	14,7	-7,0	6,4	-6,4	6,5	-4,9	-5,2	-
		gg. Vj. in %	3,3	0,9	-2,7	-5,4	-9,7	8,1	-2,8	4,9	-13,9	3,8	2,9	-5,7	-
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,8	114,2	112,9	113,1	109,5	112,9	110,6	110,9	107,2	116,7	107,8	104,0	-
		gg. Vp. in %	2,8	1,2	-1,1	2,8	-3,2	3,1	-2,0	0,5	-3,3	8,9	-7,6	-3,5	-
		gg. Vj. in %	3,1	1,2	-1,4	0,1	-8,1	-4,7	0,5	-4,0	-6,8	7,6	0,8	-14,3	-
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	98,1	100,6	95,5	95,5	90,1	103,4	95,6	98,1	94,7	95,9	96,2	89,8	-
		gg. Vp. in %	5,5	2,5	-5,1	-2,9	-5,7	14,8	-7,5	-8,0	-3,5	1,3	0,3	-6,7	-
		gg. Vj. in %	4,8	2,2	-4,7	-6,6	-11,5	6,2	-2,6	1,9	-8,9	-3,0	4,3	-7,1	-
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	70395	76490	78378	21008	19330	17937	20491	7158	6669	6528	7294	7567	7370
		gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	-3,6	3,4	0,6	1,4	13,4	-3,2	-5,7	14,0	-2,8	7,4
Wohngebäude		Mio. €	39266	43680	46466	12507	11443	10703	12681	4115	4086	4092	4502	4813	4518
		gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	1,2	7,4	2,8	4,8	9,7	3,2	-2,3	13,8	7,2	10,3
Nichtwohngebäude		Mio. €	31129	32809	31913	8501	7887	7234	7810	3042	2583	2436	2791	2755	2852
		gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	-9,9	-1,9	-2,5	-3,7	18,7	-11,9	-10,9	14,3	-16,4	3,2
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	24145	6526	5868	5088	6050	2242	2013	1931	2107	2165	2071
		gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	-4,1	-1,6	-10,6	-0,2	10,8	-3,8	-9,3	14,3	-15,9	1,3
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	7768	1975	2019	2146	1760	800	570	506	684	590	781
		gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-25,0	-2,8	24,0	-13,9	48,4	-32,0	-16,7	14,4	-18,2	8,5
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	126	137	141	37,7	34,1	31,8	37,6	12,3	12,1	12,1	13,3	14,3	13,2
		gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	-2,0	4,5	-1,4	2,6	7,0	-0,7	-4,6	14,0	4,8	7,5
		gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	-0,4	0,1	1,4	1,4	0,5	-1,0	-1,0	5,0	-0,4	2,4
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,7	71,8	73,8	77,7	62,5	73,4	79,3	68,9	74,2	77,2	78,8	79,6	79,5
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	18,1	28,4	8,6	4,0	38,3	12,3	1,3	27,0	8,0	2,0	1,0	1,0	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	2,6	6,2	9,1	2,7	7,4	9,5	9,6	10,1	8,1	9,0	9,7	10,0	-
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,5	7,8	12,7	16,7	17,2	17,6	15,4	16,6	18,4	16,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,3	-2,3	2,3	2,6	2,2	2,9	1,1	1,7	1,4	3,5	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	4,8	10,5	13,0	10,9	13,7	11,0	11,4	11,1	10,1	-
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,9	11,5	16,4	22,4	20,0	23,6	20,5	20,1	22,3	17,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	-1,7	4,7	3,9	2,1	4,2	2,0	3,0	0,4	2,8	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	2,6	8,0	13,5	6,0	12,0	13,7	13,3	13,7	13,6	14,3	13,4	12,3	-
Geschäftslage	Salden	14,8	7,8	20,2	13,2	16,6	19,0	19,8	19,3	19,4	20,4	20,1	18,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	-1,0	7,5	8,5	7,1	8,3	8,1	8,3	7,0	5,9	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	3,7	10,9	11,2	8,6	11,3	9,5	8,3	9,2	8,4	-
Geschäftslage	Salden	23,0	14,8	20,4	8,8	15,2	24,0	19,5	25,9	20,9	17,0	25,0	16,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	-1,3	6,6	-0,9	-1,6	-2,4	-1,3	-0,1	-5,5	0,7	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	5,6	8,7	7,6	2,4	7,0	10,9	9,6	15,0	5,4	9,0	9,0	10,7	-
Geschäftslage	Salden	13,3	16,3	14,4	11,0	17,7	22,1	18,9	23,3	18,8	21,3	18,9	16,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	-5,8	-3,2	0,3	0,7	7,1	-7,3	-2,6	-0,5	5,2	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,1	-3,0	-3,8	-6,4	-4,5	-2,3	-4,7	-3,6	-4,3	-2,7	0,2	-
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-4,5	-7,3	-4,6	-4,6	-4,2	-4,8	-7,0	-4,2	-2,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,3	-2,8	-3,1	-5,5	-4,4	0,0	-5,3	-2,5	-1,6	-1,3	3,0	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	17,0	16,7	22,6	23,8	24,4	26,1	29,0	26,6	28,2	26,1	30,7	30,2	-
Geschäftslage	Salden	28,2	22,9	32,4	33,2	32,3	38,0	40,7	38,8	38,4	37,9	41,9	42,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,3	10,8	13,3	14,8	16,8	14,8	18,0	15,0	18,3	14,9	20,2	18,8	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	5,5	41,0	66,3	65,7	65,7	62,9	63,9	65,7	67,5	55,2
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	14,3	52,1	42,2	22,3	41,9	31,5	29,7	25,0	12,1	1,9

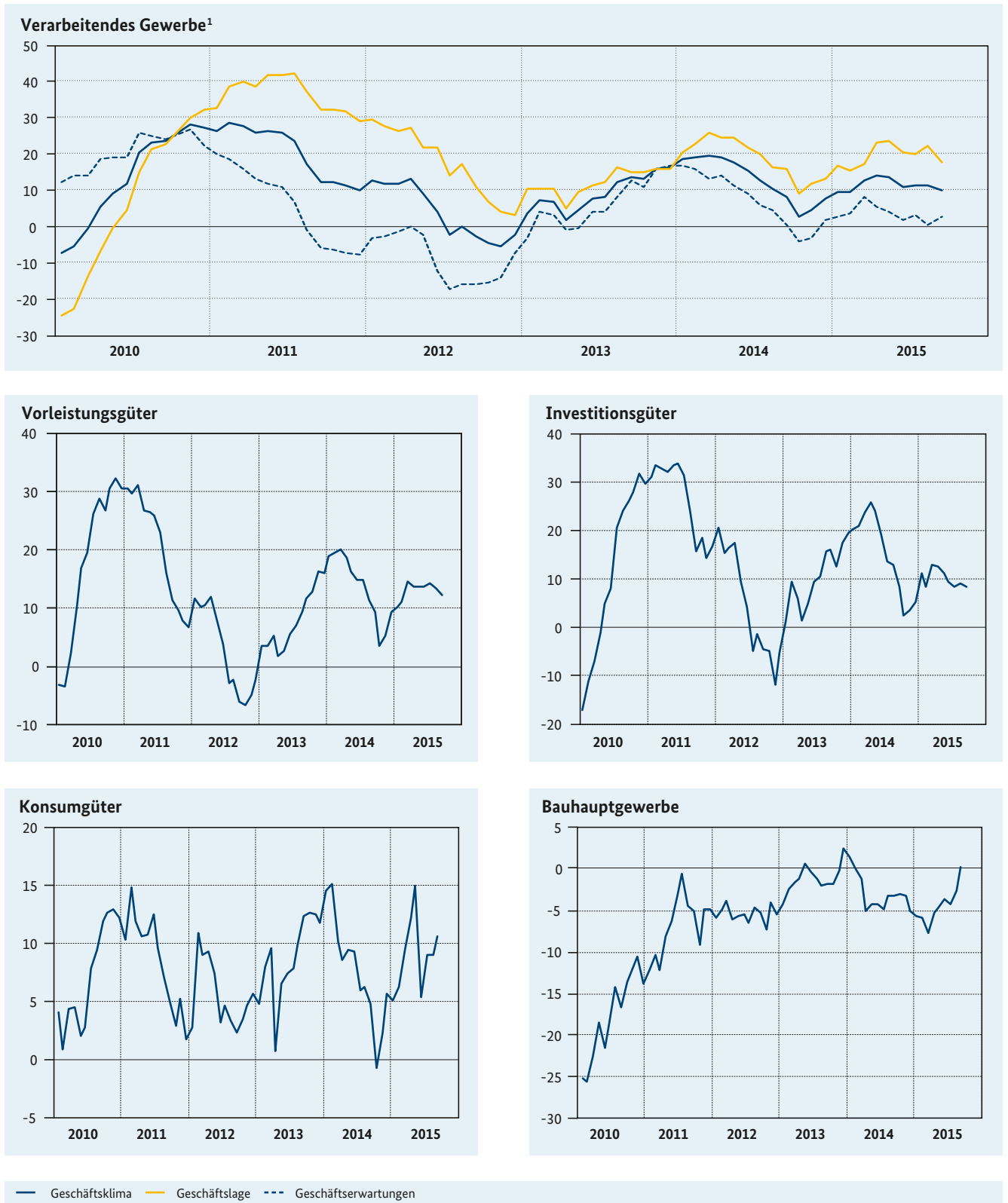
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2013				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	102,3	103,0	103,9	102,3	103,0	103,6	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,7
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	1,0	0,6	0,9	0,1	0,6	0,7	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,2
	gg. Vj. in %	1,0	0,6	0,9	-0,7	0,7	1,6	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1642	1672	1710	414	417	421	420	424	425	428	435	435	438
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,1	1,8	2,3	0,7	0,7	1,0	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	0,0	0,8
	gg. Vj. in %	2,1	1,8	2,3	0,2	1,9	3,0	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	3,0	2,9
Einzelhandelsumsätze¹														
		2012	2013	2014	2014			2015			2015			
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Einzelhandel	Index	100,9	101,3	102,9	103,8	105,4	105,1	-	105,5	104,6	106,4	105,8	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	-0,2	0,4	1,6	1,4	1,5	-0,3	-	0,4	-0,9	1,7	-0,6	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	1,6	2,5	2,8	2,5	-	3,5	0,9	4,2	2,1	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	102,6	103,3	103,9	104,5	-	105,5	103,2	104,7	107,5	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	1,3	1,2	0,6	0,6	-	0,8	-2,2	1,5	2,7	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	1,4	2,3	1,6	1,8	-	4,2	-0,6	2,4	5,7	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,1	98,8	99,9	97,3	100,6	101,3	-	102,0	102,6	102,5	97,8	-	-
	gg. Vp. In %	-1,5	-0,3	1,1	-3,3	3,4	0,7	-	2,8	0,6	-0,1	-4,6	-	-
	gg. Vj. in %	-1,5	-0,3	1,0	-1,2	-2,1	2,8	-	1,7	2,1	4,5	-10,6	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,8	117,5	121,0	125,8	126,9	124,6	-	124,1	125,0	128,2	126,2	-	-
	gg. Vp. In %	6,4	1,5	3,0	3,0	0,9	-1,8	-	-0,5	0,7	2,6	-1,6	-	-
	gg. Vj. in %	6,0	1,5	3,3	7,4	9,7	3,5	-	1,1	4,6	4,4	5,6	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,8	99,7	99,1	100,1	101,8	101,3	-	102,3	101,2	100,7	101,7	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	-3,0	-0,6	2,2	1,7	-0,5	-	1,8	-1,1	-0,5	1,0	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-3,0	-0,6	1,2	1,7	3,4	-	5,2	2,8	3,5	2,8	-	-
Handel mit Kfz einschl.	Index	103,3	102,1	104,6	106,3	110,4	111,6	-	111,5	111,9	112,3	-	-	-
Instandhaltung und Reparatur	gg. Vp. In %	-2,1	-1,2	2,4	2,0	3,9	1,1	-	0,1	0,4	0,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	2,3	1,2	5,8	8,6	-	8,8	8,6	8,2	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,2	100,8	102,1	103,2	102,3	103,7	-	103,3	105,1	104,6	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	-1,4	1,3	0,7	-0,9	1,4	-	0,7	1,7	-0,5	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,6	1,4	2,0	0,7	2,7	-	0,8	4,5	3,0	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3083	2952	3037	755	758	861	789	256	314	290	226	272	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	2,9	2,7	6,4	4,2	6,1	-6,7	12,9	7,4	6,2	4,8	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	1099	254	255	311	266	95	112	103	79	84	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-1,9	-3,6	-1,3	-0,6	-2,5	-7,1	5,9	-0,2	-2,5	-5,2	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	104,1	105,7	106,6	106,7	106,4	107,0	107,1	107,1	107,0	107,2	107,2	107,0	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	0,9	0,5	0,0	0,5	0,1	0,7	0,3	0,2	0,2	0,0	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	1,0	-0,2	-0,6	1,2	0,8	1,4	1,0	0,4	0,8	1,1	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	1,5	1,5	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-0,9	-2,3	-4,8	-4,6	-6,4	-4,3	-4,9	-5,7	-6,7	-7,0	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-0,8	-1,5	-3,4	-1,8	-2,7	-1,3	-2,0	-1,8	-2,5	-3,9	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	0,6	1,8	2,9	-3,8	4,1	5,2	9,9	7,0	5,8	4,1	10,8	14,7	-
Geschäftslage	Salden	8,2	5,9	8,9	1,0	11,7	12,8	20,2	14,8	12,8	15,9	19,9	24,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,2	-2,9	-8,4	-3,3	-2,2	0,0	-0,5	-1,0	-7,1	2,2	5,0	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,5	9,3	10,1	10,0	10,1	10,2	10,1	10,1	9,9	9,6
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	39,9	48,7	47,8	57,4	59,3	53,4	59,7	58,0	56,0	53,3	50,8	-

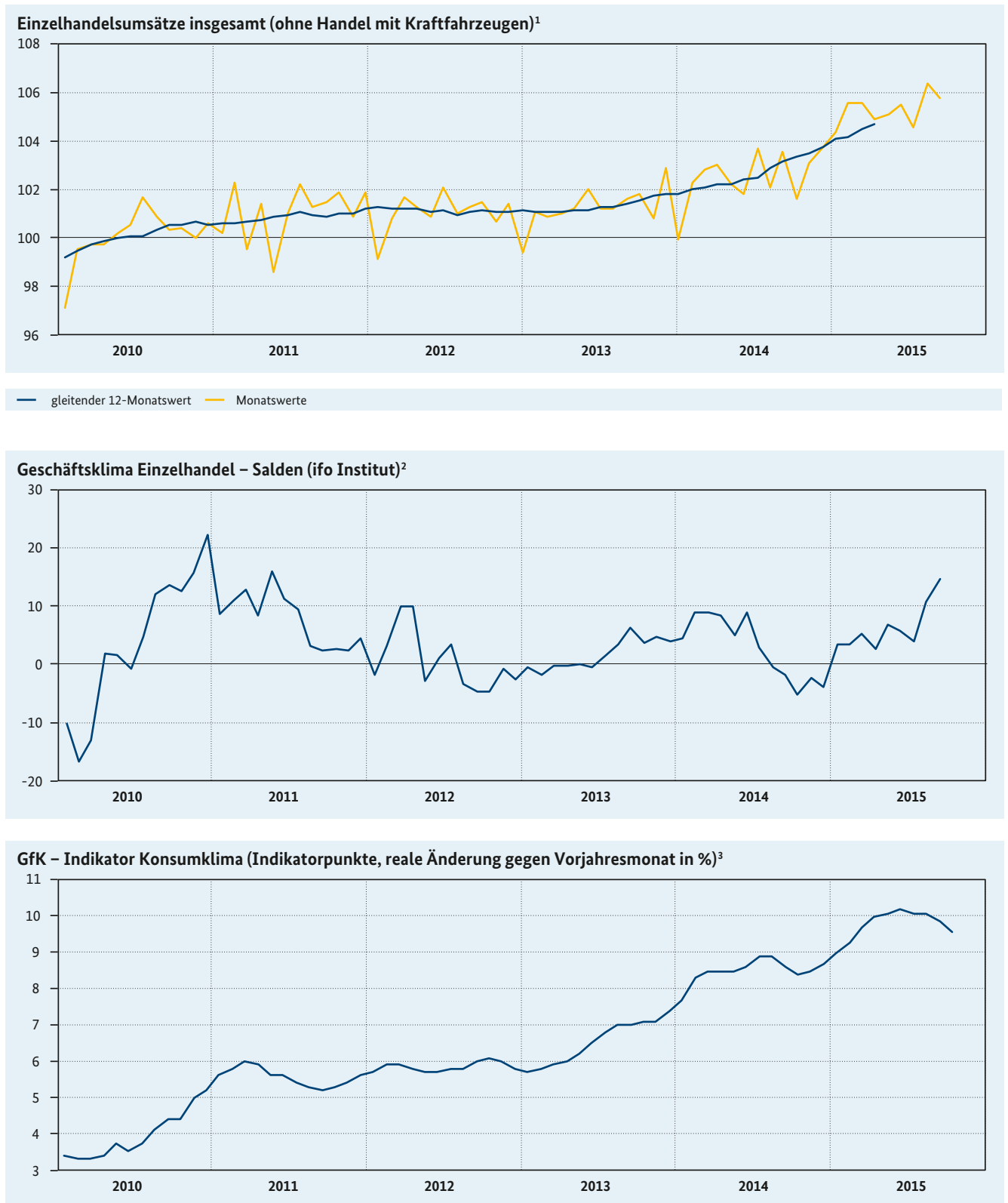
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils

prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	189	183	220	59	59	60	62	21,1	20,9	19,8	21,7	24,3	20,8
	gg. Vp. in %	15,8	-3,4	20,3	18,7	-1,3	3,0	3,3	9,5	-1,1	-5,4	9,9	11,7	-14,5
Warenhandel	in Mrd. €	198	210	231	60	62	61	69	20,9	21,9	23,8	23,1	23,3	21,1
	gg. Vp. in %	23,3	5,9	10,1	10,9	3,0	-1,8	12,7	3,5	4,7	8,9	-3,2	1,3	-9,6
Ausfuhr	in Mrd. €	1077	1088	1127	284	289	289	299	97,8	98,7	100,5	99,4	102,3	96,4
	gg. Vp. in %	5,0	1,0	3,6	2,6	1,5	-0,1	3,5	1,8	1,0	1,8	-1,1	2,9	-5,8
Einfuhr	in Mrd. €	879	878	896	224	227	227	230	76,9	76,9	76,7	76,3	78,9	75,3
	gg. Vp. in %	1,6	-0,1	2,1	0,5	1,1	0,4	1,1	1,4	0,0	-0,2	-0,5	3,4	-4,6
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-40	-10	-12	-9	-9	-2,8	-3,3	-2,9	-3,2	-3,0	-3,1
	gg. Vp. in %	9,9	26,8	-9,6	16,8	11,2	-25,7	10,1	-8,3	19,4	-11,7	10,2	-7,7	4,7
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	52	53	55	56	18,7	18,4	18,7	19,1	19,5	19,1
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	-0,3	1,3	4,1	2,0	3,5	-2,0	2,0	1,7	2,3	-1,8
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	250	63	64	64	66	21,5	21,7	21,7	22,3	22,5	22,3
	gg. Vp. in %	7,6	7,9	1,7	2,2	3,0	-1,2	3,1	1,8	0,8	-0,1	2,9	0,8	-1,0
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	58	67	18	17	18	16	6,5	6,2	4,0	5,3	6,7	5,4
	gg. Vp. in %	-4,9	-13,0	16,3	12,0	-3,5	3,3	-13,0	19,2	-5,1	-35,7	33,9	25,0	-18,8
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-41	-39	-8	-9	-10	-12	-3,5	-3,9	-5,1	-3,4	-2,8	-2,7
	gg. Vp. in %	13,9	0,4	-5,0	-26,3	8,8	7,6	25,8	5,4	10,3	32,4	-32,9	-19,8	-3,6

Außenhandel nach Ländern²

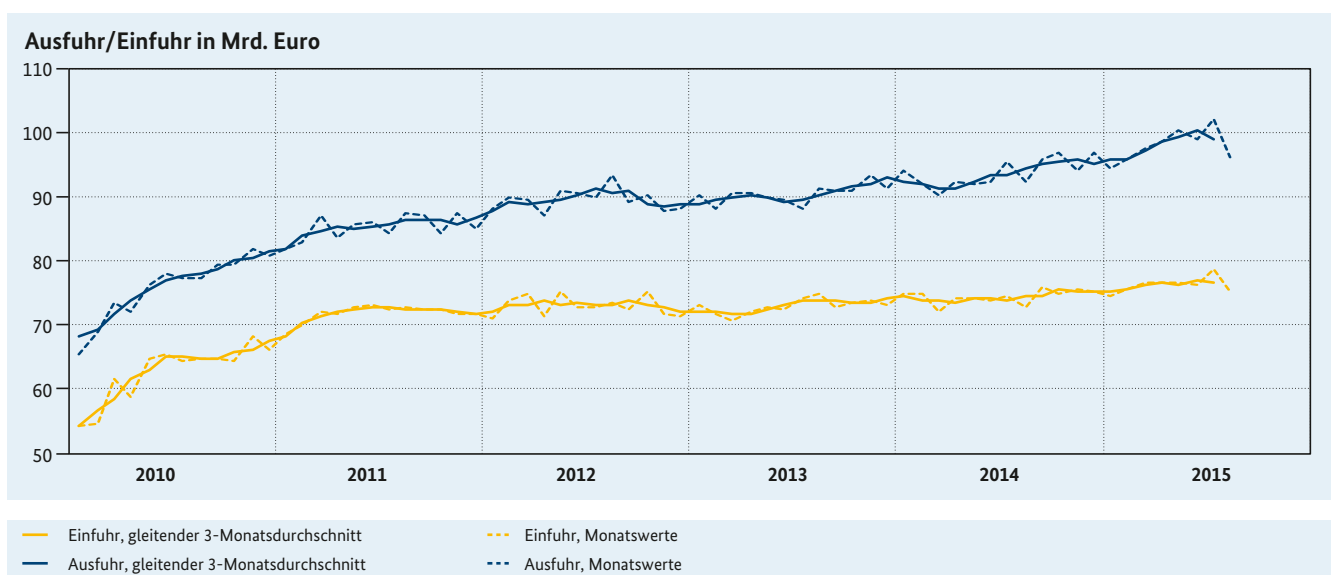
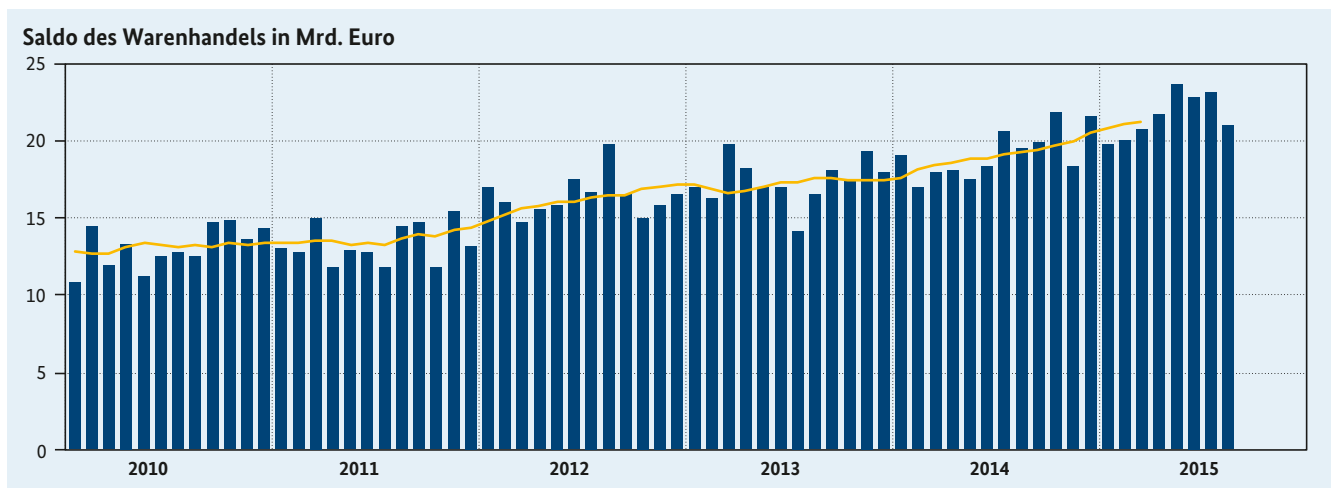
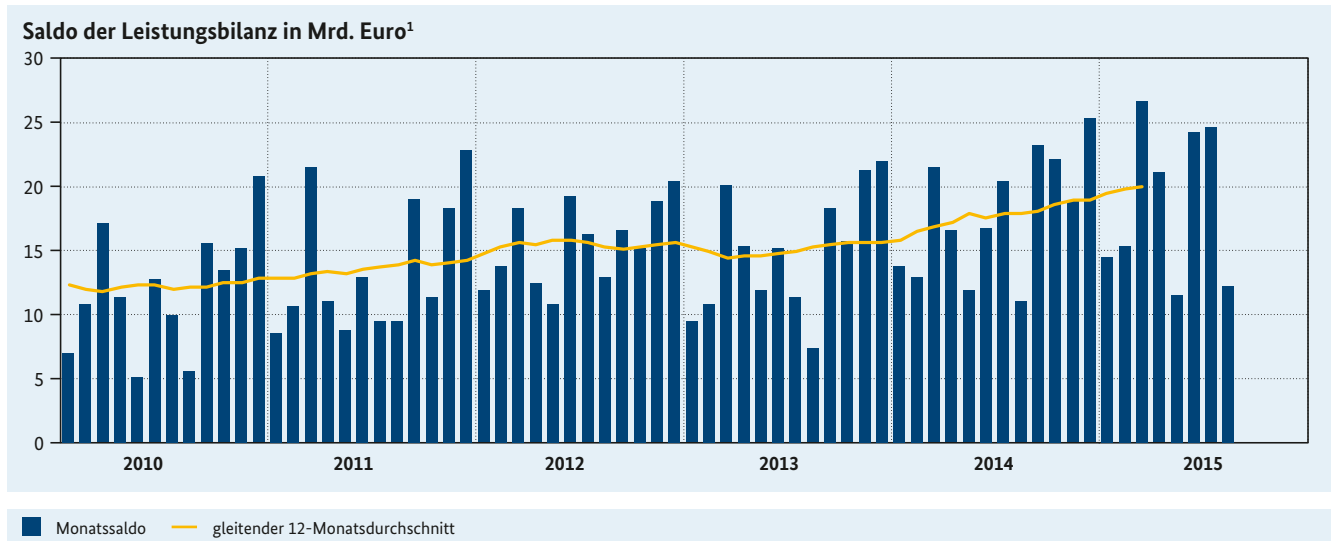
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1096	1093	1134	287	290	293	302	107,5	100,4	95,7	105,8	107,2	88,0
	gg. Vj. in %	3,3	-0,2	3,7	5,4	5,3	5,3	8,5	12,4	7,5	4,4	13,5	6,3	5,0
EU-Länder	in Mrd. €	623	624	657	163	167	172	175	61,6	57,1	56,4	61,3	60,5	49,4
	gg. Vj. in %	-	0,2	5,4	6,4	6,0	4,6	7,5	11,0	4,5	6,1	11,9	6,3	3,5
Eurozone ¹	in Mrd. €	407	403	417	102	105	109	111	38,5	36,3	35,5	38,9	37,8	30,0
	gg. Vj. in %	-	-0,8	3,3	4,2	3,6	2,8	6,3	9,0	3,2	4,8	11,0	5,8	2,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	220	241	61	62	64	64	23,1	20,8	20,9	22,4	22,7	19,3
	gg. Vj. in %	-	2,0	9,3	10,3	10,4	7,7	9,5	14,3	6,9	8,3	13,3	7,1	5,8
Drittländer	in Mrd. €	473	469	476	124	123	121	127	45,9	43,3	39,3	44,5	46,7	38,7
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,5	4,1	4,4	6,4	9,8	14,3	11,6	2,0	15,8	6,4	6,8
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	906	898	917	228	231	235	237	84,5	78,6	76,3	81,6	82,2	72,8
	gg. Vj. in %	0,4	-0,9	2,1	2,1	2,2	1,8	4,1	7,1	3,2	2,8	6,0	6,2	4,0
EU-Länder	in Mrd. €	573	579	600	147	152	152	156	55,0	51,9	51,0	53,4	53,7	46,3
	gg. Vj. in %	-	1,0	3,7	3,8	2,6	1,0	4,0	5,2	2,4	5,1	4,5	6,7	4,4
Eurozone	in Mrd. €	402	402	413	101	104	105	108	37,8	35,9	35,1	36,9	36,9	31,5
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,7	3,0	1,8	0,6	4,0	5,0	3,1	5,5	3,5	6,4	3,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	171	177	187	46	48	47	48	17,2	16,0	15,9	16,5	16,9	14,8
	gg. Vj. in %	-	3,3	5,8	5,7	4,3	2,0	4,0	5,4	0,8	4,4	6,8	7,4	7,1
Drittländer	in Mrd. €	333	319	317	81	79	82	80	29,5	26,7	25,3	28,2	28,4	26,5
	gg. Vj. in %	-	-4,0	-0,8	-0,9	1,4	3,3	4,2	10,9	5,0	-1,5	9,0	5,4	3,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

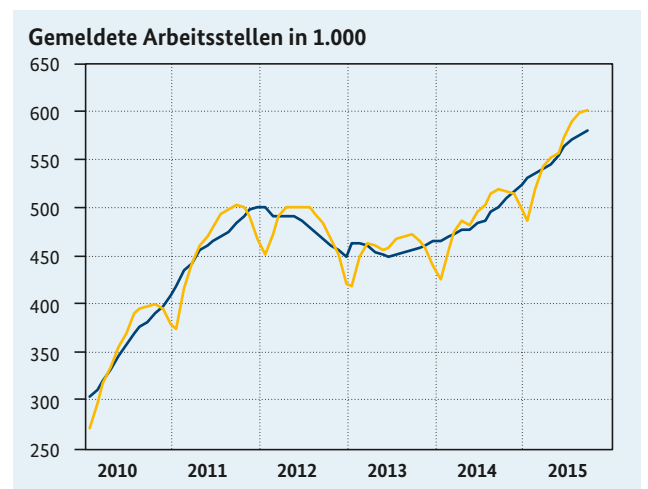
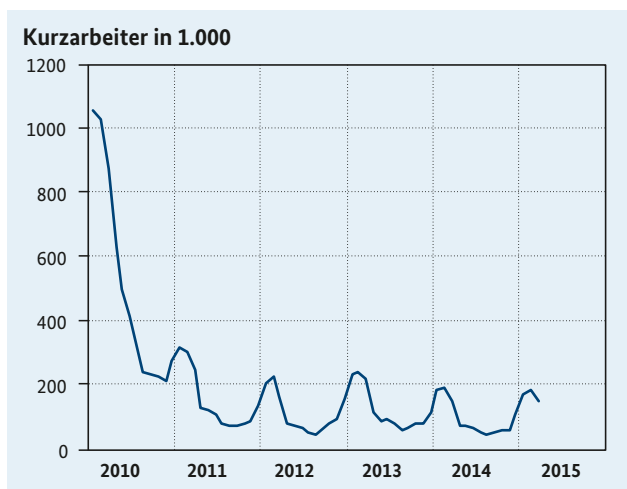
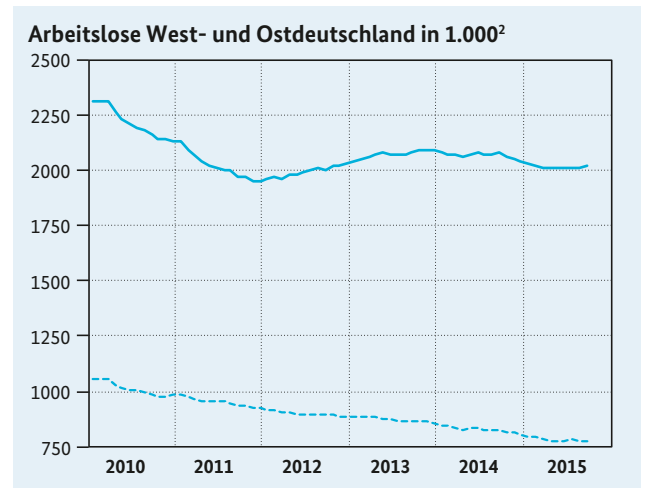
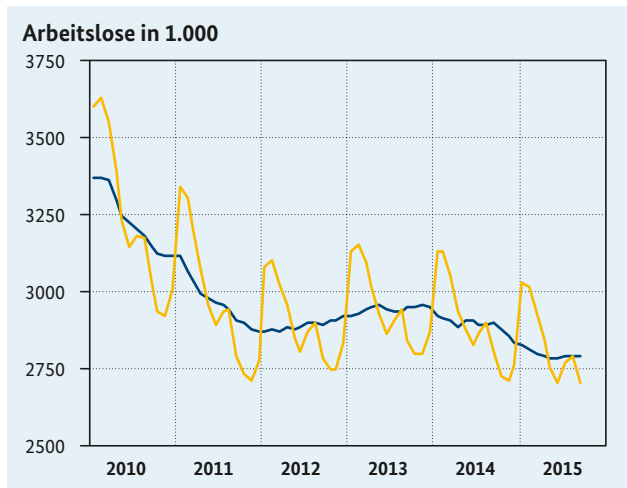
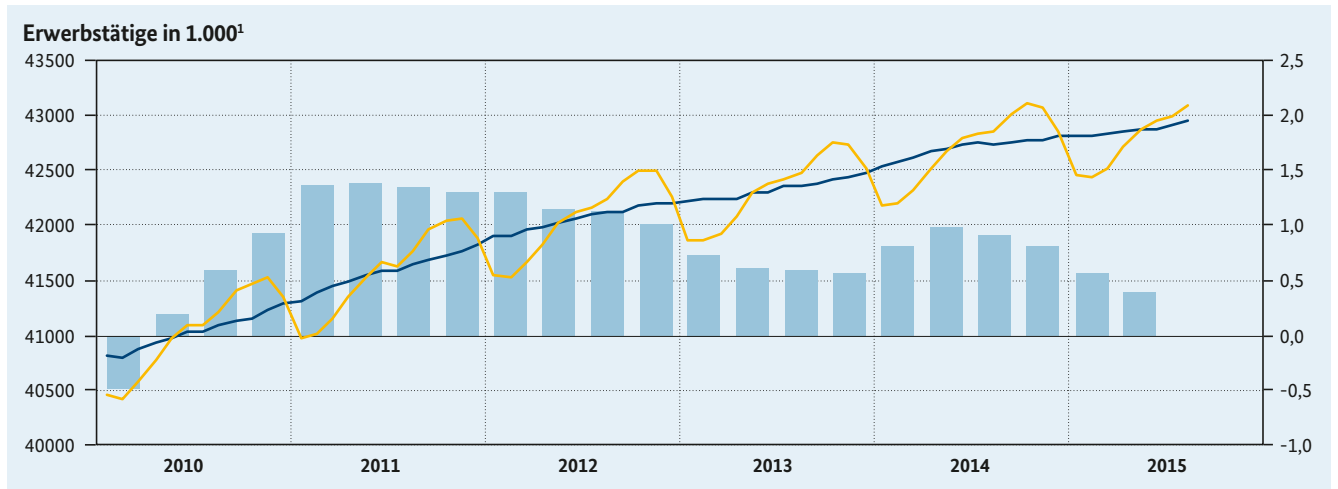
					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42060	42328	42703	43016	42469	42842	-	42707	42866	42952	42993	43087	-
	gg. Vj. in Tsd.	+483	+268	+375	+349	+243	+175	-	+185	+182	+157	+160	+230	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30218	30570	30382	30717	-	30650	30724	30778	30729	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+490	+498	+564	+597	-	+590	+599	+603	+608	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2224	2182	2090	2012	2101	1953	-	2033	1892	1934	1927	1829	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-92	-61	-165	-95	-	-101	-110	-74	-18	-281	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,8	5,0	4,7	-	4,9	4,5	4,6	4,6	4,4	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2897	2950	2898	2738	2993	2772	2759	2843	2762	2711	2773	2796	2708
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-89	-116	-114	-102	-100	-120	-122	-99	-106	-100
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	1892	1983	1950	1932	1975	1946	1929	1943	1945	1909
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	-44	-49	-36	-19	-30	-43	-36	-20	-23	-14
SGB III	in Tsd.	902	970	933	846	1011	822	827	868	815	782	830	851	799
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-46	-67	-78	-83	-70	-77	-86	-79	-83	-86
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	1970	2137	2003	2013	2044	1995	1969	2019	2042	1979
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	-39	-55	-60	-59	-50	-66	-65	-57	-63	-59
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	767	856	769	746	799	767	742	754	754	729
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-50	-61	-54	-42	-51	-54	-56	-42	-43	-41
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,3	6,9	6,3	6,3	6,5	6,3	6,2	6,3	6,4	6,2
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	5,6	6,1	5,7	5,7	5,8	5,6	5,6	5,7	5,8	5,6
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	9,1	10,1	9,1	8,9	9,5	9,1	8,8	9,0	9,0	8,7
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	635	679	597	629	660	543	588	600	645	643
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	649	623	670	630	749	624	638	538	622	731
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	67	77	49	46	51	48	-	54	44	46	32	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-27	-14	-8	-8	-	-6	-12	-5	-8	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	3648	3854	3630	3558	3704	3627	3560	3585	3581	3510
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-129	-167	-177	-176	-172	-172	-186	-170	-177	-182
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	510	515	560	595	552	557	572	589	597	600
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+55	+63	+73	+83	+66	+75	+78	+87	+81	+81
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+484	+267	+375	+41	+35	+48	-	+22	+10	+13	+28	+49	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	+490	+117	+209	+164	-	+37	+40	+68	+35	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-182	-43	-90	-32	-53	-37	-	-10	-15	-22	-26	-25	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8	4,7	-	4,7	4,7	4,7	4,6	4,5	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-77	+53	-53	-39	-45	-26	+5	-8	-4	0	+9	-6	+3
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-15	-13	-19	+1	+13	+4	-1	+8	+8	-5	+9
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+66	-37	-26	-26	-27	-8	-13	-2	-8	+1	-1	-6
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	-25	-27	-13	+4	-1	-6	+3	+4	-3	+5
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-53	-27	-46	-13	-19	-13	+1	-7	+1	-2	+5	-3	-2
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,6	6,5	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	5,9	5,9	5,8	5,7	5,7	5,8	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,5	9,3	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-46	-52	-50	-31	-21	-8	-18	-5	-11	-12
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+22	+18	+19	+21	+6	+9	+8	+8	+4	+5
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	106,4	107,6	108,0	108,1	108,0	108,2	107,8	107,2	108,4	108,6
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,6	101,0	100,9	100,3	100,8	100,1	100,1	100,6	100,7	101,0	100,6
BA-X Stellenindex	Index	166,1	159,2	169,1	177,3	183,0	187,7	193,7	185,0	188,0	190,0	192,0	194,0	195,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

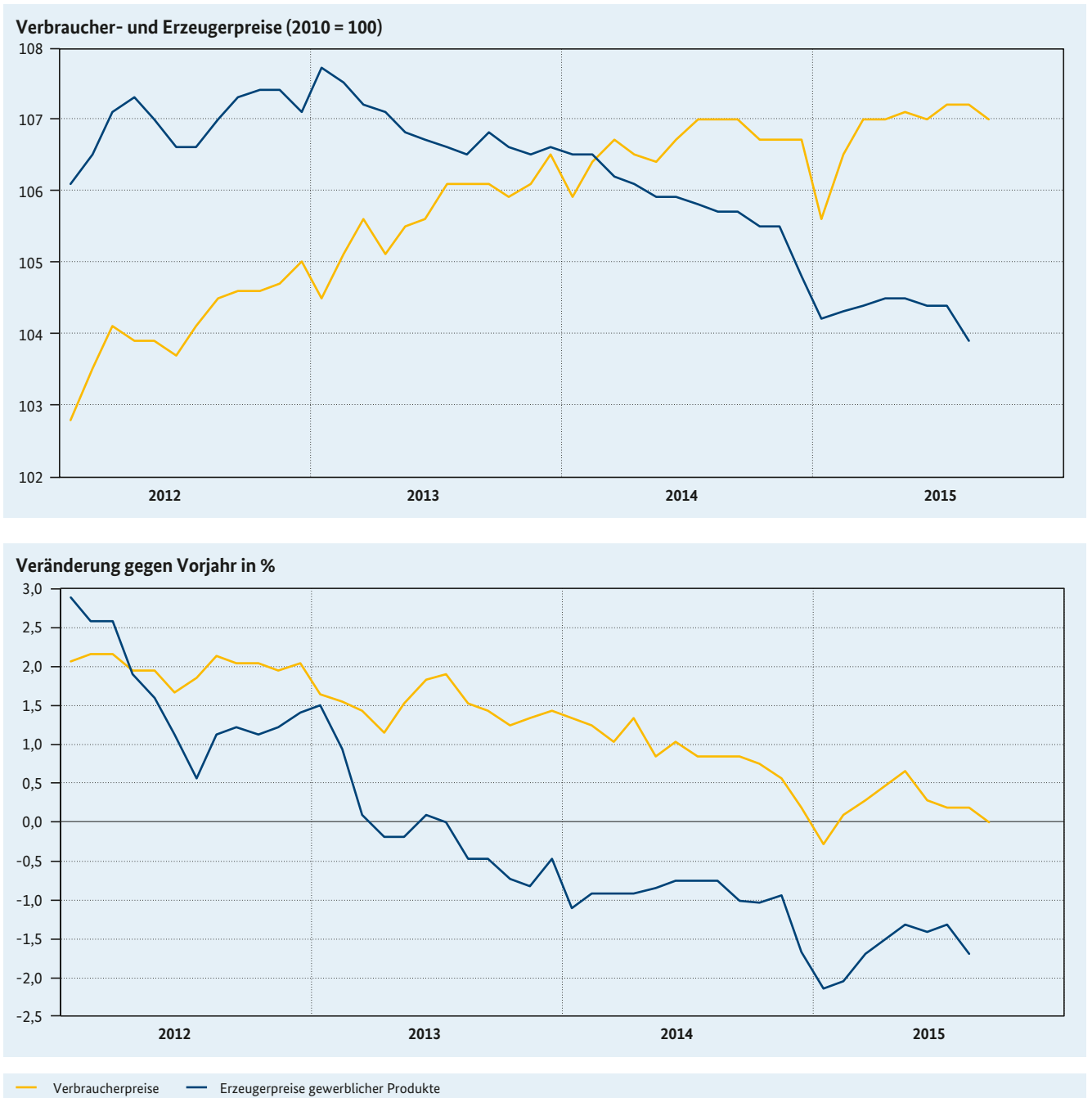
Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	104,1	105,7	106,6	106,7	106,4	107,0	107,1	107,0	107,1	107,0	107,2	107,2	107,0
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,5	+0,1	+0,5	+0,1	+0,5	+0,7	+0,3	+0,2	+0,2	0,0
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	107,5	106,4	107,8	106,9	107,8	107,9	107,6	107,0	106,7	107,0
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	-0,5	-1,4	-0,4	-1,0	-0,6	-0,3	-0,5	-0,7	-0,9	-1,3
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	110,8	109,7	111,1	110,0	110,9	111,3	111,1	110,8	109,9	109,4
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	-0,7	-2,1	-0,9	-1,9	-1,1	-0,6	-1,0	-1,2	-1,8	-2,4
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	110,7	112,0	113,0	111,8	113,2	113,2	112,6	111,8	111,5	112,1
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	-0,2	-0,5	+1,2	+0,8	+1,1	+1,4	+1,0	+0,4	+0,8	+1,1
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	117,6	114,4	114,5	112,2	114,5	114,8	114,2	113,1	112,0	111,6
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-2,2	-4,8	-4,7	-6,5	-4,7	-4,3	-4,9	-5,7	-6,7	-7,0
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	106,1	104,2	105,8	104,8	106,7	105,8	105,0	103,0	104,3	107,2
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+0,5	+0,2	+0,5	+0,9	+0,6	+0,4	+0,6	+0,7	+1,2	+0,9
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	96,7	96,8	97,2	97,3	97,2	97,3	97,2	97,1	97,4	97,4
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,5	-0,2	+0,3	+0,4	+0,4	+0,4	+0,1	0,0	+0,4	+0,7
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	106,0	106,3	106,3	107,3	106,2	106,3	106,4	107,4	107,6	107,0
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,5	+1,4	+1,2	+1,1	+1,2	+1,5	+0,9	+1,1	+1,2	+1,1
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	105,9	106,2	106,5	106,8	106,5	106,5	106,6	106,7	106,8	106,9
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,5	+1,3	+1,2	+1,2	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2
Insgesamt ohne Energie	Index	102,6	104,2	105,6	106,0	106,2	106,6	107,0	106,6	106,6	106,6	106,9	107,1	107,1
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,0	+1,0	+1,2	+1,0	+1,2	+1,3	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	112,5	107,6	110,4	107,7	109,8	110,9	110,4	109,8	107,5	105,7
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-3,8	-7,3	-5,6	-7,6	-5,9	-5,0	-5,9	-6,2	-7,6	-9,3
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	104,1	105,7	106,6	106,6	106,4	107,1	107,0	107,0	107,2	107,1	107,1	107,0	107,0
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,5	0,0	+0,5	+0,1	+0,4	+0,7	+0,4	+0,3	+0,1	0,0
HVPI⁴	Index	113,5	115,3	116,2	116,2	115,8	116,5	116,6	116,5	116,6	116,4	116,7	116,7	116,4
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+0,4	-0,1	+0,3	0,0	+0,3	+0,7	+0,1	+0,1	+0,1	-0,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	107,0	106,9	105,8	105,3	104,3	104,5	-	104,5	104,5	104,4	104,4	103,9	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-1,2	-2,0	-1,4	-	-1,5	-1,3	-1,4	-1,3	-1,7	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,4	102,5	102,9	-	102,8	103,0	103,0	103,0	102,6	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-0,4	-1,2	-0,6	-	-0,7	-0,5	-0,4	-0,6	-1,0	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,7	103,9	104,1	-	104,1	104,1	104,2	104,3	104,3	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,6	+0,6	+0,7	-	+0,8	+0,7	+0,7	+0,8	+0,8	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	108,1	107,9	108,2	-	108,2	108,1	108,3	108,2	108,1	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	-0,8	-1,2	-1,1	-	-1,1	-1,1	-1,0	-1,2	-1,2	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,9	106,6	107,0	-	106,9	107,0	107,1	107,2	107,3	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,2	+1,1	+1,3	-	+1,3	+1,3	+1,3	+1,3	+1,4	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	108,4	108,1	108,4	-	108,4	108,3	108,4	108,3	108,2	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	-1,1	-1,5	-1,4	-	-1,4	-1,5	-1,5	-1,5	-1,5	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	107,0	104,3	104,1	-	104,4	104,2	103,8	103,5	102,3	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-3,9	-5,5	-4,3	-	-4,4	-4,1	-4,4	-4,1	-5,0	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	109,8	110,6	110,9	111,4	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	110,8	111,1	111,3	111,4	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	+0,5	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	125,1	122,5	113,8	91,9	69,2	76,7	64,4	74,2	78,6	77,2	70,2	61,5	61,5
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	-24,9	-43,1	-38,2	-45,1	-39,6	-36,5	-38,6	-42,7	-47,6	-45,3
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	98,5	92,2	87,6	87,1	87,8	86,7	88,3	91,5	86,3	83,4
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	-2,7	-14,7	-25,0	-13,3	-26,3	-26,8	-21,8	-11,8	-15,2	-12,7
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	84,5	76,2	74,2	67,5	73,6	75,7	73,4	69,2	66,5	66,7
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-9,1	-16,4	-17,5	-25,5	-19,4	-15,6	-17,4	-24,3	-27,3	-24,7
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	92,9	66,2	76,4	62,3	73,4	78,6	77,2	68,9	58,9	59,0
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	-28,3	-48,5	-41,8	-49,7	-43,3	-39,9	-42,3	-47,0	-52,3	-50,1
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	108,7	105,9	103,6	102,4	101,5	102,9	-	103,2	103,0	102,5	101,8	100,3	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-2,4	-2,9	-0,9	-	-0,6	-0,8	-1,4	-1,7	-3,1	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	111,3	113,6	113,7	-	114,4	113,6	113,0	111,9	111,2	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-0,3	+0,5	+1,3	-	+1,2	+1,2	+1,4	+1,1	+0,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	101,5	100,2	101,8	-	102,1	101,9	101,4	100,8	99,2	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-2,5	-3,3	-1,2	-	-0,8	-1,1	-1,8	-2,0	-3,4	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	101,6	91,5	95,8	-	96,3	96,7	94,4	90,9	85,1	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-11,9	-19,6	-14,1	-	-13,4	-13,1	-15,7	-17,3	-21,6	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	101,5	102,9	103,7	-	103,9	103,6	103,6	103,9	103,5	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	+0,7	+2,4	+3,3	-	+3,6	+3,2	+3,0	+3,2	+2,6	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,3	104,0	104,1	104,8	105,4	-	105,6	105,4	105,3	105,4	104,9	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	+0,2	+0,8	+1,4	-	+1,6	+1,4	+1,3	+1,2	+0,8	-
Terms of Trade	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	101,7	103,3	102,4	-	102,3	102,3	102,7	103,5	104,6	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+2,7	+3,9	+2,4	-	+2,2	+2,2	+2,7	+3,0	+4,0	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,25	1,13	1,10	1,11	1,08	1,12	1,12	1,10	1,11	1,12
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	-8,2	-17,7	-19,4	-16,1	-22,0	-18,8	-17,5	-18,8	-16,3	-13,0
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	143,0	134,2	134,1	135,9	128,9	134,8	138,7	135,7	137,1	134,9
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+4,6	-4,7	-4,2	-1,3	-9,0	-3,6	0,0	-1,5	0,0	-2,6
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,79	0,74	0,72	0,72	0,72	0,72	0,72	0,71	0,71	0,73
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-6,1	-10,2	-11,5	-9,6	-12,6	-11,5	-10,4	-10,9	-10,4	-7,6
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	97,7	101,2	101,8	99,0	93,0	91,2	92,7	89,7	91,6	92,3	91,3	93,0	93,8
	gg. Vj. in %	-5,4	+3,6	+0,6	-3,6	-10,1	-11,9	-8,4	-13,9	-11,6	-10,1	-10,7	-8,4	-6,1
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,0	98,2	97,9	94,9	89,2	87,5	88,7	86,1	87,9	88,5	87,5	89,0	89,6
	gg. Vj. in %	-5,2	+3,3	-0,3	-4,4	-10,8	-12,1	-8,7	-14,3	-11,7	-10,3	-10,9	-8,7	-6,5
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,0	98,4	98,6	97,7	95,1	94,5	94,8	94,1	94,6	94,7	94,3	94,9	95,2
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,5	+0,2	-1,4	-4,2	-4,5	-3,6	-5,2	-4,3	-4,0	-4,4	-3,6	-3,0
56 Länder	Index	88,4	90,4	91,1	89,7	86,6	85,5	86,9	84,7	85,7	86,2	85,7	87,1	87,8
	gg. Vj. in %	-3,3	+2,3	+0,8	-1,9	-6,1	-6,8	-4,1	-8,2	-6,4	-5,6	-5,9	-4,0	-2,4

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

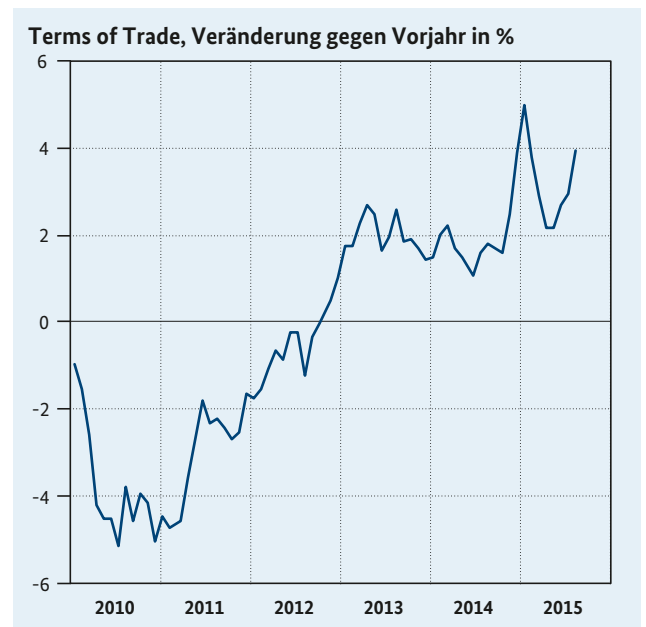
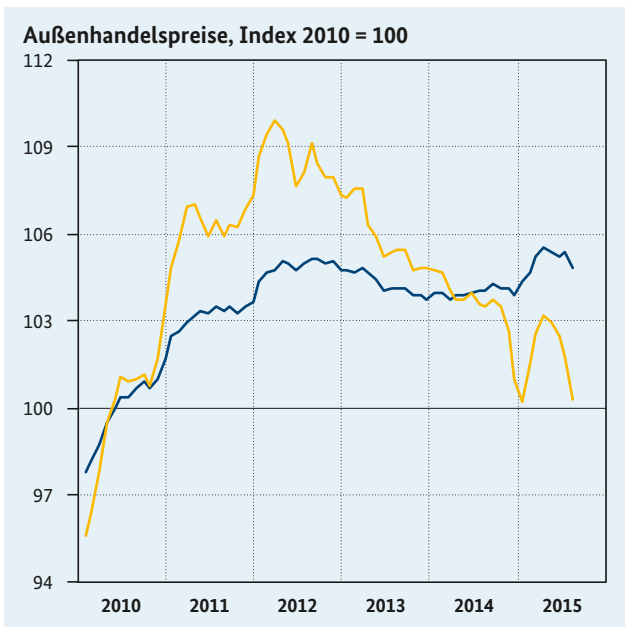
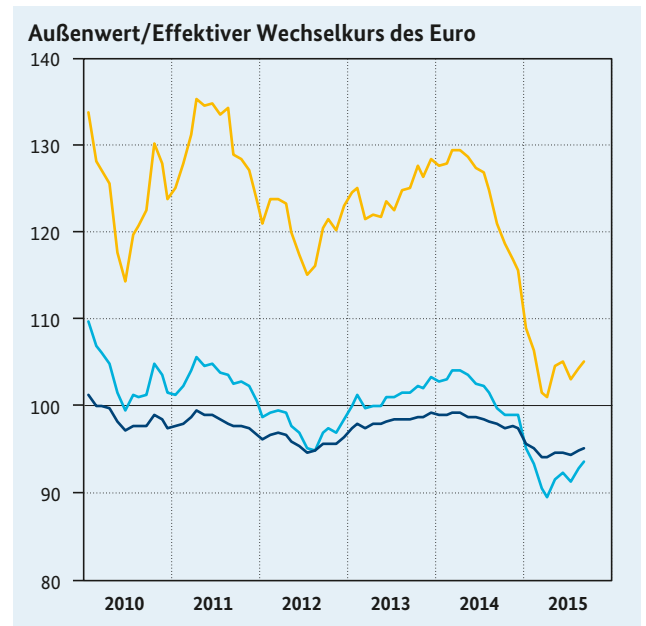
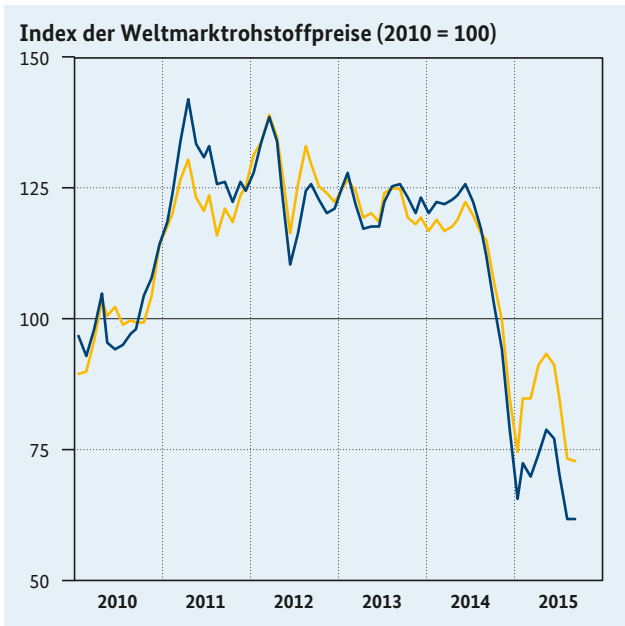
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010 = 100;

2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

		2012	2013	2014	2014	2015				2015					
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)															
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,12	0,04	0,04	-0,05	-0,13	-0,04	-0,06	-0,10	-0,14	-0,15	-0,14	
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,08	0,05	-0,01	-0,03	0,01	-0,01	-0,01	-0,02	-0,03	-0,04	
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,18	0,13	0,06	0,04	0,07	0,06	0,05	0,05	0,04	0,04	
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,33	0,26	0,17	0,16	0,18	0,17	0,16	0,17	0,16	0,15	
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,09	0,04	0,01	0,04	0,10	0,05	0,05	0,09	0,12	0,12	0,11	
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,02	-0,14	-0,08	-0,09	-0,19	-0,05	-0,01	-0,06	-0,11	-0,09	
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	0,29	0,03	0,17	0,23	-0,06	0,22	0,35	0,28	0,19	0,22	
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	0,70	0,31	0,49	0,66	0,12	0,56	0,79	0,71	0,61	0,65	
Geldmenge															
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	7,0	9,3	11,1	-	10,5	11,2	11,7	12,2	11,4	-	
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	3,2	4,2	5,0	-	4,9	5,0	5,2	5,4	5,1	-	
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	3,1	4,2	5,1	-	5,3	5,0	4,9	5,3	4,8	-	
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	3,1	4,3	5,1	-	5,0	5,1	5,1	5,0	-	-	
Kredite															
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-1,3	-0,2	+0,4	-	+0,3	+0,6	+0,3	+0,9	+1,1	-	
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-0,8	+0,2	+0,7	-	+0,4	+1,0	+0,8	+1,0	+1,1	-	
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+1,0	+1,8	+2,5	+2,1	-	+1,9	+2,3	+2,2	+3,0	+3,0	-	
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,8	+1,5	+1,9	+1,9	-	+1,7	+1,9	+2,1	+2,2	+2,3	-	
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	+0,1	-0,5	-1,2	-	-1,4	-1,1	-1,1	-0,7	-0,9	-	
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-1,6	+0,7	-1,4	-	-1,5	-1,2	-1,6	-1,7	-0,8	-	
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	+2,1	+1,1	-2,6	-	-3,6	-2,0	-2,4	-2,7	-3,1	-	
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	0,0	-1,1	-0,9	-	-0,9	-0,9	-0,8	-0,2	-0,4	-	
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,4	+1,6	+1,9	-	+1,8	+2,0	+2,0	+2,2	+2,3	-	
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,5	+3,0	+3,2	-	+3,1	+3,2	+3,4	+3,6	+3,5	-	
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)															
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	6857	8307	9537	9433	10962	11598	10686	11956	11602	11236	11288	10818	9953	
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	-1,3	+16,2	+5,8	-7,9	+1,5	-3,0	-3,2	+0,5	-4,2	-8,0	
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2415	2793	3145	3106	3438	3624	3385	3734	3618	3522	3545	3444	3165	
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	-2,1	+10,7	+5,4	-6,6	+2,1	-3,1	-2,7	+0,7	-2,8	-8,1	
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1379	1642	1931	2013	2064	2102	2026	2094	2113	2099	2093	2040	1943	
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+1,9	+2,5	+1,8	-3,6	+0,7	+0,9	-0,6	-0,3	-2,6	-4,7	
Nikkei 225 ⁵	Index	9114	13540	15475	16694	18173	20032	19422	19781	19911	20404	20385	19919	17961	
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	+7,3	+8,9	+10,2	-3,0	+3,0	+0,7	+2,5	-0,1	-2,3	-9,8	

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

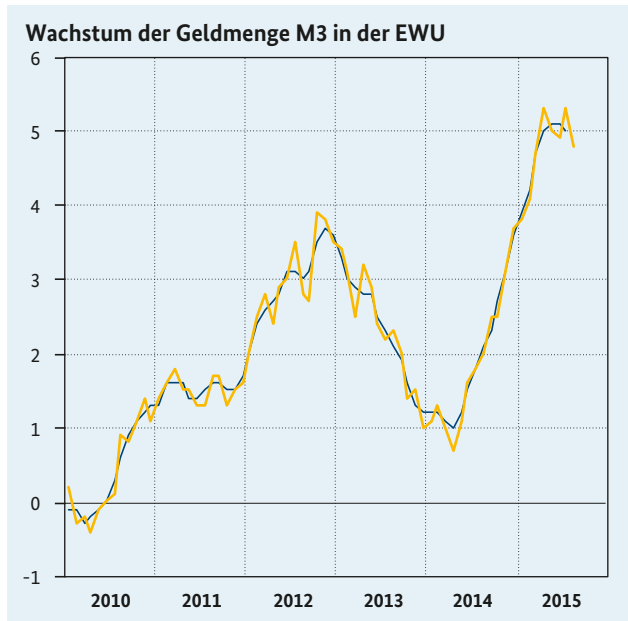
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

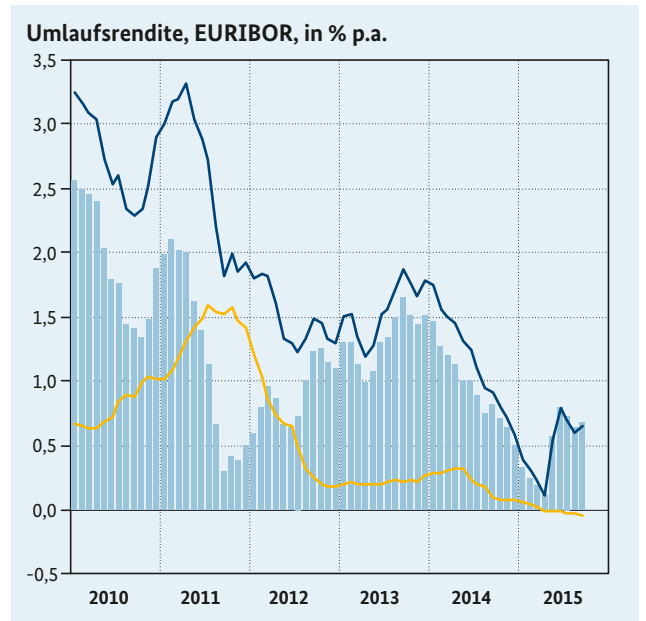
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

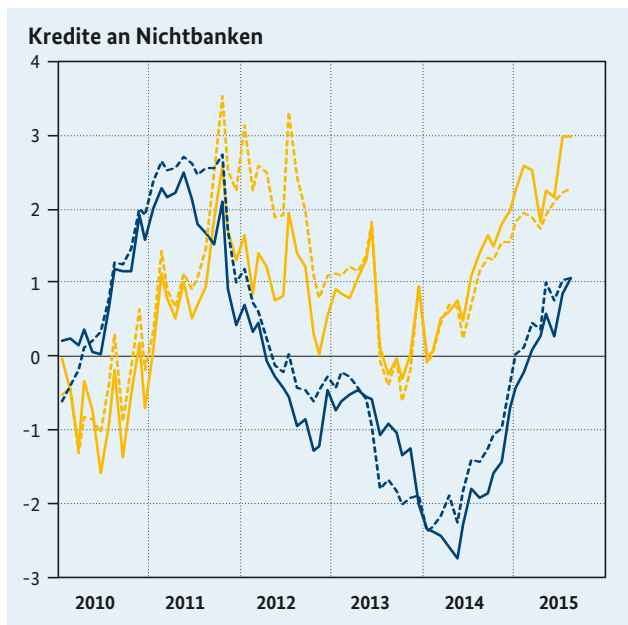
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



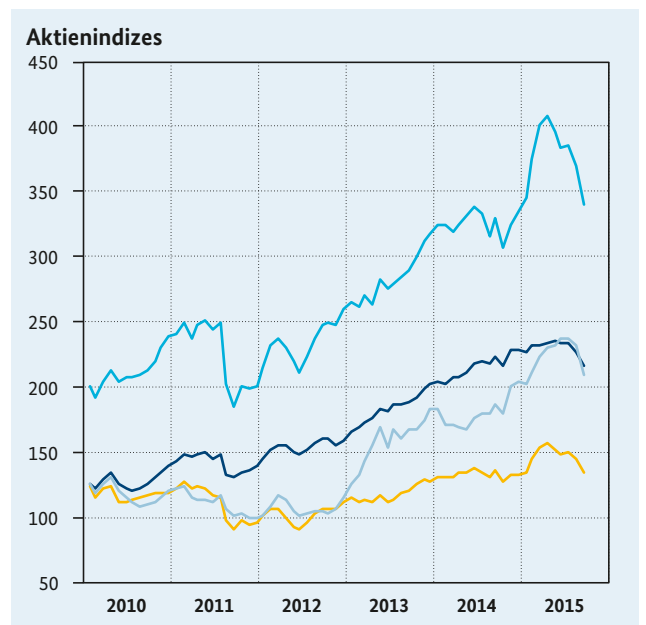
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Hartmut Kühne und Katja Hartosch
(Gemeinsam die Industrie stärken)

Sabine Döhmer und Dr. Karen Weidmann
(Die Bundesregierung zieht Bilanz:
25 Jahre Deutsche Einheit)

Dr. Sebastian Weins und Dr. Ingo Fährmann
(Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen
sind in der Lage, die Verpflichtungen des
Kernenergieausstiegs zu tragen)

Uta Böhner
(Die Zukunft des Mittelstands ist digital:
„Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen)

Joachim Garrecht und Anja Selke
(Genossenschaften – modern und zeitgemäß?)

Mathias Kesting, Dr. Christhart Bork, Dr. Thomas
Knaus, Dr. Sören Enkelmann, Dr. Wolfram Wilde,
Dr. Sibylle Grabert, Jenny Hildebrandt, Silke Mossier,
Ulf Brußig
(Herbstprojektion der Bundesregierung und
Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
November 2014	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
Dezember 2014	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland
Mai 2015	Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung Stärkung von Investitionen in Deutschland Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus Das Nationale Reformprogramm 2015 Expo Milano 2015
Juni 2015	ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020 Intelligent vernetzt
Juli 2015	Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“ Elektromobilität mit System G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit

Ausgabe	Fachartikel
August 2015	Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen „Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen
September 2015	Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft Gesundheit – made in Germany Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union „Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig
Oktober 2015	Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
